

**Hintergrundbericht 2. Welle der "SRG Trendumfragen"
zur Volksabstimmung vom 27. September 2020**



Vor der Schlussmobilisierung:

Begrenzungsinitiative – stabile Mehrheit dagegen

Jagdgesetz – Pattsituation bei Nein-Trend

Kinderabzüge – neu Mehrheit dagegen, Nein-Trend

Vaterschaftsurlaub – stabile Mehrheit dafür

Kampfflugzeuge – stabile Mehrheit dafür

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Martina Mousson: Projektleiterin

Aaron Venetz: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Thomas Burgunder: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Daniel Bohn: Projektmitarbeiter

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Valentina Rötheli: Projektmitarbeiterin / Administration

Lucian Seebacher: Praktikant Data Science und Politikforschung

Bern, 14. September 2020

Inhaltsverzeichnis

1	WICHTIGES IN KÜRZE	4
2	ERGEBNISSE	28
2.1	Vorläufige Teilnahmeabsichten	28
2.2	Begrenzungsinitiative	32
2.3	Jagdgesetz	43
2.4	Steuerabzüge für Kinder	54
2.5	Vaterschaftsurlaub	66
2.6	Kampfflugzeuge	73
3	ANHANG	82
3.1	gfs.bern-Team	82

1 Wichtiges in Kürze

1.1 Generelles

Wie üblich handelt es sich auch bei der zweiten Befragung nur um eine Momentaufnahme. Die Ergebnisse können im Wellenvergleich allerdings auch als Trends interpretiert werden. Eine Prognose folgt daraus mit Annahmen, wie sich die Meinungsbildung weiterentwickelt.

MOMENTAUFNAHME:	Einmalige Messung von Stimmabsichten, wie hier vorliegend
TREND:	Mindestens zweimalige Messung, um Entwicklungen mit verschiedenen Momentaufnahmen zu erkennen
PROJEKTIONEN:	Momentaufnahmen, bei denen die Unentschiedenen verteilt werden
PROGNOSSEN:	Projektionen, welche die kommende Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag mitberücksichtigen und die erwarteten Ja/Nein-Anteile bestimmen

FESTNETZ, MOBILFUNK UND NEU ONLINE

Der telefonische Teil der vorliegenden Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Auswertung und Analyse der Daten nahm das Forschungsinstitut gfs.bern vor. Befragt wurde via eines RDD-Dualframe-Verfahrens per Festnetz und Handy. Seit dem Herbst 2018 wird im Rahmen des SRG-Trend-Mandats die telefonische Umfrage durch eine Online-Befragung ergänzt, mit dem Ziel die Stichprobengrösse in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz zu erhöhen. Der Online-Teil wurde als opt-in-Befragung (Mitmachbefragung) über die Webportale der SRG SSR Medien realisiert.

Der mittlere Befragungstag war der 6. September 2020, Entscheidungen können jedoch bis am 27. September 2020 noch gefällt werden. Das sind drei Wochen, während derer ein wesentlicher Teil des Abstimmungskampfes und damit die Formierung des Volkswillens erst noch stattfinden wird.

Keine Aussagen können wir über das Ständemehr machen, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.

SPERRFRIST:

Die Sperrfrist für den aktuellen Bericht ist Mittwoch, der 16. September 2020, um 6 Uhr. Danach sind die Ergebnisse und der Bericht unter Quellenangabe frei.

ZITIERWEISE

Zweite Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 27. September 2020 vom Forschungsinstitut gfs.bern. Realisiert zwischen dem 2. und 10. September 2020 bei 17'909 Stimberechtigten. Der statistische Fehlerbereich beträgt +/- 2.7 Prozentpunkte.

1.2 Hauptergebnisse der 2. SRG-Trendumfragen

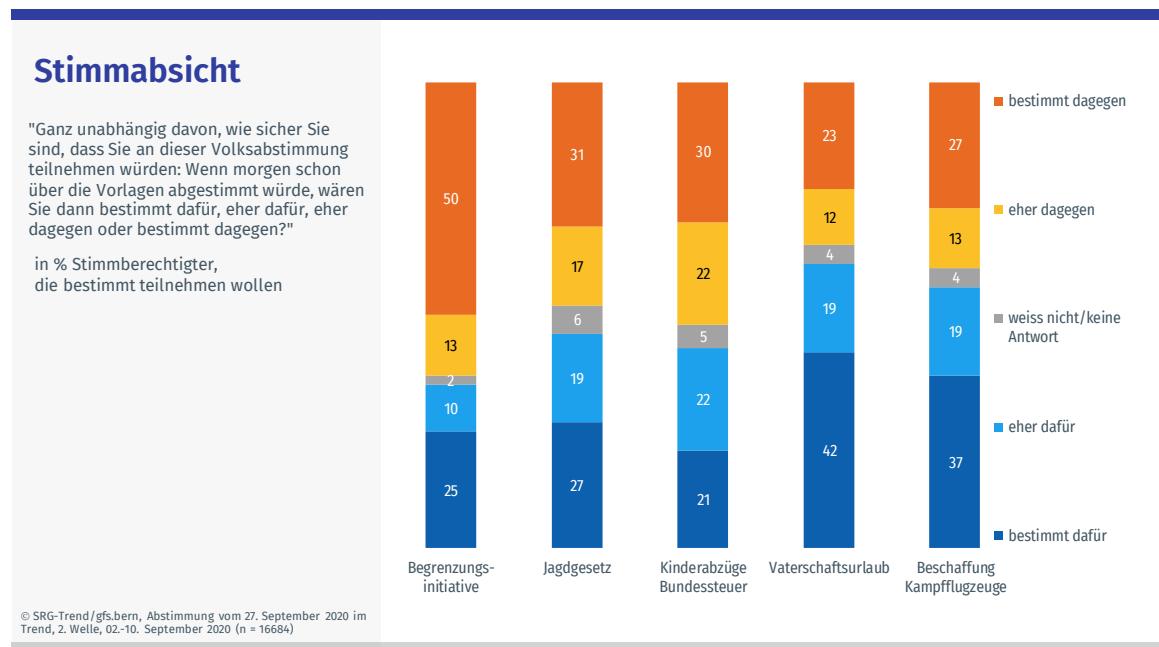
Wäre bereits am 6. September 2020 über die eidgenössischen Vorlagen der kommenden Abstimmung entschieden worden, wären die Mehrheitspositionen von Parlament und Bundesrat nur drei Mal gesichert erfolgreich gewesen: Die Begrenzungsinitiative wäre deutlich abgelehnt, der Vaterschaftsurlaub ebenso deutlich angenommen worden. Zudem wäre die Kampfflugzeugbeschaffung vom Stimmvolk gutgeheissen worden. Offener präsentiert sich die Situation beim Jagdgesetz und den steuerlichen Abzügen für Kinder. Beide Vorlagen erfahren einen Nein-Trend. Beim Jagdgesetz hat dies zu einer Pattsituation geführt, bei den Kinderabzügen gar zu einer knappen Ablehnungsmehrheit.

Die Stimmteilnahme steigt leicht und wäre ungefähr drei Wochen vor der Schliessung der Urnen bei überdurchschnittlichen 47 Prozent gelegen. Besonders mobilisiert sind zurzeit Männer, Bürger*innen mit hohem Bildungsniveau, Ältere und Regierungsvertrauende.

Dies die Bestandsaufnahme rund drei Wochen vor dem Abstimmungstag. Es handelt sich hierbei nicht um eine Prognose zum Abstimmungsausgang, sondern eine Beschreibung der Meinungsbildung und derer Dynamik mitten im Abstimmungskampf.

Für die Begrenzungsinitiative, das Jagdgesetz und die Kinderabzüge verfügen wir aufgrund der Ergebnisse einer ersten SRG-Trendumfrage im Vorfeld der ursprünglich geplanten Abstimmung vom 17. Mai 2020 bereits über drei Messpunkte, für die anderen beiden Vorlagen über zwei.

Grafik 1



Alle Angaben gelten bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von ± 2.7 Prozentpunkten. Ein Wert von 50 Prozent kann demnach zwischen 47.3 und 52.7 Prozent variieren, wobei kleinere Abweichungen wahrscheinlicher sind. Grössere Abweichungen, ausserhalb dieser Spannweite, kommen nur mit 5-prozentiger

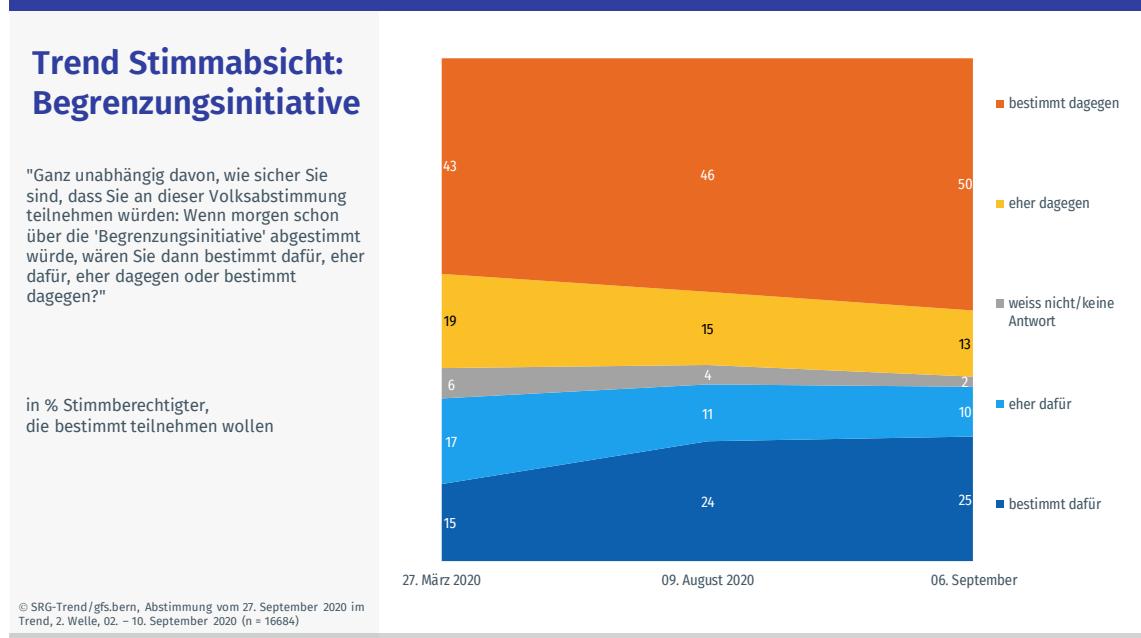
Wahrscheinlichkeit vor. Die Wahrscheinlichkeiten beziehen sich auf die Werte der aktuellen Befragung, nicht auf den Abstimmungsausgang am 27. September 2020.

1.3 Begrenzungsinitiative

Gegenwärtige Stimmabsichten

Am 6. September 2020 hätten stabile 63 Prozent der teilnahmewilligen Stimberechtigten "bestimmt" oder "eher" gegen die Begrenzungsinitiative gestimmt. Ebenfalls stabile 35 Prozent wären dafür gewesen. Die Gegnerschaft trägt ihren komfortablen Vorsprung somit in die Schlussphase des Abstimmungskampfes.

Grafik 2



Die Mehrheit der Teilnahmewilligen geht von der Ablehnung der Initiative am 27. September 2020 aus. Im Mittel schätzen sie den Nein-Anteil auf 55 Prozent.

Bemerkenswert und für eine Initiative atypisch ist jedoch, dass das Ja-Lager insgesamt bisher keine Einbussen zu verbuchen hat. Vielmehr konsolidieren sich die Stimmabsichten innerhalb der beiden Lager, als dass ein Meinungsumschwung zu erkennen wäre.

Stand der Meinungsbildung

Die Begrenzungsinitiative ist bei einem fortgeschrittenen Stand der Meinungsbildung negativ prädisponiert. Drei Viertel der Teilnahmewilligen haben bereits eine feste Stimmabsicht: sie sind entweder bestimmt für oder bestimmt gegen die Initiative. Eher entschieden sind 33 Prozent.

Konfliktmuster

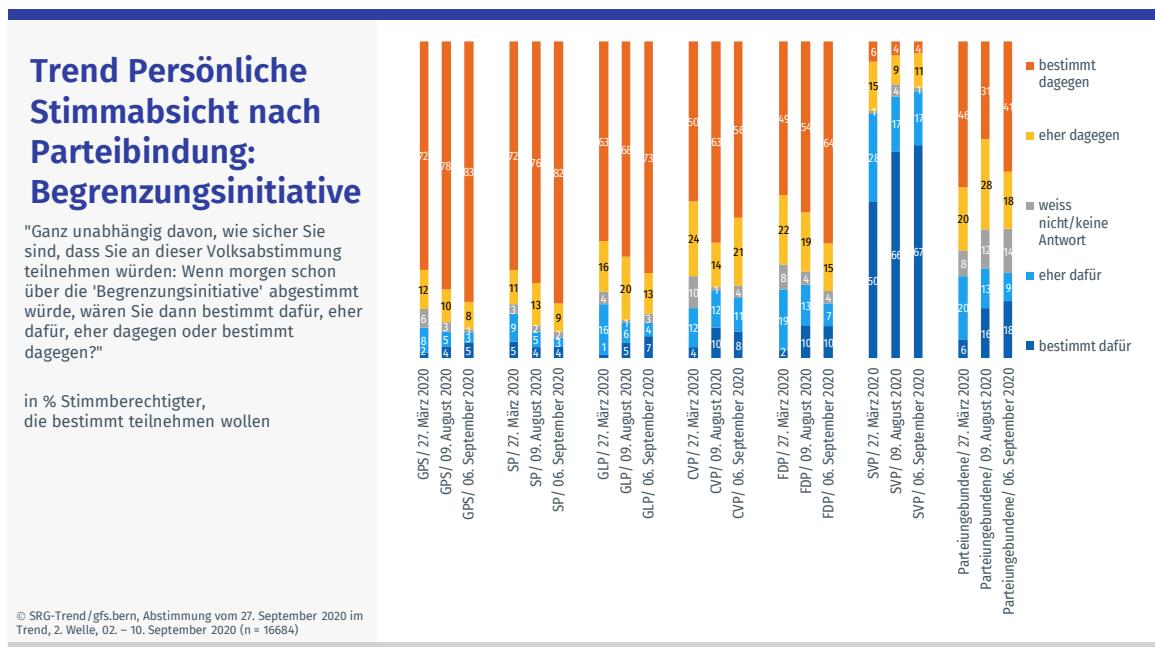
Am stärksten werden die Stimmabsichten zur Begrenzungsinitiative von politischen Faktoren bestimmt, doch auch die Sprachregion und sozioökonomische Faktoren sind relevant.

Die bereits im März und August hohe Zustimmung im SVP-Umfeld konnte sich halten. Alle anderen Parteiwählerschaften sprechen sich mehrheitlich gegen die Begrenzungsinitiative aus. Der für Initiativen typische Nein-Trend findet sich bei allen Parteiwählerschaften, so dass es bei deutlicher Ablehnung aus den Reihen der Grünen, der SP, der CVP und der FDP bleibt. Einzig bei Parteungebunden hält sich der Ja-Anteil auf tiefem Niveau. Allerdings hätten auch sie die Begrenzungsinitiative Anfang September verworfen.

Alle Wählergruppen sind damit im Einklang mit den Parolen ihrer jeweiligen Parteispitzen und es zeichnen sich keine Elite-Basis-Konflikte ab.

Neben der SVP-nahen Wählerschaft sind regierungsmisstrauische Bürger*innen als einzige weitere Untergruppe klar für die Initiative (65% eher/bestimmt dafür).

Grafik 3



Es bleibt dabei, dass sich neben den beiden genannten Gruppen keine weiteren gesicherten Mehrheiten im Ja-Lager finden. Allerdings bleiben weitreichende Sympathien für die Begrenzungsinitiative bei tieferen sozialen Schichten erhalten. Teilnahmewillige mit tiefer und vor allem mittlerer Schulbildung geben häufiger an, ein Ja einzulegen als Hochgebildete (tief: 44%, mittel: 47% hoch: 28% eher/bestimmt dafür). Und auch Personen aus Haushalten mit hohen Einkommen sind signifikant skeptischer gegenüber der Vorlage als der Rest des Stimmvolkes.

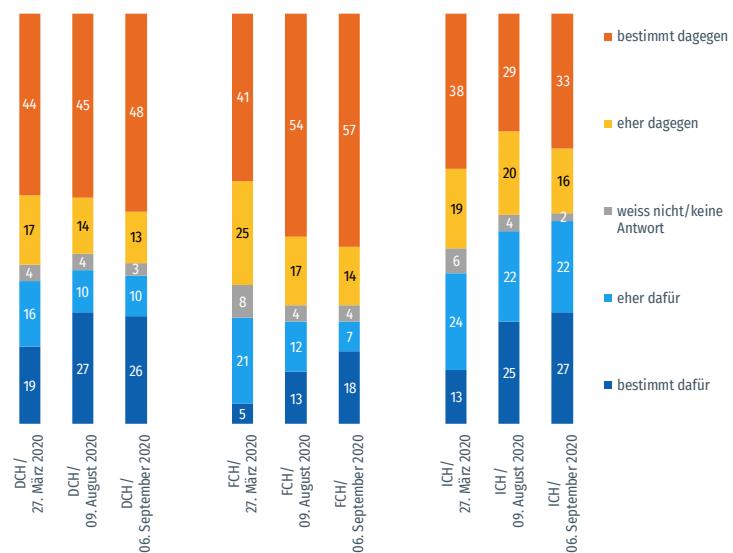
Bestehen bleibt auch die unterschiedliche Bewertung der Begrenzungsinitiative in den Sprachregionen der Schweiz. Das "Non" aus der französischsprachigen Schweiz ist deutlich. Die Deutschschweizer*innen hätten die Begrenzungsinitiative Anfang September ebenfalls mehrheitlich abgelehnt. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Situation offener, denn die Mehrheitsverhältnisse sind annähernd ausgeglichen und der Trend verläuft Richtung Ja. Somit haben wir keinen Rösti-, sondern einen Polentagraben in Bezug auf die Stimmabsichten zur Begrenzungsinitiative, denn ein "Si" aus der italienischsprachigen Schweiz liegt durchaus im Bereich des Möglichen.

Grafik 4

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Sprachregion: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dagegen, oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

Signifikant sind auch die Unterschiede in den Stimmabsichten der Siedlungsräume der Schweiz. Der Ja-Anteil ist auf dem Land am höchsten (42% eher/bestimmt dafür), aber auch dort ist die Begrenzungsinitiative nicht mehrheitsfähig. Der jüngste Trend geht jedoch in Richtung steigender Zustimmung in ländlichen Gebieten.

Soziodemographische Faktoren spielen eine untergeordnete Rolle. Frauen wie Männer und junge wie ältere Stimmberechtigte wollen die Begrenzungsinitiative mehrheitlich ablehnen. Allerdings verlaufen die Trends unterschiedlich, denn in der mittleren Altersgruppe konnte die Begrenzungsinitiative Boden gut machen; in den anderen Altersgruppen geht es aber eher Richtung Nein.

Argumente

Der derzeitige Vorsprung der Initiativ-Gegnerschaft widerspiegelt sich auch im Zuschuss zu den Argumenten: Keines der beiden getesteten Pro-Argumente ist wirklich mehrheitsfähig. Die Grundidee der Initianten, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber regeln soll, polarisiert (48% einverstanden vs. 49% nicht einverstanden). Das Argument, dass die ungebremste Zuwanderung eine extreme Belastung für unsere Umwelt, die Arbeitnehmenden und die Sozialwerke der Schweiz sei wird mehrheitlich verworfen (45%:51%). Beide Argumente haben über die Zeit an Unterstützung eingebüßt.

Das Stimmvolk ist hingegen mit den beiden getesteten Contra-Argumenten mehrheitlich einverstanden: Die Kündigung der Bilateralen verschärfe den Fachkräftemangel und gefährde Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz (64%:33%). Zudem unterstützen 63 Prozent die Aussage, der bilaterale Weg werde zerstört ohne eine Alternative zu bieten. Auch hier widerspricht ein Drittel. In der dynamischen Perspektive zeigt sich, dass eine drohende Verschärfung des Fachkräftemangels kaum mehr Sorgen bereitet als noch vor einem Monat. Um den Wohlstand und Arbeitsplätze sorgt man sich indes etwas mehr.

Trend in der Meinungsbildung

Das Regelfallszenario für eine Initiative lautet: Mit dem Abstimmungskampf steigt die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative. Gleichzeitig sinkt die Zustimmungstendenz. Dieser Normalfall tritt dann nicht ein, wenn es zu einer eigentlichen Protestabstimmung kommt, weil der Problemdruck hoch ist.

Anders als viele Initiativen der jüngeren Vergangenheit startet die Begrenzungsinitiative nicht mit einem Ja-Vorteil. Entsprechend zeigt sich der übliche Nein-Trend nicht so deutlich, wie gewohnt. Das hängt jedoch mehr mit der starken Prädisponierung der Entscheidung zusammen, als dass sich eine Ausnahmesituation der Meinungsbildung abzeichnen würde. Stimmberchtigte in der Schweiz haben bereits über verschiedene Anliegen zum gleichen Thema und derselben Urheberschaft abgestimmt. Die Meinungen zur Begrenzungsinitiative waren weitgehend bereits gemacht.

Die Festigkeit des vorgefundenen Meinungsbildes schränkt den Spielraum für starke Kampagnenwirkungen ein. Offengelassen werden muss, wie die Stimmenverhältnisse im Detail ausfallen werden.

Aktuell spricht nichts dafür, dass wir es mit einem Ausnahmefall der Meinungsbildung zu einer Initiative zu tun hätten. Nie ausgeschlossen werden kann jedoch ein Ereignis, das die Kraft hat, die Stimmungslage zu kippen und diese erwähnte Proteststimmung noch herbeizuführen. Die Zusammensetzung der Teilnahmewilligen ändert sich dann zugunsten der Initiative oder es entsteht ein kurzfristiger Meinungswandel im Sinne des Zeichensetzens.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

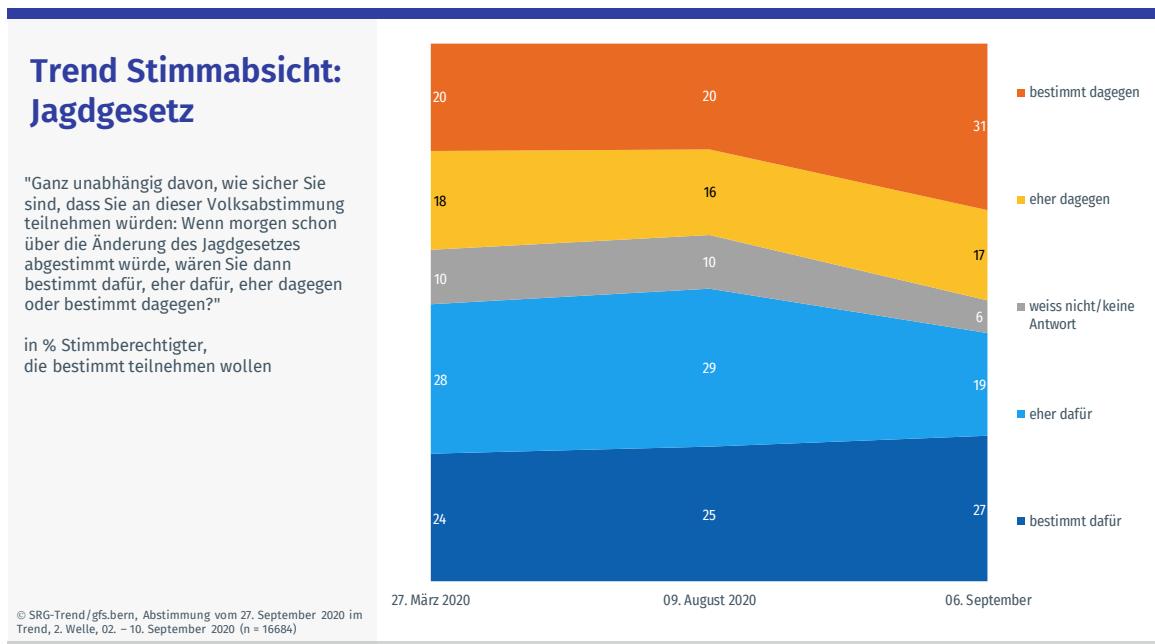
- negativ vorbestimmte Initiative, welche von früh lancierten und intensiven Kampagnen auf beiden Seiten begleitet wurde.
- Meinungsbildung stabil und bei Nein-Mehrheit fortgeschritten, Unterstützung des Vorhabens stammt aus den Reihen der SVP und von Regierungsmisstrauischen. Darüber hinaus hat das Anliegen jedoch wenig Strahlkraft.
- tiefe soziale Schichten, italienischsprachige Schweiz und ländliche Gebiete weisen bei Nein-Mehrheiten erhöhte Zustimmungswerte auf.
- beide getesteten Pro-Argumente nicht wirklich mehrheitsfähig, Contra-Argumente schon.
- Hauptkonflikt: Schweiz soll Zuwanderung wieder selber regeln versus Gefährdung von Wohlstand und Arbeitsplätzen.
- für den Moment keine Hinweise auf einen Spezialfall der Meinungsbildung (Protestabstimmung), Ablehnung der Begrenzungsinitiative ist das wahrscheinlichere Szenario für den 27. September 2020.

1.4 Änderung des Jagdgesetzes

Gegenwärtige Stimmabsichten

Die Stimmabsichten Anfang September zur Revision des Jagdgesetzes zeigen eine Minorität von 46 Prozent der Stimmbürger*innen, die teilnehmen und bestimmt oder eher Ja sagen wollen. 48 Prozent des Stimmvolkes stellen sich auf die Nein-Seite, womit eine Pattsituation entstanden ist. Sechs Prozent der Stimmbürger*innen mit fester Teilnahmabsicht sind noch unschlüssig. Die Mehrheit der Stimmenden geht von einer knappen Annahme der Vorlage aus.

Grafik 5



Der Trend weist allerdings in eine andere Richtung. Während des Lockdowns gab es praktisch keine Bewegung, nun hat die Nein-Seite viel Boden gut gemacht und in einem knappen Monat 12 Prozentpunkte mehr auf sich vereint. Die Ja-Seite verliert 8 Prozentpunkte.

Stand der Meinungsbildung

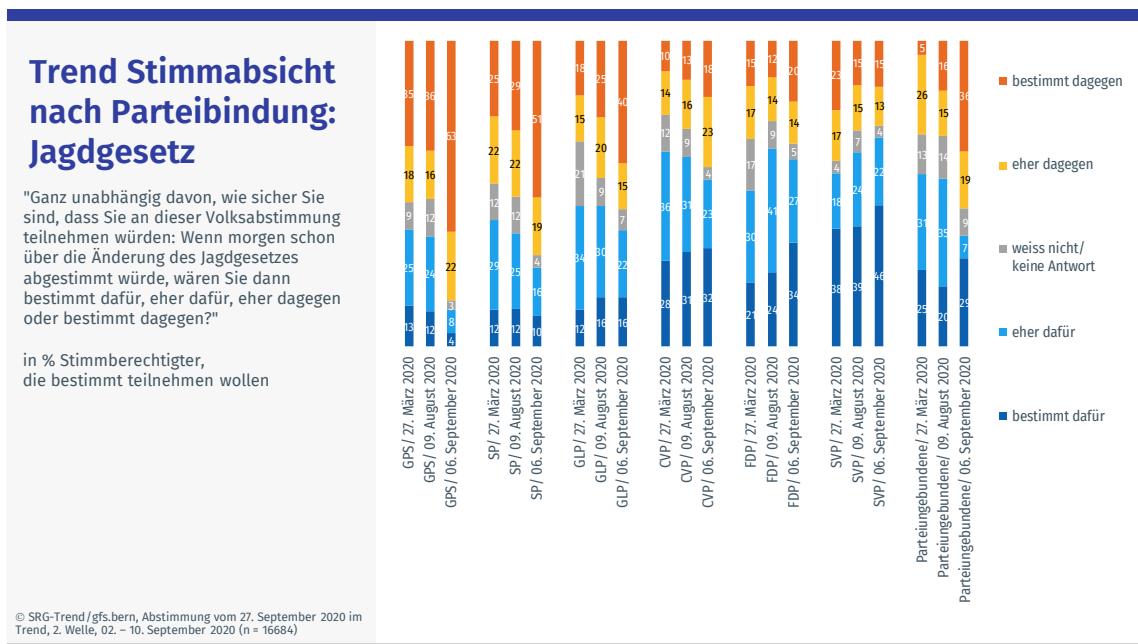
Zwischenzeitlich äussert eine Mehrheit von 58 Prozent feste Stimmabsichten bestimmt dagegen oder bestimmt dafür. Auch vereint die Nein-Seite knapp mehr Anteile hinter sich. Der Stand der Meinungsbildung wie schon in der Befragung vom März 2020 ist nun mittel fortgeschritten. Mit einer gewissen Dynamik ist bis zum Schluss zu rechnen.

Konfliktmuster

Die Konfliktlinie hat sich klar ausgeprägt, womit die Debatte politisiert wurde. Die Parteiparolen wirken sich nun deutlich auf die geäußerten Stimmabsichten aus. Erwartungsgemäss unterstützen Anhänger*innen von SP und Grünen die Position des Referendums-Komitees aus Umweltschutzkreisen gegen das Jagdgesetz. Die Trends von Grünen, SP, GLP bis hin zur CVP weisen klar in Richtung Nein. Bei der CVP hält sich aber eine Ja-Mehrheit.

Darüber hinaus sind nun auch Parteiungebundene mehrheitlich gegen die Jagdgesetz-Revision. Setzen sich diese Trends fort, blieben nur noch FDP und SVP für die Vorlage. Der Nein-Trend ist weitgehend unabhängig vom Regierungsvertrauen, womit sich die Opposition gegen das Jagdgesetz eher aus inhaltlichen Gründen formiert und weniger aus einer Kritik an der Regierung heraus.

Grafik 6



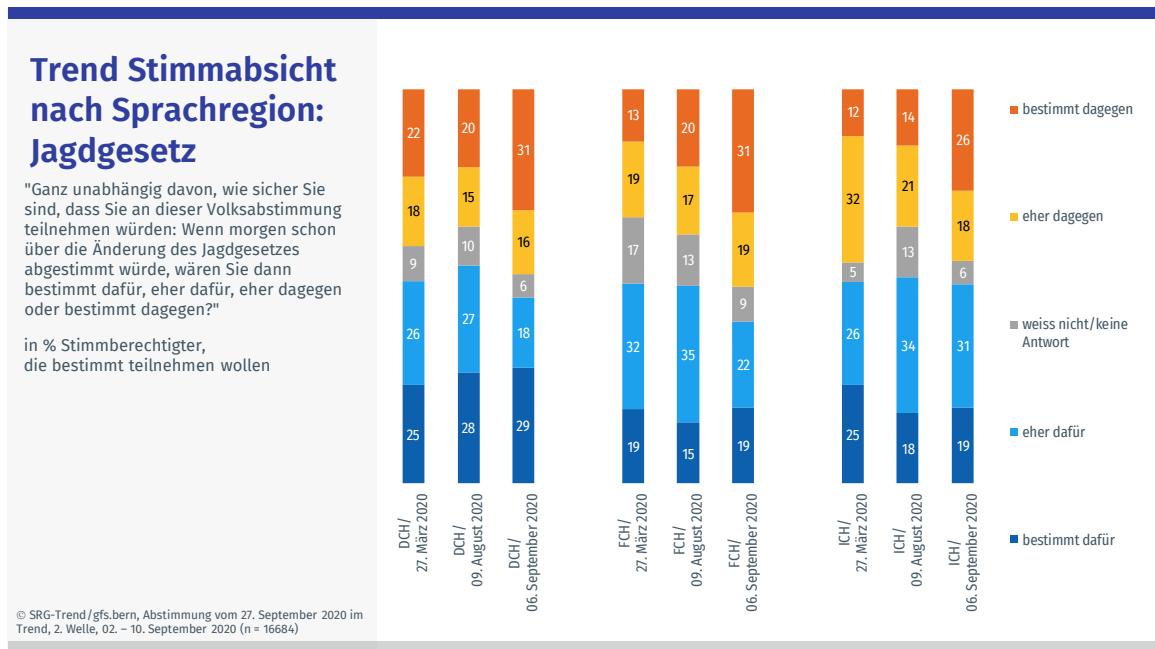
Das Geschlecht könnte den Ausgang der Abstimmung mitentscheiden. Frauen sind zwischenzeitlich mehrheitlich gegen das Gesetz; bei Männern hält sich eine knappe Mehrheit dafür. Deutlich kommt nun auch ein Generationengraben zum Ausdruck: Rentner*innen wurden vom Nein-Trend bisher nicht erfasst – bei den Jüngeren ist die Nein-Seite nun im Vorteil; bei den 18–39-Jährigen hat das Nein sogar eine Mehrheit.

Der generelle Trend seit März entspricht dem Verlauf in der deutschsprachigen Schweiz. In der deutschsprachigen Schweiz haben wir zurzeit eine nahezu perfekte Pattsituation zwischen den beiden Lagern mit je 47 Prozent der Anteile.

Die Kritik an der Vorlage hat in der französischsprachigen Schweiz früher Resonanz gefunden. Hier ist der Trend über zwei Befragungen hinweg eindeutig. Setzt er sich fort, zeichnet sich im französischsprachigen Raum ein Nein ab, das dann deutlich über 50 Prozent zu liegen käme.

Die Mehrheit im italienischsprachigen Raum bleibt dagegen im Ja, während sich das Nein vor allem auf Kosten der Unentschiedenen aufbaut. Mit zwischenzeitlich 44 Prozent im Nein sind die Mehrheitsverhältnisse aber alles andere als gesichert.

Grafik 7



Besonders deutlich ist der Nein-Trend in grossen Agglomerationen, wo die Nein-Seite klar eine Mehrheit erreicht. Auch in den anderen Siedlungsräumen sind die Mehrheitsverhältnisse nicht mehr so komfortabel. Im ländlichen Raum wollen 47 Prozent zustimmen und 41 Prozent die Vorlage ablehnen.

Argumente

Argumentativ zeigt sich ein Patt sowohl bei der konkreten Debatte über den Wolf, wie auch bei der Frage nach dem Tierschutz. Die Stimmabsichten sind inhaltlich gut begründet, wie das für emotional geführte Debatten typisch ist. Die Ja-Seite stösst auf mehrheitliches Verständnis, wenn eine vorausschauende Regulierung des Wolfes fordert. Sie kann eine relative Mehrheit überzeugen, wenn sie mit den vorgesehenen Tierschutzmassnahmen argumentiert.

Die Nein-Seite überzeugt und weiss damit auch den emotionalen Teil der Meinungsbildung hinter sich, wenn sie andere Schutzmassnahmen als den Abschuss des Wolfes fordert. Mit der generellen Reduktion des Schutzes von Wildtieren wegen des neuen Jagdgesetzes überzeugt auch sie jedoch nicht eine Mehrheit.

Trend in der Meinungsbildung

Die Debatte um das Jagdgesetz ist in den Vordergrund der fünf Vorlagen gerückt und wird politisiert geführt. Dies brachte der Nein-Seite viel Zulauf in relativ kurzer Zeit. Die Nein-Seite war bereits früh aktiv. Inhaltlich erscheint die Sache aber dennoch weniger klar, als dies eine einfache Trendweiterführung für die drei Wochen bis zur Abstimmung suggerieren würde. Wenn sich allerdings der Trend fortsetzt und sich die Nein-Seite durchsetzt, ist dies auch Ausdruck der wachsenden Bedeutung von GLP und Grünen, die

gerade unter Jungen und Frauen Anklang finden. Es ist damit auch Ausdruck einer erhöhten Sensibilität gegenüber Forderungen aus Tierschutzkreisen.

Das Muster bisher ist nun eindeutig der Meinungsaufbau Richtung Nein, der eine Ablehnung der Vorlage nahelegen würde. Die Ja-Seite müsste zum Schluss viel deutlicher in Erscheinung treten und zu ihren Gunsten mobilisieren.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

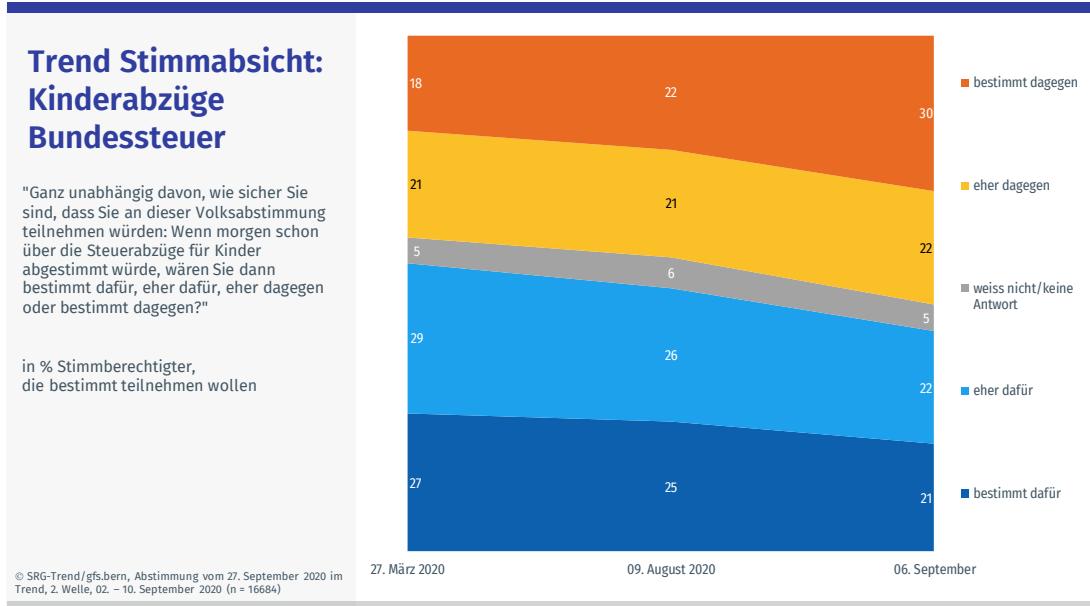
- Die Opposition punktet mit ihren Argumenten und das Nein baut sich Mitte-Links stark auf. Die Debatte ist politisiert und emotional, womit das Jagdgesetz überraschend deutlich in den Vordergrund rückte.
- Links-Rechts-Polarität zwar dominant, aber der Nein-Trend erfasst auch die CVP ländliche Gegenden und jüngere Stimmberechtigte.
- Vorteile der Ja-Seite in allen Sprachregionen, wobei in der lateinischesprachigen Schweiz die Meinungsbildung noch weniger fortgeschritten ist.
- Vorteile der Vorlage auf dem Land und bei Männern, nur knappe Mehrheiten dagegen bei Frauen und Städter*innen.

1.5 Steuerabzüge für Kinder

Gegenwärtige Stimmabsichten

Genau drei Wochen vor der Abstimmung hätte die Vorlage zu den Steuerabzügen für Kinder keine Zustimmungsmehrheit mehr gefunden: 52 Prozent der befragten Stimmberechtigten mit fester Teilnahmeabsicht hätten die Vorlage abgelehnt und nur noch 43 Prozent hätten Ja gesagt.

Grafik 8



Mit dem breiten Einsetzen des Abstimmungskampfes wurde die Meinungsbildung somit von einer deutlichen Polarisierung zum Nein erfasst: Der Ja-Anteil ist gesunken, der Nein-Anteil entsprechend gestiegen. Der Nein-Trend, wie er sich bereits vor einem Monat abzeichnete, setzt sich akzentuiert fort.

Im Kontrast dazu steht jedoch die Einschätzung der Stimmberechtigten selbst: Sie schätzen den Ja-Anteil der Abstimmung über die Steuerabzüge für Kinder im Mittel auf knappe auf 52 Prozent.

Stand der Meinungsbildung

Fünf Prozent Unentschiedene weisen zusammen mit den 44 Prozent tendenziell Entschiedenen darauf hin, dass die Meinungen zu den Steuerabzügen für Kinder nach wie vor wenig gefestigt sind. Veränderungen sind also weiterhin möglich.

Das Meinungsbild ist nur mässig gefestigt (51% fest Entschiedene), wovon die 5 Prozent Unentschiedenen zusammen mit den 44 Prozent tendenziell Entschiedenen zeugen.

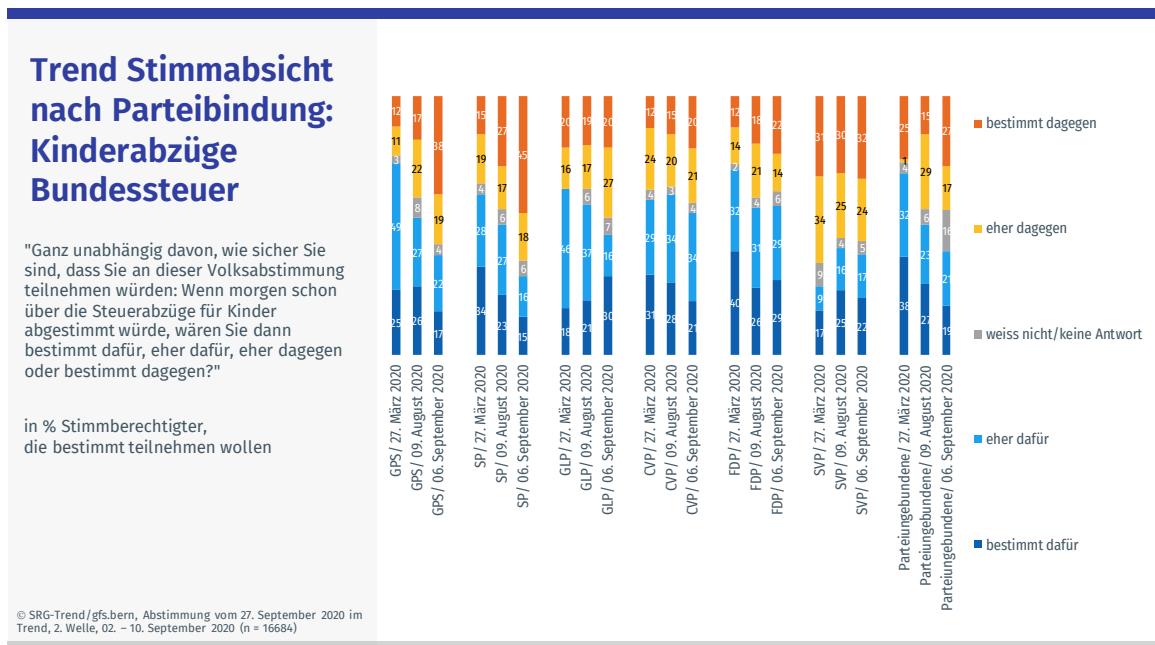
Konfliktmuster

Das Konfliktmuster zu den Steuerabzügen für Kinder ist zusammenfassend primär politisch geprägt und danach regional, denn in der lateinischsprachigen Schweiz bleibt die Zustimmung zumindest vorerst mehrheitlich. Weiter spielt die Betroffenheit respektive der erwartbare Nutzen der Vorlage (hohe Einkommen im Ja) eine Rolle. Soziodemografische Größen dagegen erweisen sich als eher unwichtig.

Das parteipolitische Konfliktmuster hat sich innert Monatsfrist von Links-rechts zu Mitte versus Rest verändert: Mehrheitlich für das Anliegen gestimmt hätten am 6. September 2020 Sympathisant*innen der CVP und der FDP. Mehrheitlich abgelehnt hätten GPS-, SP- und SVP-nahe Wähler*innen. Eine Pattsituation resultiert bei der GLP-nahen Wählerschaft, Parteiungebundene neigen zu einem Nein.

Dynamisch betrachtet ist im Links-grünen Lager ein deutlicher Nein-Trend zu erkennen, ein etwas schwächerer Nein-Trend bei GLP- und CVP-Wähler*innen sowie bei Parteiungebundenen. Im Umfeld der FDP und der SVP erweisen sich die Mehrheitsverhältnisse als stabil.

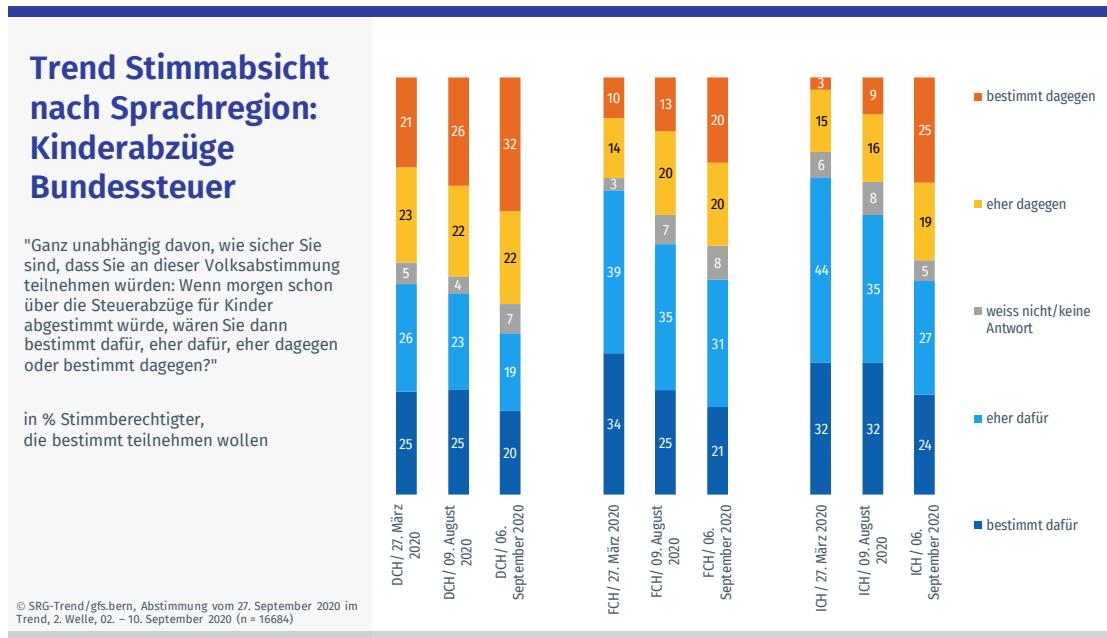
Grafik 9



Die hohe Dynamik der Trends verweist darauf, dass die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen ist, so dass sich die Stimmabsichten nach wie vor verschieben können. Zudem bleiben im Umfeld der SVP Differenzen zwischen den Parteibasen und -eliten bestehen. Bei den links-grünen Parteiwählerschaften haben sich die Stimmabsichten an die Position der Parteispitzen deutlich angeglichen.

Die Trends verlaufen ausserdem flächendeckend zu Ungunsten der Vorlage; in allen Sprachregionen findet sich der allgemeine Trend zum Nein, allerdings bleibt die Zustimmung in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz mehrheitlich. In der Deutschschweiz dagegen ist die Stimmung gekippt und die anfängliche Zustimmung einer mehrheitlichen Ablehnung gewichen.

Grafik 10



Argumente

Auch argumentativ ist die Gegnerschaft im Vorteil. Zwar sind beide getesteten Pro-Argumente mehrheitsfähig, jedoch weniger deutlich als die Argumente der Gegnerschaft. Zudem verläuft der Trend zu den argumentativen Haltungen zugunsten der Gegnerschaft der Vorlage.

63 Prozent der Teilnahmewilligen stimmen zu, dass auch Familien, welche ihre Kinder selber betreuen, von einem Steuerabzug profitieren sollen. Allerdings ist die Zustimmung zu dieser Aussage klar rückläufig (-12%-Punkte). Dass der höhere Drittbetreuungsabzug die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördere, weil er verhindere, dass Eltern ihre Berufstätigkeit aus steuerlichen Überlegungen einschränken oder zeitweise aufgeben, findet bei 55 Prozent der Teilnahmewilligen Zuspruch (-4%-Punkte).

Die Gegnerschaft überzeugt 72 Prozent der Teilnahmewilligen (-4%-Punkte), wenn sie anführt, dass Familien besser entlastet würden, wenn die Krankenkassenprämien für Kinder gesenkt, Betreuungsplätze vergünstigt oder Kinderzulagen erhöht würden. Die Botschaft der SP, dass es sich bei der Erhöhung der allgemeinen Kinderabzüge um ein Steuergeschenk für reiche Eltern handle, verfängt: 63 Prozent unterstützen diese Aussage (+5%-Punkte).

Das vorgefundene Bild der Wirkung der Argumente deutet an, dass der Wunsch Familien zu entlasten durchaus eine Relevanz hat, die vorgeschlagene Massnahme jedoch mit einem harten Kritikpunkt zu kämpfen hat – sie wird als Steuergeschenk für reiche angesehen, was ein Nein zur Vorlage befördert.

Trend in der Meinungsbildung

Der Abstimmungskampf ist bei dieser Entscheidung wegweisend, was sich am spät einsetzenden Angleich der Haltungen von Parteiwählerschaften und –spitzen einerseits, am deutlichen Meinungsumschwung über den letzten Monat hinweg andererseits zeigt. Die Meinungsbildung zu den Steuerabzügen für Kinder ist noch nicht abgeschlossen und nimmt einen für eine Behördenvorlage atypischen Verlauf.

Zwar sprechen der Parolenspiegel und die Schätzung der Stimmberechtigen für ein Ja zu den Kinderabzügen am 27. September 2020. Die aktuellen Stimmabsichten, das vorgefundene Konfliktmuster und der Trend sprechen aber für ein Nein. Die Gegnerschaft hat argumentativ aktuell die Oberhand, doch es gibt auch breit geteilte und wirksame Argumente für die Vorlage.

Grundsätzlich sind für den weiteren Verlauf drei Szenarien denkbar. Erstens: Die Gegnerschaft behält argumentativ die Oberhand und die Polarisierung zum Nein setzt sich weiter fort. Dann wird die Vorlage am 27. September 2020 abgelehnt.

Zweitens ist denkbar, dass sich nun das Fenster der Befürworterschaft öffnet und sich die Meinungsbildung im weiteren Verlauf der Behördenposition anpasst. Die wäre möglich, wenn die Parteiparole der SVP greift und sich der Nein-Trend bei der CVP und Parteiungebundenen sich nicht weiter fortsetzt. Der Schwung der Nein-Kampagne hätte in diesem Szenario den Zenit erreicht und der Ausgang der Abstimmung müsste als offen taxiert werden.

Drittens könnet nun in der Schlussphase eine Polarisierung eintreten, wobei beide Seiten Boden gutmachen würden. In diesem Falle würde die Vorlage abgelehnt.

Der vorgefundene Trend entspricht dem ersten Szenario. Allerdings existieren aufgrund der speziellen Umstände bedingt durch die Corona-Krise erhebliche Unsicherheiten in Bezug auf die Mobilisierung und den weiteren Kampagnenverlauf. Die Entscheidung muss als offen eingestuft werden, auch wenn aktuell beachtliche Vorteile für die Gegnerschaft existieren.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

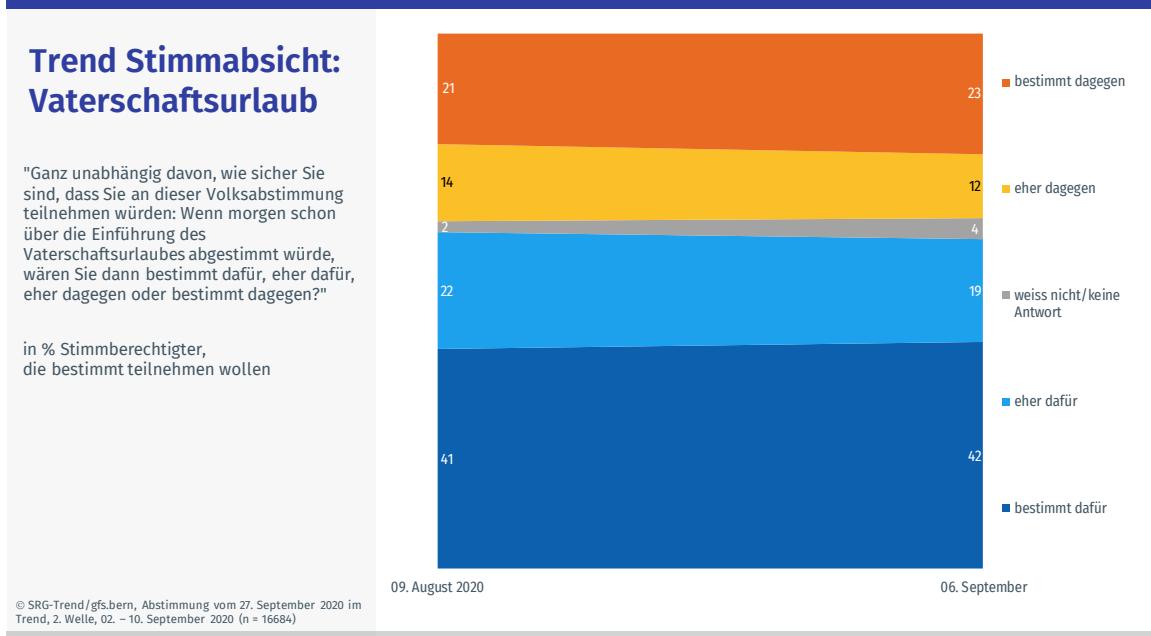
- Mehrheitsverhältnisse gekippt: deutlicher Nein-Trend führt zu knappem Vorsprung der Nein-Seite bei mittlerem Stand der Meinungsbildung
- Ausnahmefall der Meinungsbildung zu einer Behördenvorlage
- GPS, SP und SVP im Nein, Patt bei der GLP, FDP im Ja, Nein-Vorteile bei Parteiungebundenen. Elite-Basis-Konflikte bei SVP
- nur sechs Untergruppen noch im Ja (Tiefgebildete, höchste Einkommensgruppe, CVP, FDP, französisch- und italienischsprachige Schweiz) und in drei davon verläuft der Trend Richtung Nein (CVP, ICH, FCH).
- Insgesamt verhaltener Start, dann Einsetzen eines deutlichen Nein-Trends. Abstimmungskampf ist entscheidend. Deutungshoheit aktuell bei Gegnerschaft, Ausgang mit Vorteilen für die Gegnerschaft offen

1.6 Vaterschaftsurlaub

Gegenwärtige Stimmabsichten

Eine klare Mehrheit von 61 Prozent der Teilnahmewilligen will "bestimmt" oder "eher" für die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubes stimmen. 35 Prozent äussern sich eher oder klar dagegen. 4 Prozent sind noch unentschieden. An diesen Mehrheitsverhältnissen hat sich gegenüber August 2020 nichts relevant verändert.

Grafik 11



Die Erwartung der Stimmenden ist, dass der Vaterschaftsurlaub angenommen wird. Sie schätzen den Ja-Anteil im Mittel auf 55 Prozent.

Stand der Meinungsbildung

65 Prozent der Stimmbürger haben sich bereits eine feste Meinung zur Vorlage gebildet und auch hier führt die Ja-Seite mit 42 zu 23 Prozent deutlich. Das Meinungsbild hat sich gegenüber der ersten Welle auf hohem Niveau leicht verfestigt (+3%-Punkte).

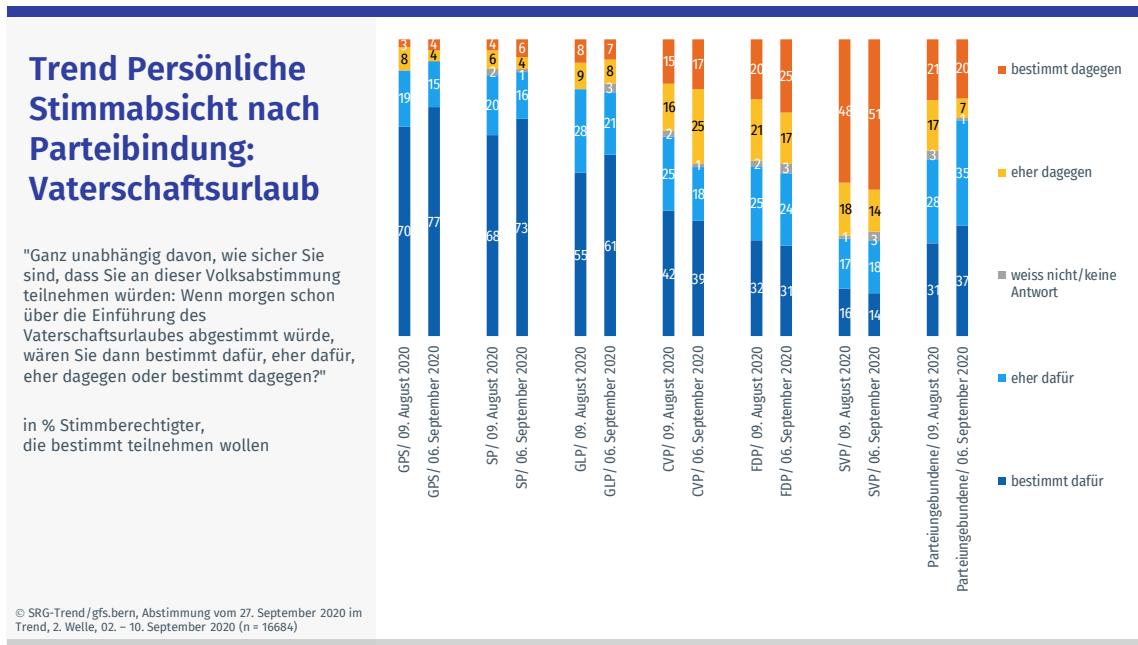
Der Vaterschaftsurlaub geht mit einem eindeutig positiven Meinungsbild in die Schlussphase des Abstimmungskampfes, was zusammen mit dem bereits früh gefestigten Meinungsbild (65% fest Entschiedene) die Wahrscheinlichkeit von grösseren Verschiebungen in den Stimmabsichten reduziert.

Konfliktmuster

Das Konfliktmuster zum Vaterschaftsurlaub ist primär politisch und sozioökonomisch geprägt, denn die einzigen mehrheitlich ablehnenden Gesellschaftsgruppen sind SVP-Wähler*innen, regierungsmisstrauische Kreise und tief Gebildete. Ansonsten herrscht breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaubs.

Der Ja-Anteil zum Vaterschaftsurlaub nimmt von links nach rechts ab, Ablehnung erfährt die Vorlage aber nur bei SVP-nahen Wähler*innen. Die Zustimmung ist im Umfeld der CVP und FDP zwar leicht unter Druck geraten, es bleibt aber bei zustimmenden Mehrheiten. Damit folgen die Wähler*innen der sechs grössten Parteien mehrheitlich der Parole ihrer jeweiligen Partei. Es findet sich kein Elite-Basis Konflikt.

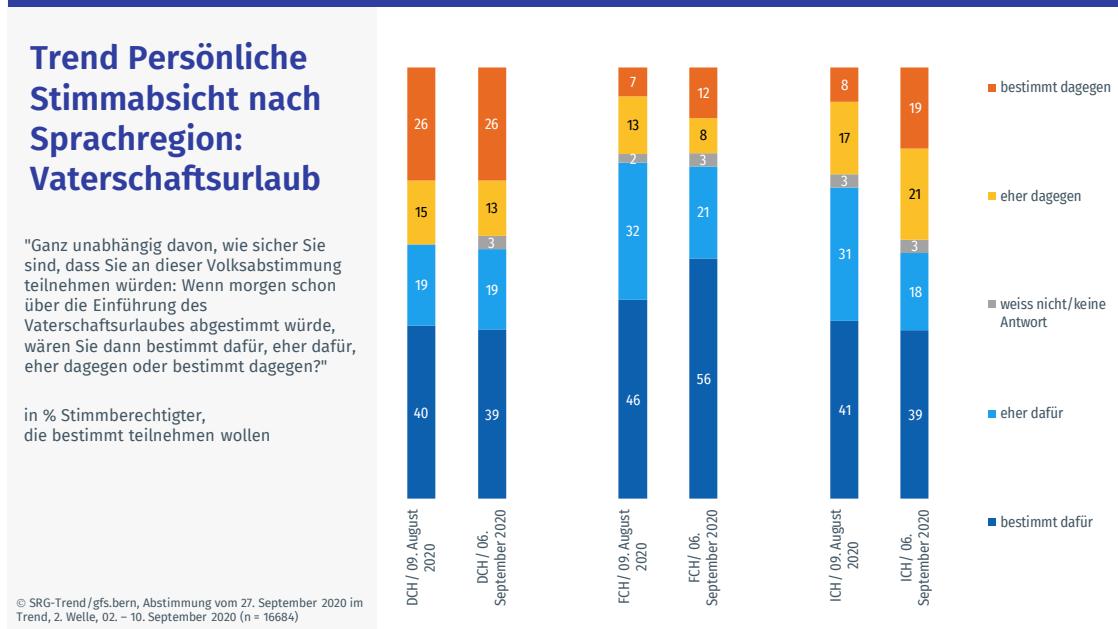
Grafik 12



Bürger*innen, welche der Regierung grundsätzlich vertrauen, unterstützen die Vorlage deutlich (67% eher/bestimmt dafür). Bürger*innen die jedoch der Regierung misstrauen, sind gegen die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs (56% eher/bestimmt dagegen).

Das Meinungsbild erweist sich über die Sprachgrenzen hinweg als gefestigt und fällt überall zugunsten des Vaterschaftsurlaubs aus. Am höchsten ist die Zustimmung in der französischsprachigen Schweiz. Mehrheitlich ist sie auch in der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz, allerdings zeigt sich dort grösserer Widerstand gegen die Vorlage. Während dieser Widerstand in der Deutschschweiz bereits vor einem Monat ersichtlich war, hat er sich in der italienischsprachigen Schweiz mit dem Einsetzen der Hauptkampagnenphase ausgeweitet.

Grafik 13



Weiter besteht der Zusammenhang zur Generationen- respektive zur Betroffenheitsfrage fort. Die Zustimmung der jüngsten Altersgruppe ist der Vorlage sicher, dann nimmt sie mit zunehmendem Alter ab (18-39-jährige: 81%, 40-64-jährige: 58%, 65+-jährige: 49% eher/bestimmt dafür). Bei Pensionierten ist die anfängliche Zustimmung einer Pattsituation gewichen. Und Personen mit geringer Bildung hätten den Vaterschaftsurlaub als dritte Wähler*innengruppe mehrheitlich abgelehnt (50% eher/ bestimmt dagegen). Mittel- und Hochgebildete hätten der Vorlage mehrheitlich zugesagt.

Trend in der Meinungsbildung

Der Zustimmungswert zum Vaterschaftsurlaub dürfte sich nicht mehr dramatisch verändern. Erstens ist der Vorsprung der Ja-Seite mit 28 Prozentpunkten hoch. Zweitens sind die geäusserten Stimmabsichten hochgradig gefestigt. Drittens herrscht mit nur drei ablehnenden Bevölkerungsgruppen (SVP-Wählerschaft, Regierungskritische und Personen mit tiefem Bildungsniveau) relativ breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaubes.

Ein Ja zum Vaterschaftsurlaub ist bei der vorgefundenen Lage das wahrscheinliche Szenario für den 27. September 2020.

Einzig wenn die Gegnerschaft im Verlauf der Hauptkampagne noch die Oberhand gewinnen sollte, könnte eine einseitige Polarisierung Richtung Nein einsetzen. Aufgrund des grossen Vorsprungs der Ja-Seite und der Erstbeurteilung der Argumente wäre eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse aber selbst in diesem Fall eine grosse Überraschung.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

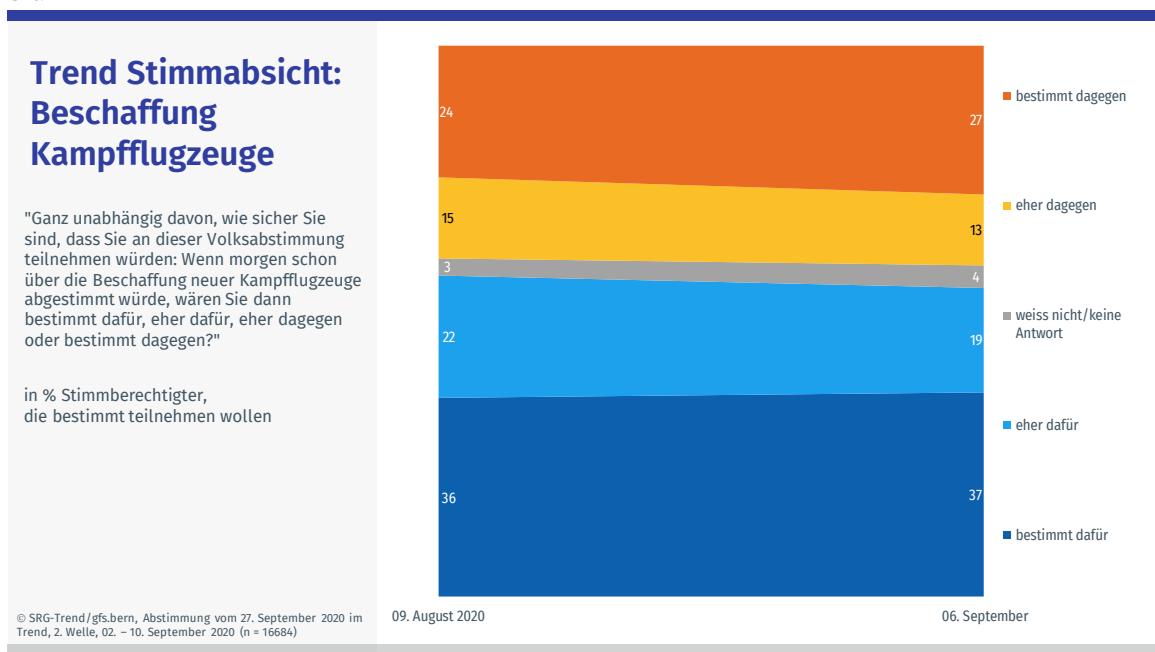
- Vorsprung der Ja-Seite bleibt bei fortgeschrittenem Stand der Meinungsbildung erhalten.
- Parteipolitisches Konfliktmuster SVP versus Rest. Hohe Zustimmung von GPS, SP, GLP und Parteiungebundenen, mehrheitliche aber unter Druck geratene Zustimmung von CVP und FDP.
- Regierungsmisstrauische und Personen mit tiefem Bildungsniveau im Nein, erhöhte Nein-Anteile in der Deutschschweiz, bei Pensionierten und tiefen Haushaltseinkommen.
- Normalfall der Meinungsbildung zu einer Behördenvorlage, wenn auch kaum ein Trend existiert. Meinungen waren früh bereits gemacht.
- Eine Annahme des Vaterschaftsurlaubes ist das realistischste Szenario für den 27. September, denn selbst wenn die Gegnerschaft noch zu überzeugen vermag, könnte die den Ja-Vorsprung kaum noch einholen.

1.7 Beschaffung Kampfflugzeuge

Gegenwärtige Stimmabsichten

Drei Wochen vor der Abstimmung wurden 56 Prozent der Teilnehmenden bestimmt oder eher für die Beschaffung von Kampfflugzeugen in der vorgeschlagenen Form stimmen. – Bestimmt oder eher dagegen sind 40 Prozent. Nur 4 Prozent wollen zwar bestimmt teilnehmen, sind aber noch nicht entschieden. Die Verschiebungen zwischen dem Ja- und dem Nein-Lager sind gering, womit sich erste Meinungen eher verstärkt, als geändert haben. Zwar macht die Opposition etwas Boden gut, was sich aber innerhalb des Unschärfebereichs bewegt. Die Stimmenden selber erwarten deutlich stärker als noch Anfang August ein Ja.

Grafik 14



Stand der Meinungsbildung

64 Prozent haben eine feste Meinung dafür oder dagegen. Die Meinungsbildung war bei der ersten Befragungswelle schon mittel bis hoch ausgeprägt, dieses Bild hat sich nun noch verfestigt.

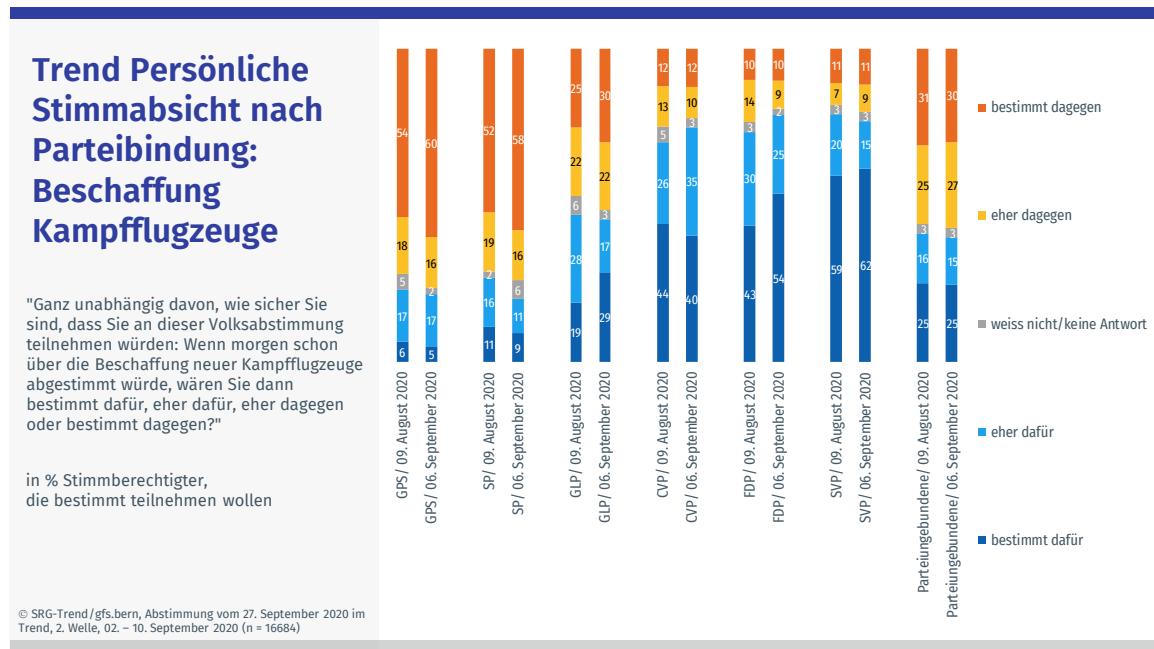
Konfliktmuster

Konstant bestätigt sich eine scharfe Trennlinie zwischen den Linksparteien einerseits und den bürgerlichen Regierungsparteien andererseits. Kritisch sind weiterhin Parteiu gebundene. In dieser Gruppe sind aber weiterhin viele nur tendenziell entschieden.

Bei der GLP hat sich das polarisierte Bild weiter verfestigt, wobei im Lager der Anhängerschaft der GLP eher die Kritik an der Beschaffung zunimmt. Somit zeichnet sich ein knapper Elite-Basis-Konflikt ab, weil die GLP-Delegierten eine Ja-Parole beschlossen haben.

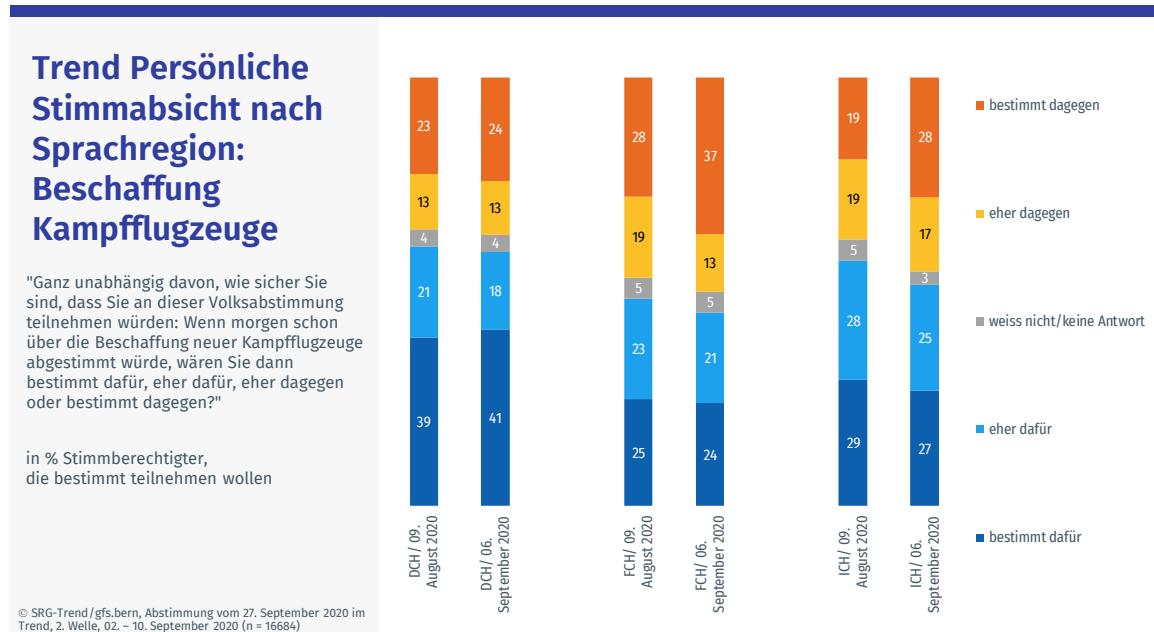
Das Regierungsvertrauen hilft dieser Vorlage weiterhin, um die Mehrheit zu sichern. Regierungskritische Kreise sind etwas stärker gegen die Beschaffung, sie wollen aber weiterhin mehrheitlich der Vorlage zustimmen.

Grafik 15



Ein recht grosser Sprachgraben zeichnet sich ab. Während das Ja in der deutschsprachigen Schweiz unverändert klar überwiegt, weitet sich die Kritik in der lateinischsprachigen Schweiz aus. In der französischsprachigen Schweiz erreicht das Nein zwischenzeitlich die Mehrheitsmarke. Die Chance auf Nein-Kantone aus der Romandie ist intakt.

Grafik 16



Während die Vorlage in den Städten kontrovers beurteilt wird und die Ja-Seite nur einen geringen Vorsprung hat, reduziert sich die Nein-Seite auf dem Land und in den Agglomerationen auf ein gutes Drittel der bisher mobilisierten Stimmberechtigten.

Ob am Schluss eine Mehrheit der Frauen für die Beschaffung stimmt, ist alles andere als sicher: Zurzeit sind 50 Prozent für und 45 Prozent gegen das Beschaffungsvorhaben. Bei den in den letzten Wochen stärker mobilisierten Männern ist das Verhältnis ebenfalls praktisch stabil geblieben: Es spricht für ein Ja zu den Kampfflugzeugen im Verhältnis von etwa 2:1. Für technische und militärische Vorhaben ist ein scharfer Graben zwischen den Geschlechtern nicht untypisch.

Der deutliche Vorsprung der Ja-Seite kommt auch durch viele ältere, gut mobilisierte Stimmberechtigte zustande, die weniger Zweifel an der Beschaffungsvorlage äussern. Jüngere sind neu in der (knappen) relativen Mehrheit sogar gegen die Beschaffung. Sie würden zurzeit klar unterliegen.

Für eine Beurteilung aus der eigenen Haushaltsituation heraus sprechen schliesslich die Unterschiede entlang des verfügbaren Haushaltseinkommens: Je geringer dies ausfällt, desto kritischer wird die Beschaffung beurteilt.

Argumente

64 Prozent der aktuell Teilnahmewilligen unterstützen das Argument, dass eine schlagkräftige Luftwaffe zur Armee gehört. 63 Prozent der Teilnahmewilligen sind damit einverstanden, dass der Luftraum ohne neue Kampfjets ab 2030 ungeschützt wäre. Die Diskussion um die am 18. Mai 2014 schliesslich abgelehnte Gripen-Beschaffung war kontroverser, weil die F/A 18 noch länger zur Verfügung standen.

Die Nein-Seite hat weiterhin kein mehrheitsfähiges Argument, kann aber weit über das eigene Lager hinaus punkten. Besonders wirksam auf die Meinungsbildung ist der Verweis auf die Krisensituation: 47 Prozent würden sich zurzeit andere Prioritäten bei der Verwendung von Steuern wünschen. Ebenfalls mit 46 Prozent Zustimmung recht gut abgestützt ist das Argument, wonach auch leichte Kampfjets eine Lösung für die aktuell friedliche Zeit wären. Es ist allerdings für die Meinungsbildung nicht im Vordergrund. Die Stimmabsichten stimmen in hohem Mass mit den Beurteilungen der Argumente überein.

Trend in der Meinungsbildung

Eine klare Mehrheit will prinzipiell eine autonome Schweizer Luftwaffe. Zweifel bestehen in gewissem Mass, weil die Finanzsituation in der Krise angespannt ist und vielleicht die Mittel anderswo besser verwendet werden können. Diese Zweifel sind in der Gruppe der Parteiungebundenen mitentscheidend für das aktuell mehrheitliche Nein. Sie weiten sich aber nicht auf weitere Kreise aus, denn die kritische Debatte erreicht die Anhängerschaften der bürgerlichen Regierungsparteien und Personen, die der Regierung vertrauen, nicht. In solchen Referendumssituationen hat die Nein-Seite am Schluss vor allem bei Unentschiedenen einen gewissen Vorteil.

Für den weiteren Meinungsverlauf zur Vorlage sind grundsätzlich zwei Szenarien denkbar. Erstens: Die Meinungsbildung passt sich noch leicht zugunsten der Behördenposition an. Der Ja-Anteil steigt, während sich der Nein-Anteil bestenfalls halten kann. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage entsprechend deutlich angenommen. Zweitens wäre es ebenso denkbar, dass die Vorlage noch etwas stärker polarisiert und sowohl der Ja, wie auch in etwas stärkerem Mass der Nein-Anteil im Verlauf des Abstimmungskampfes steigen würde. Das wäre eher das beobachtete Muster vor der Schlussmobilisierung.

Ein Ja nahe an der in der Umfrage beschriebenen Situation zur Kampfjetbeschaffung ist das wahrscheinliche Szenario für den 27. September 2020.

STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- Deutlicher Vorsprung der Ja-Seite reduziert sich leicht, wobei die Meinungsbildung klar fortgeschritten ist.
- Hohe Polarisierung zwischen politischen und gesellschaftlichen Lagern, aber nur SP- und Grünen-Anhängerschaften neigen klar dem Nein zu. Neben den linken Parteianhängerschaften sind ausserdem Parteiungebundene knapp mehrheitlich im Nein. Die GLP-Anhängerschaft ist gespalten. Bei Frauen ist der Nein-Trend deutlicher.
- In der französischsprachigen Schweiz erreicht die Nein-Seite nun exakt die 50 Prozentmarke. Der Trend weist Richtung Nein-Mehrheit.
- Argumentativ bestehen deutliche Vorteile für die Ja-Seite: Die allgemeine Unterstützung für eine eigene Luftwaffe ist verbunden mit der breit anerkannten Notwendigkeit, die Flotte bis 2030 zu erneuern. Auf der Nein-Seite ist kein Argument mehrheitsfähig, aber die Argumente überzeugen weit über das klassisch linke Lager hinaus. Das in Krisenzeiten andere Prioritäten gesetzt werden sollten, polarisiert und wirkt breit, beispielsweise auf Parteiungebundene oder in der französischsprachigen Schweiz. In leichten Kampfjets sehen viele Befragte eine Alternative zu herkömmlichen Lösungen.
- Eine gewisse Polarisierung ist weiterhin denkbar, die Ja-Seite bleibt aber gefestigt und der Raum für eine Meinungsentwicklung in Richtung Nein ist gering. Unentschiedene könnten aufgrund der aktuellen Stimmabsichten und des Trends eher noch der Nein-Seite zuneigen.

1.8 Vorläufige Teilnahmeabsicht

Gegenwärtige Teilnahmeabsichten

Migrationskritische Initiativen bringen hohe bis sehr hohe Teilnahmeraten für Schweizer Verhältnisse. In solchen Fällen werden in der Regel überproportional Menschen bewegt, die gegenüber der Regierung eine kritische Haltung einnehmen und vielleicht einmal pro Legislatur an einer Abstimmung teilnehmen. Davon ist bis ungefähr drei Wochen vor der Abstimmung aufgrund der SRG-Trendbefragung wenig zu erkennen.

Eine zweite Regel scheint sich dagegen eher zu bestätigen: Je mehr unterschiedliche Vorlagen zur Diskussion stehen, desto stärker werden weniger politisch interessierte Gruppen von Themen, die sie ganz direkt betreffen, angesprochen und auch mobilisiert. Bei fünf Vorlagen ist damit mindestens eine leicht überdurchschnittliche Teilnahme zu erwarten. Mit dem Trend von anfänglich etwas über 40 Prozent zu aktuell 47 Prozent ist dies nun auch eingetreten. Steigt die Teilnahmerate weiter in ähnlichem Mass an, ist eine Beteiligung von etwa der Hälfte der Stimmberechtigten am 27. September 2020 zu erwarten. Das wäre überdurchschnittlich, aber angesichts der Anzahl Vorlagen keine weiter bemerkenswerte Mobilisierung.

Profil

Der Blick auf die parteispezifische Mobilisierung ist im aktuellen Fall besonders lohnend, denn die Teilnahmeabsichten sinken nur gerade im Lager der SVP-Anhängerschaft (-5 Prozentpunkte auf 44 Prozent). Alle übrigen parteipolitischen Lager sind stärker mobilisiert und beabsichtigen mittlerweile mehrheitlich, an der Abstimmung teilzunehmen. Sogar Parteiungebundene sind im Vergleich zum August nun in der zweiten Welle eher entschieden, an der Abstimmung teilzunehmen (+11 Prozentpunkte auf 33 Prozent).

Es finden sich weiterhin keine Anzeichen einer regierungskritischen Aufladung der Teilnahmeabsichten. Regierungsvertrauende wurden in den letzten Wochen konkret stärker mobilisiert als Misstrauische. Typische Gruppen, die in der Regel stark untervertreten sind, verfügen über tiefere Haushaltseinkommen oder nicht über höhere Bildungsschlüsse. Genau diese Kreise wurden in den letzten Wochen eher etwas demobilisiert, während die Mobilisierung bei den höheren Bildungsschichten steigt. Zuletzt stieg die Teilnahmeabsicht auch eher bei Männern und bei Personen im Rentenalter.

Es gibt keine nennenswerten Differenzen bei der Mobilisierung in den drei Sprachregionen. Steigend ist der Trend vor allem in der deutschsprachigen und der italienischsprachigen Schweiz. In der französischsprachigen Schweiz war die frühe Mobilisierung ausgewöhnlich, die Debatte in der Romandie hat aber offenbar nicht weiter breite Kreise für die Teilnahme motivieren können.

1.9 Datengrundlage

Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten in der CATI-Befragung überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Tabelle 1: Technischer Kurzbericht SRG-Trend – Volksabstimmung vom 27. September 2020

Auftraggeber	CR-Konferenz der SRG SSR
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	CATI: Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung Swiss-Interview-Liste Online: Opt-in-Befragung über die Webportale der SRG SSR
Datenerhebung	telefonisch, computergestützt (CATI) Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	CATI: at random/Geburtstagsmethode im Haushalt Sprachregionen Online: offene Mitmachumfrage
Befragungszeitraum	2. – 10. September 2020 mittlerer Befragungstag: 6. September 2020
Stichprobengrösse	minimal 1400, effektiv 17909 (Cati: 1407, Online: 16502) n DCH: 14065, n FCH: 2864, n ICH: 980 (CATI: n DCH: 701, n FCH: 405, n ICH: 301) (Online: n DCH: 13364, n FCH: 2459, n ICH: 679)
Stichprobenfehler	± 2.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)
Quotenmerkmale	CATI: Geschlecht/Alter interlocked Online: -
Gewichtet nach	Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Parteiaffinität, Recall, Teilnahme
Befragungsdauer CATI	
Mittel	16.2 Minuten
Standardabweichung	3.6 Minuten
Publikation	16. September 2020, 6h

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 2.–10. September 2020

2 Ergebnisse

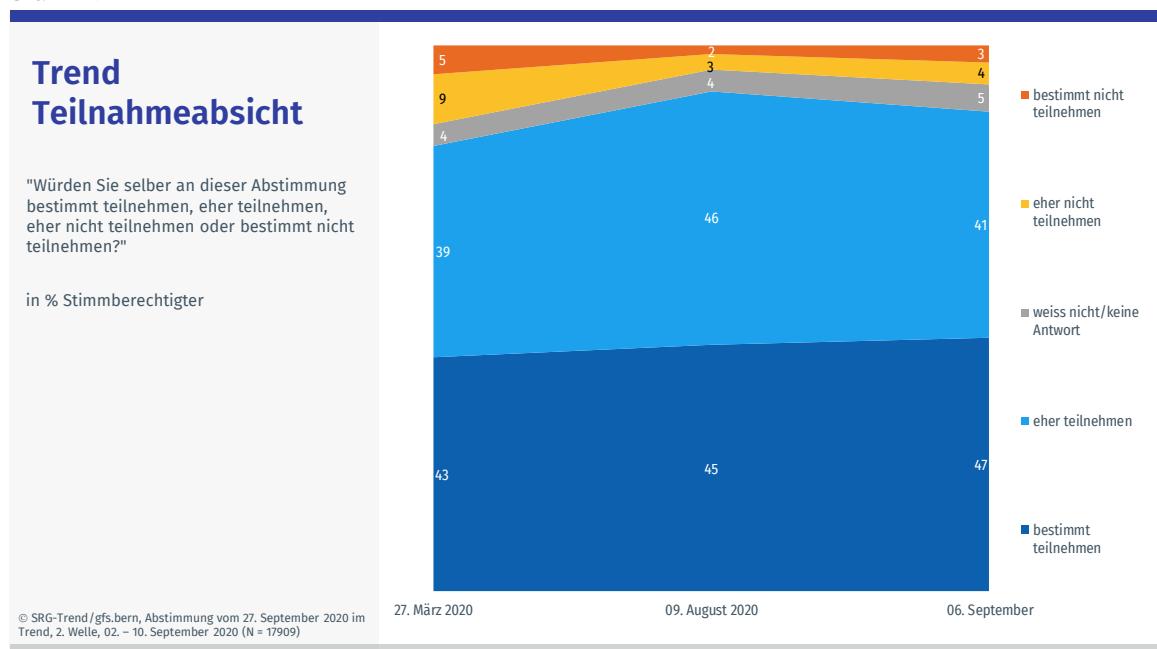
2.1 Vorläufige Teilnahmeabsichten

Migrationskritische Initiativen bringen in der Regel hohe bis sehr hohe Teilnehmeraten für Schweizer Verhältnisse. Werden solch hohen Teilnahmewerte erreicht, werden überproportional Menschen bewegt, die kritisch sind mit der Regierung und vielleicht nur einmal pro Legislatur überhaupt an einer Abstimmung teilnehmen. Davon ist bis ungefähr drei Wochen vor der Abstimmung aufgrund der SRG-Trendbefragung wenig zu spüren.

Eine zweite Regel scheint sich dagegen eher zu bestätigen: Je mehr unterschiedliche Vorlagen zur Diskussion stehen, desto stärker werden politisch weniger interessierte Gruppen von Themen, die sie ganz direkt betreffen, angesprochen und damit zur Teilnahme bewegt (mobilisiert). Bei fünf Vorlagen ist damit mindestens eine leicht überdurchschnittliche Teilnahme zu erwarten.

Mit dem Anstieg der Teilnahmeabsicht von anfänglich 43 Prozent zu aktuell 47 Prozent ist dies nun auch eingetreten. Steigt die Teilnehmerate weiter in ähnlichem Mass an, ist eine Beteiligung von etwa der Hälfte der Stimmberechtigten am 27. September 2020 zu erwarten. Das wäre überdurchschnittlich, aber angesichts der Anzahl Vorlagen keine weiter bemerkenswerte Mobilisierung.

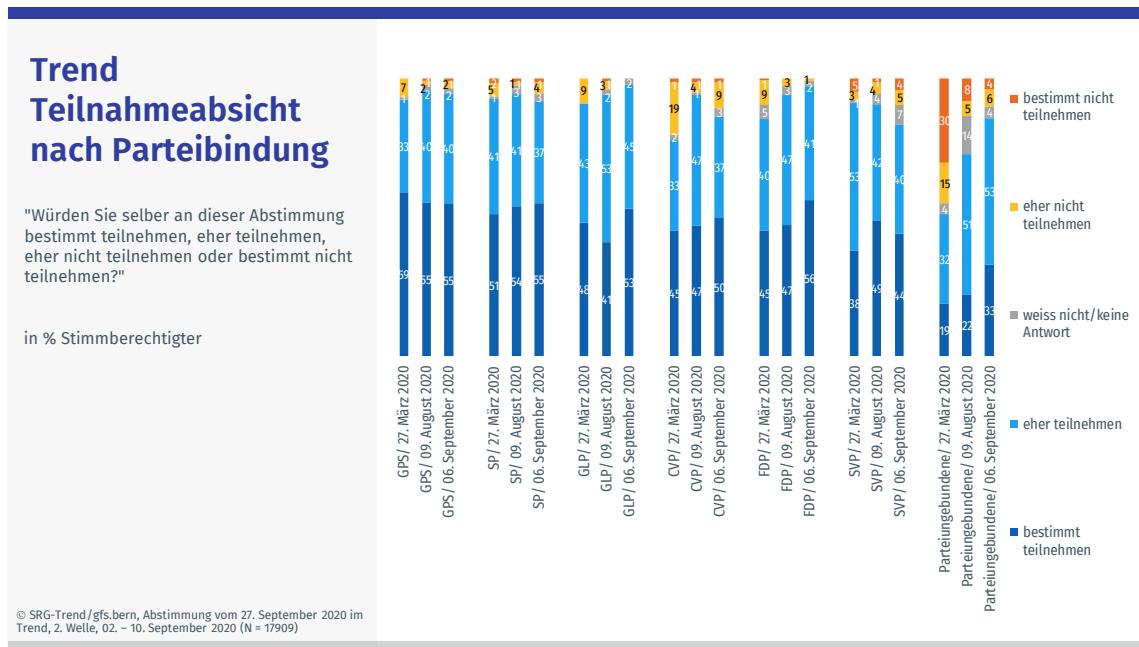
Grafik 17



2.1.1 Profil der Beteiligungswilligen

Der Blick auf die parteispezifische Mobilisierung ist im aktuellen Fall besonders lohnend, denn die Teilnahmeabsichten sinken nur gerade im Lager der SVP-Anhängerschaft. Alle übrigen parteipolitischen Lager und sogar Parteiungebundene sind im Vergleich zum August nun in der zweiten Welle eher entschieden, an der Abstimmung teilzunehmen.

Grafik 18



Rechtspopulistische Anliegen, die mit den Themen Migration oder innere Sicherheit gegen die Regierungspolitik zur Abstimmung gebracht werden, zielen mit den Argumenten auch auf rechte und regierungskritische Bevölkerungskreise, die nur selten an Abstimmungen teilnehmen.

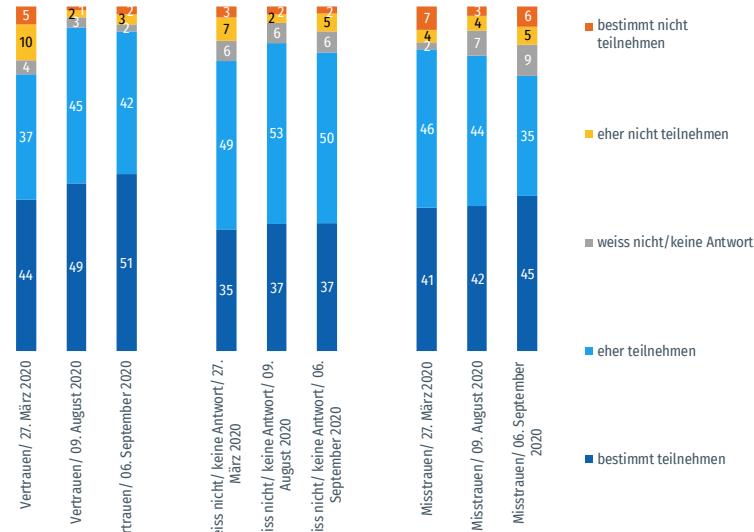
Für eine solche gegen die Regierung geschürte Stimmungslage gibt es in der Befragung wenig Anzeichen: Die Teilnahmeabsichten sind vor allem im Lager der Personen überdurchschnittlich, die im Grundsatz der Regierung vertrauen.

Grafik 19

Trend Teilnahmeabsicht nach Regierungsvertrauen

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (N = 17909)

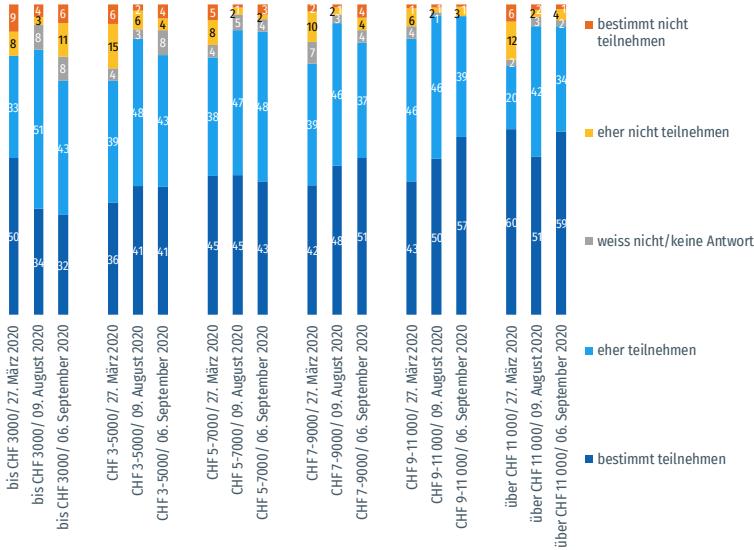
Typische Gruppen, die in der Regel stark untervertreten sind, verfügen über tiefere Haushaltseinkommen und Bildungsabschlüsse. Genau diese Kreise wurden in den letzten Wochen eher etwas demobilisiert. Die ohnehin übliche stärkere Mobilisierung von höheren Schichten dürfte sich am 27. September 2020 noch deutlicher manifestieren.

Grafik 20

Trend Teilnahmeabsicht nach Haushaltseinkommen

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"

in % Stimmberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (N = 17909)

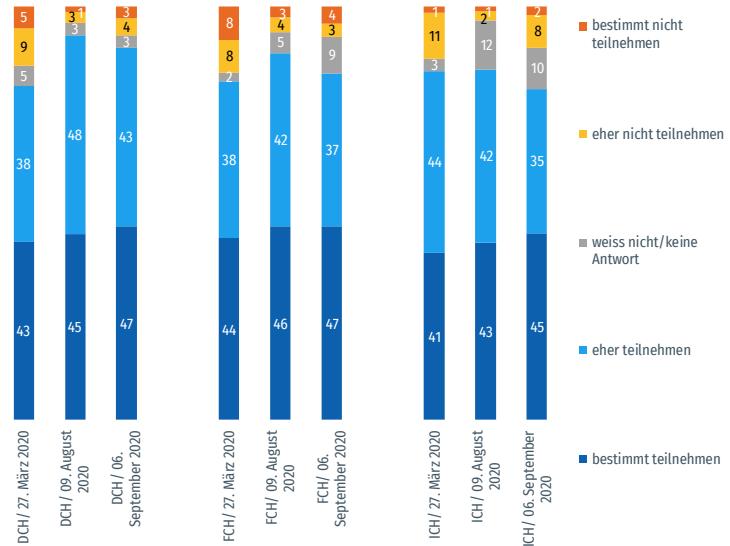
Es gibt dagegen keine nennenswerten Differenzen bei der Mobilisierung in den drei Sprachregionen. Steigend ist der Trend vor allem in der deutschsprachigen und der italienischsprachigen Schweiz. In der französischsprachigen Schweiz war die frühe Mobilisierung aussergewöhnlich, die Debatte in der Romandie hat aber offenbar nicht noch breitere Kreise für die Teilnahme motivieren können.

Grafik 21

Trend Teilnahmeabsicht nach Sprachregion

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"

in % Stimberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (N = 17909)

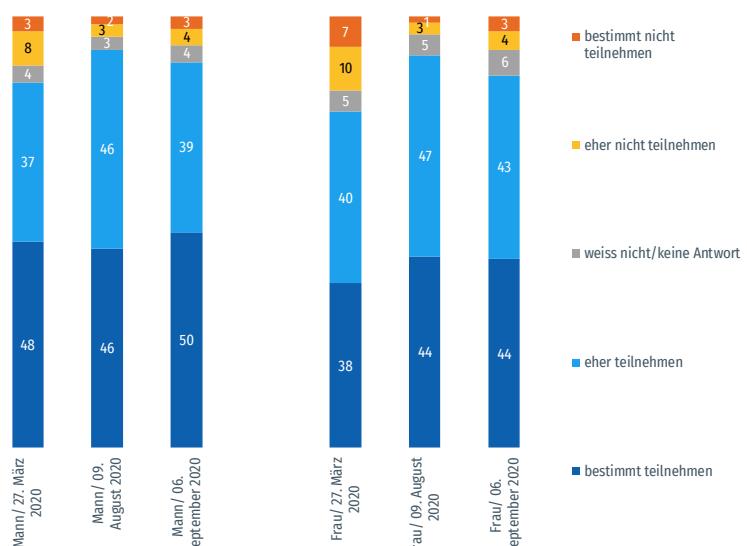
Anfangs der Debatte waren beide Geschlechter in ähnlichem Masse motiviert, bestimmt an der Abstimmung teilzunehmen. Die Augustwochen haben aber vor allem Männer zusätzlich mobilisiert. Denkbar ist, dass sich dieser graduelle Unterschied noch verkleinert, weil sich Frauen in der Regel etwas später für eine Teilnahme entscheiden.

Grafik 22

Trend Teilnahmeabsicht nach Geschlecht

"Würden Sie selber an dieser Abstimmung bestimmt teilnehmen, eher teilnehmen, eher nicht teilnehmen oder bestimmt nicht teilnehmen?"

in % Stimberechtigter



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (N = 17909)

Die Mobilisierung ist zurzeit auf dem Land und in den Städten erhöht, während sie in kleinen und mittleren Agglomerationen eher durchschnittlich geblieben ist. Die Mobilisierung der letzten Wochen hat an der Alterszusammensetzung nicht viel verändert. Jüngere sind weiterhin wesentlich weniger mobilisiert als Ältere (18-39-Jährige: 37%, 40-64-Jährige: 49%, 65+-Jährige: 60% bestimmt teilnehmen).

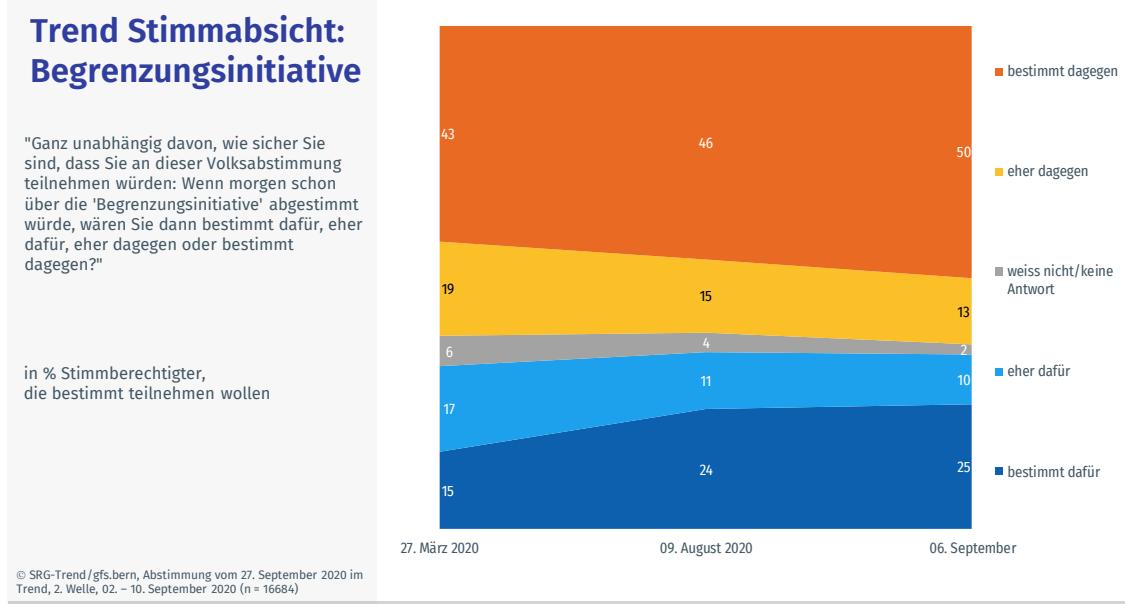
2.2 Begrenzungsinitiative

2.2.1 Vorläufige Stimmabsichten

Stabile 63 Prozent der Stimmberechtigten mit fester Teilnahmeabsicht hätten am 6. September gegen die Begrenzungsinitiative gestimmt, 35 Prozent dafür. Die Stimmabsichten haben sich im Verlauf der Hauptkampagnenphase weiter verfestigt, ohne die Mehrheitsverhältnisse zu verändern. Drei Viertel der Stimmberechtigten mit Teilnahmeabsicht äussern eine feste Stimmabsicht, wobei auch hier die Nein-Seite deutlich führt. Der Stand der Meinungsbildung ist fortgeschritten und die Entscheidung über die Begrenzungsinitiative in hohem Masse prädisponiert.

Bemerkenswert und für eine Initiative atypisch ist jedoch, dass das Ja-Lager insgesamt bisher keine Einbussen zu verbuchen hat.

Grafik 23



Fragt man die teilnahmewilligen Stimmberechtigten direkt nach dem Abstimmungsausgang, gehen sie von einer Ablehnung der Initiative an der Urne aus. Der Nein-Anteil wird im Mittel stabil auf 55 Prozent geschätzt.

2.2.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Die Stimmabsichten zur Begrenzungsinitiative werden stark von politischen Größen bestimmt, doch auch die Sprachregion und sozioökonomische Faktoren sind relevant.

Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich entlang der Parteibindung und des Regierungsvertrauens, denn einzig bei Untergruppen dieser Variablen finden sich Ja-Mehrheiten.

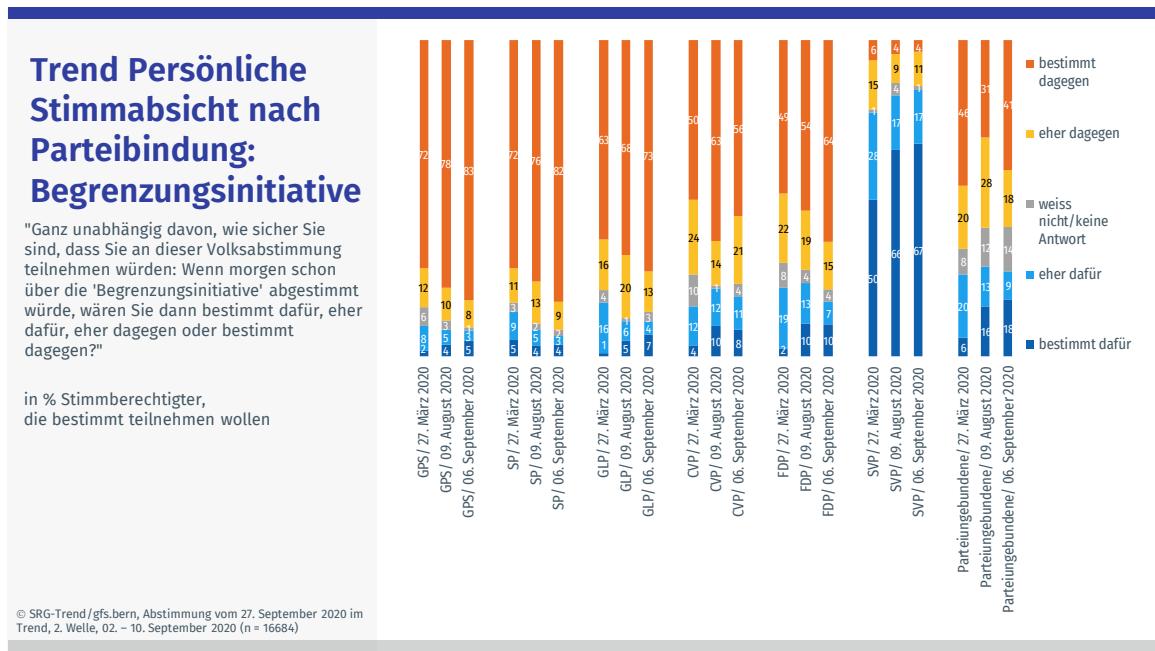
Die bereits im März und August hohe Zustimmung im SVP-Umfeld konnte sich halten: 84 Prozent der SVP-Wählerschaft hätte für die parteieigene Initiative gestimmt. Die SVP-Wählerschaft ist damit weitestgehend auf Parteikurs.

Ansonsten ist der Ja-Anteil bei keiner weiteren Wählergruppe angestiegen. Der für Initiativen typische Nein-Trend findet sich bei allen Parteiwählerschaften, so dass es bei deutlicher Ablehnung aus den Reihen der Grünen, der SP, der CVP und der FDP bleibt.

Einzig bei Parteiungebunden hält sich der Ja-Anteil, allerdings auf tiefem Niveau. Auch sie hätten die Begrenzungsinitiative Anfang September verworfen.

Alle Wählergruppen sind damit im Einklang mit den Parolen ihrer jeweiligen Parteispitze, und es zeichnen sich keine Elite-Basis-Konflikte ab.

Grafik 24



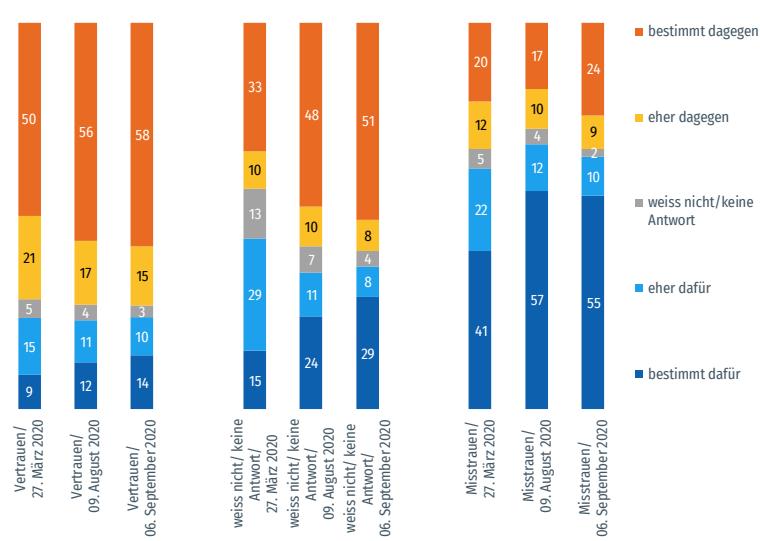
Mehr als deutlich bestätigen sich unterschiedliche Auffassungen zur Begrenzungsinitiative entlang des Regierungsvertrauens/-misstrauens. Regierungsmisstrauische Bürger*innen sind klar für die Initiative, Vertrauende ebenso klar dagegen.

Grafik 25

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Regierungsvertrauen: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend / gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

Es bleibt dabei, dass sich neben den beiden genannten Gruppen keine weiteren gesicherten Mehrheiten im Ja-Lager finden.

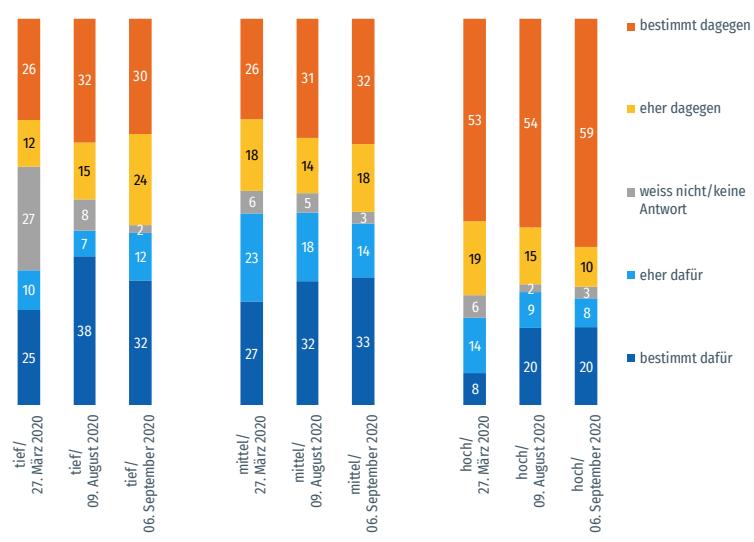
Allerdings bleiben weitreichende Sympathien für die Begrenzungsinitiative tieferen sozialen Schichten. Teilnahmewillige mit tiefer und vor allem mittlerer Schulbildung geben häufiger als Hochgebildete an, ein Ja einzulegen. Zudem fällt der Nein-Trend in der mittleren Bildungsgruppe verhalten aus.

Grafik 26

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Schulbildung: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

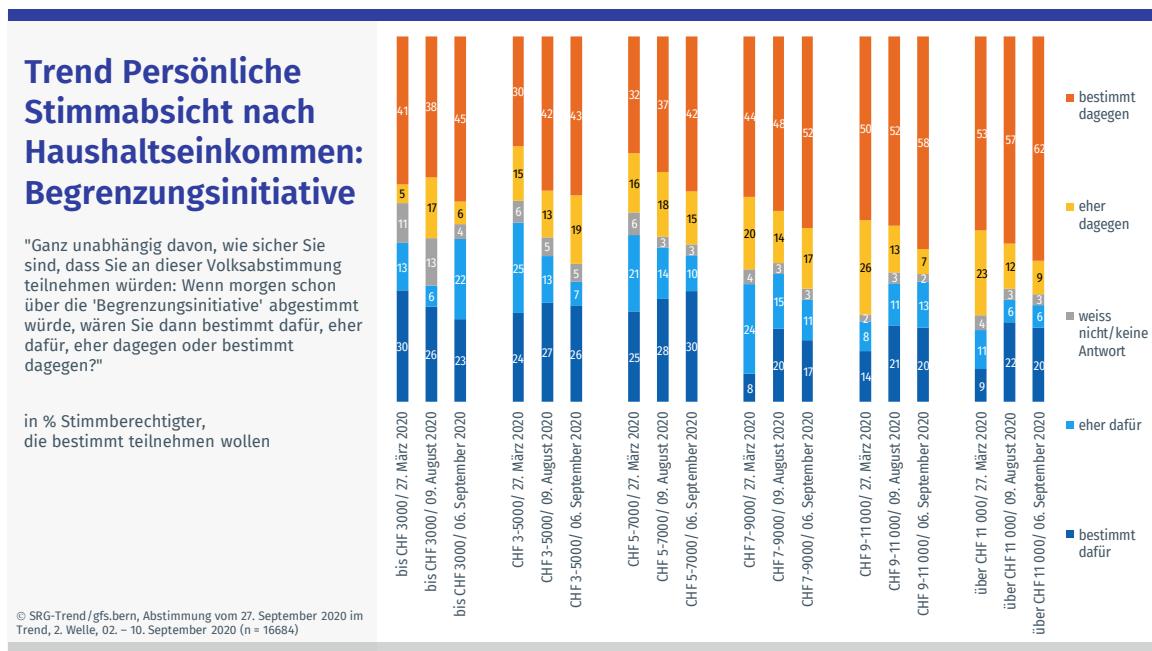
in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend / gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der mit der Schulbildung korrelierten Variable Einkommen: Personen aus Haushalten mit hohen Einkommen sind signifikant skeptischer gegenüber der Vorlage als der Rest des Stimmvolkes.

Grafik 27



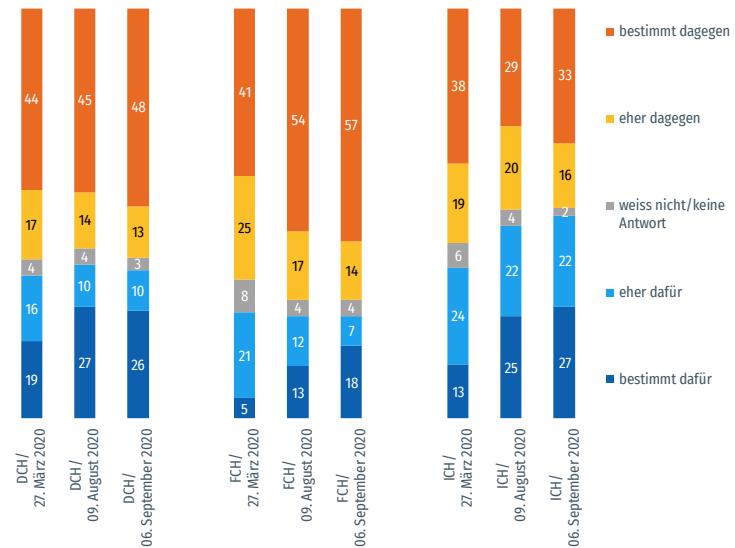
Bestehen bleibt auch die unterschiedliche Bewertung der Begrenzungsinitiative in den Sprachregionen der Schweiz. Das "Non" aus der französischsprachigen Schweiz ist deutlich und bestimmter. Die Deutschschweizer*innen hätten die Begrenzungsinitiative Anfang September ebenfalls mehrheitlich abgelehnt, ohne dass sich an den Mehrheitsverhältnissen seit August etwas relevant geändert hätte. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Situation offener, denn die Mehrheitsverhältnisse sind annährend ausgeglichen und der Trend verläuft Richtung Ja. Somit haben wir keinen Rösti-, sondern einen Polenta-Graben in Bezug auf die Stimmabsichten zur Begrenzungsinitiative, denn ein "Si" aus der italienischsprachigen Schweiz liegt durchaus im Bereich des Möglichen.

Grafik 28

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Sprachregion: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend / gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

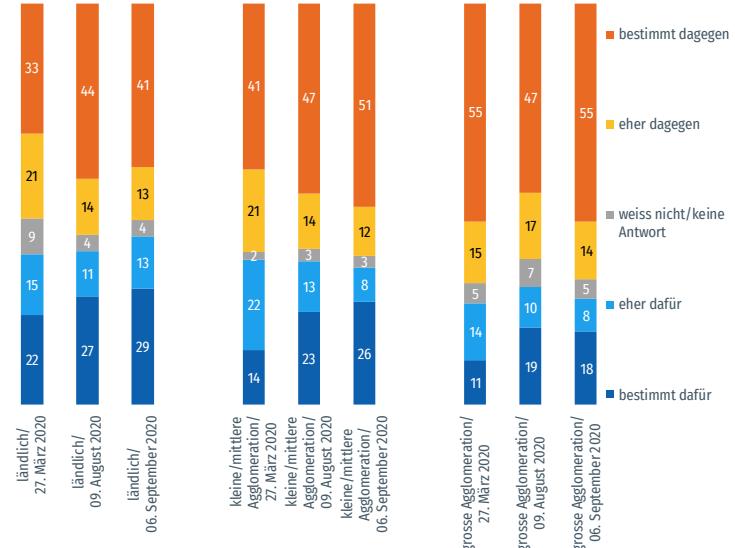
Signifikant sind auch die Unterschiede in den Stimmabsichten nach Siedlungsräumen. Der Ja-Anteil ist auf dem Land am höchsten, aber auch dort ist die Begrenzungsinitiative nicht mehrheitsfähig. Der jüngste Trend verweist jedoch auf steigende Zustimmung in ländlichen Gebieten.

Grafik 29

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Siedlungsart: Begrenzungsinitiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die 'Begrenzungsinitiative' abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

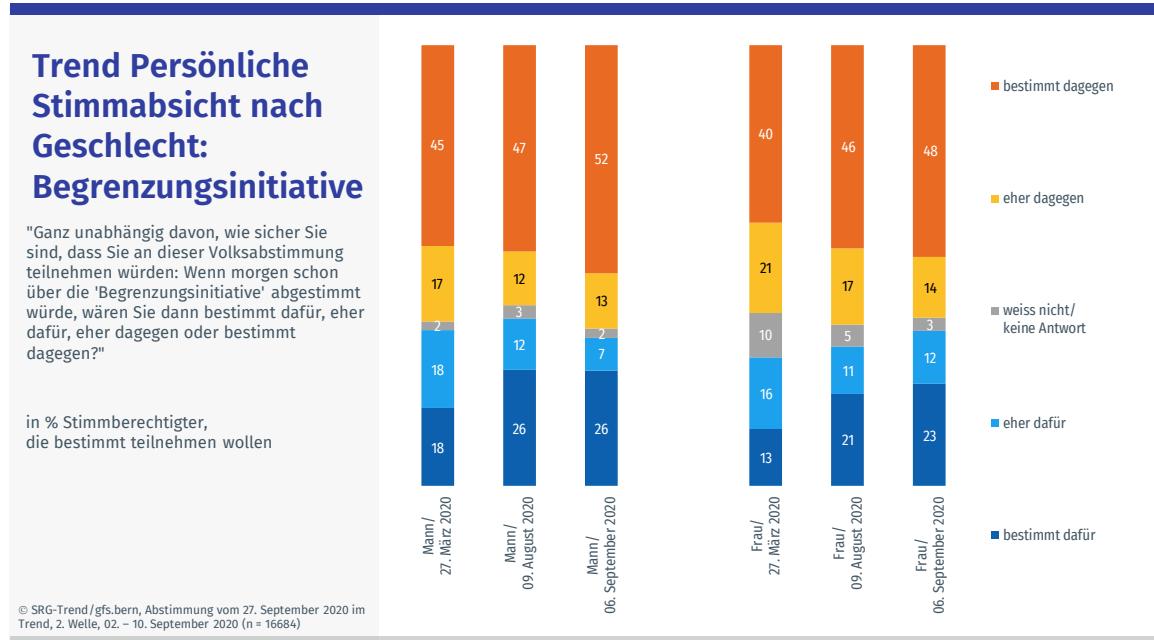
in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend / gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

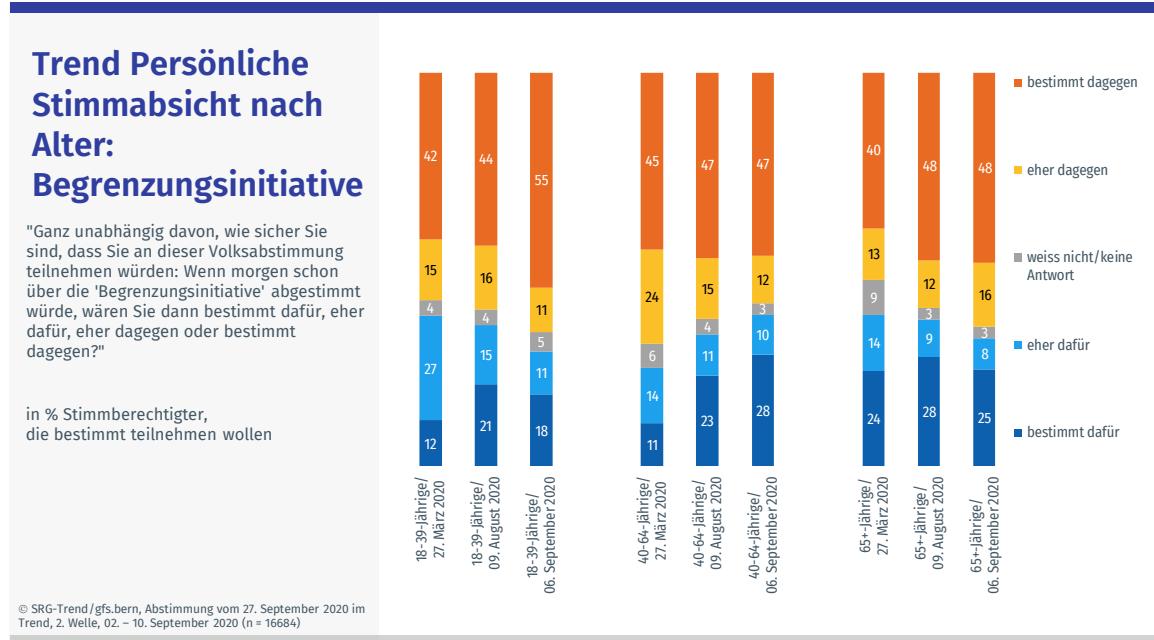
Die Unterschiede in den Stimmabsichten nach Geschlecht sind gering. Frauen wie Männer hätten die Begrenzungsinitiative mehrheitlich abgelehnt.

Grafik 30



Auch in Bezug auf die Altersgruppen zeigen sich die Stimmabsichten wenig polarisiert; die Mehrheiten liegen überall im Nein. Allerdings verlaufen die Trends unterschiedlich, denn in der mittleren Altersgruppe konnte die Begrenzungsinitiative Boden gut machen; in den anderen Altersgruppen geht der Trend aber eher Richtung Nein.

Grafik 31



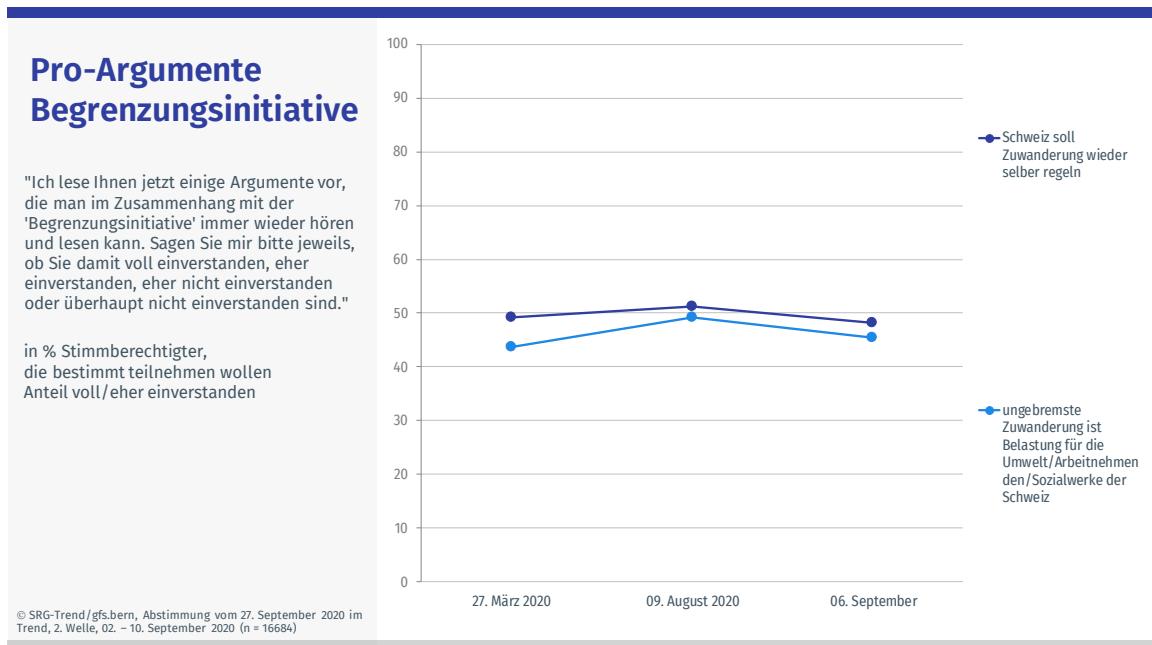
2.2.3 Argumententest

Der Vorsprung der Initiativ-Gegnerschaft erhärtet sich bei den argumentativen Haltungen. Keines der beiden getesteten Ja-Argumente ist mehrheitsfähig.

Die Grundidee der Initianten, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber regeln soll, findet bei 48 Prozent der Stimmberchtigten Anklang (-3%-Punkte), 49 Prozent stellen sich dagegen. Das Argument, dass die ungebremste Zuwanderung eine extreme Belastung für unsere Umwelt, die Arbeitnehmenden und die Sozialwerke der Schweiz sei, wird mehrheitlich verworfen Mehrheit (45%:51%).

Beide Argumente haben über die Zeit an Unterstützung eingebüsst.

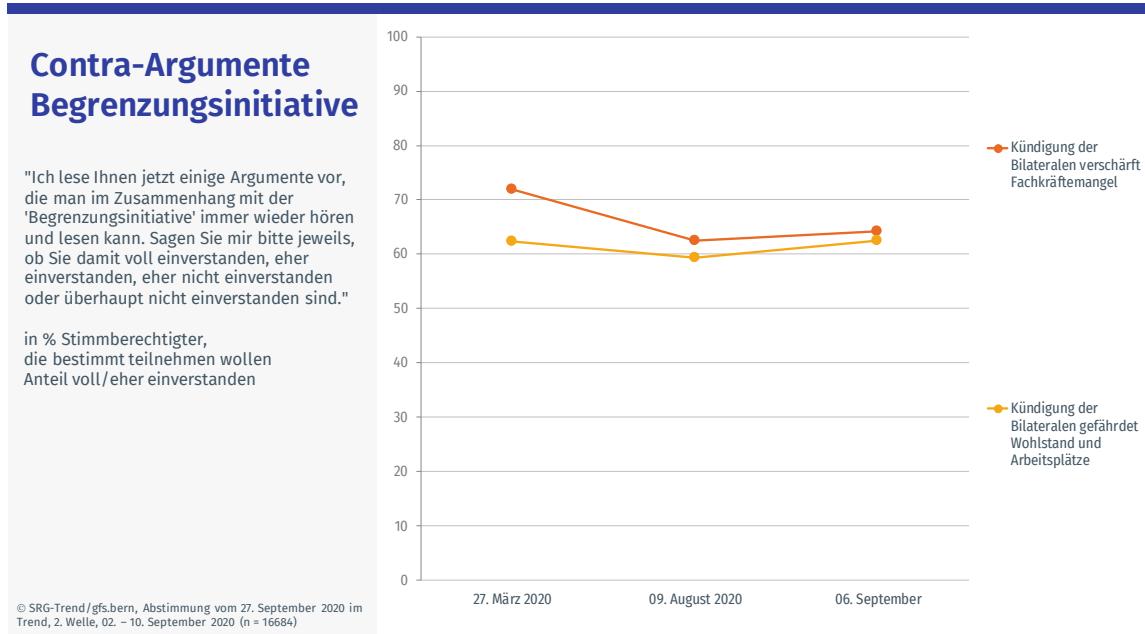
Grafik 32



Das Stimmvolk ist hingegen mit den beiden getesteten Contra-Argumenten mehrheitlich einverstanden: Die Kündigung der Bilateralen verschärfe den Fachkräftemangel und gefährde Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz (64%:33%). Zudem unterstützen 63 Prozent die Aussage, der bilaterale Weg werde zerstört ohne eine Alternative zu bieten. Auch hier widerspricht ein Drittel.

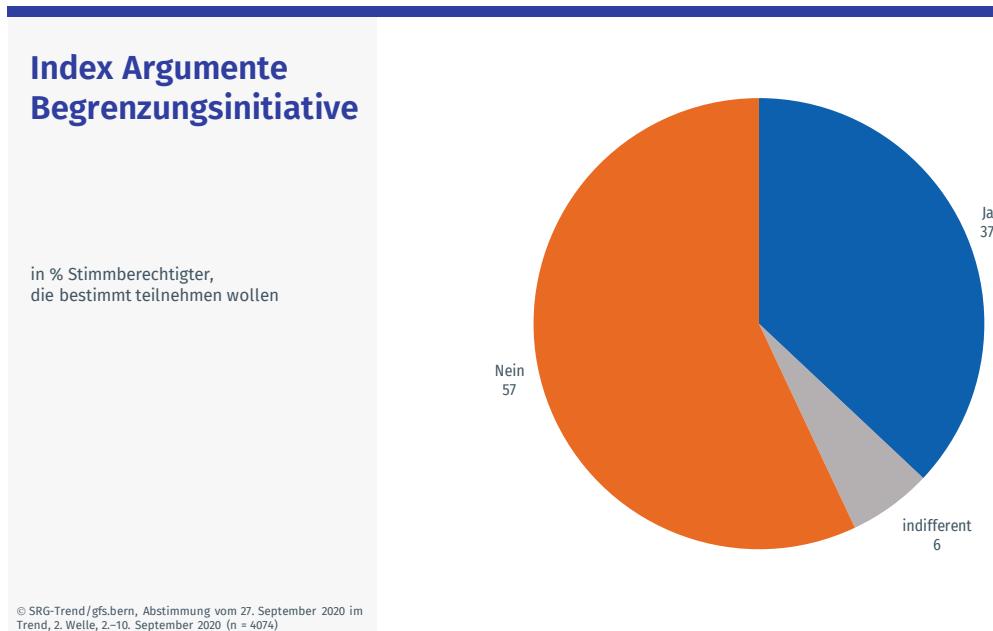
In der dynamischen Perspektive zeigt sich, dass eine drohende Verschärfung des Fachkräftemangels kaum mehr Sorgen bereitet als noch vor einem Monat (+2%-Punkte). Um den Wohlstand und Arbeitsplätze sorgt man sich indes etwas mehr (+4%-Punkte).

Grafik 33



Indexiert man die Bewertung der Argumente, stehen 57 Prozent den Argumenten der Gegnerschaft näher (+1%-Punkt), 37 Prozent jenen der Initiant*innen (-3%-Punkte) und 6 Prozent sind indifferent (+2%-Punkte). Damit liegt der Anteil der Personen, welche auf der argumentativen Ebene für die Begrenzungsinitiative sind, leicht über den geäußerten Stimmabsichten.

Grafik 34

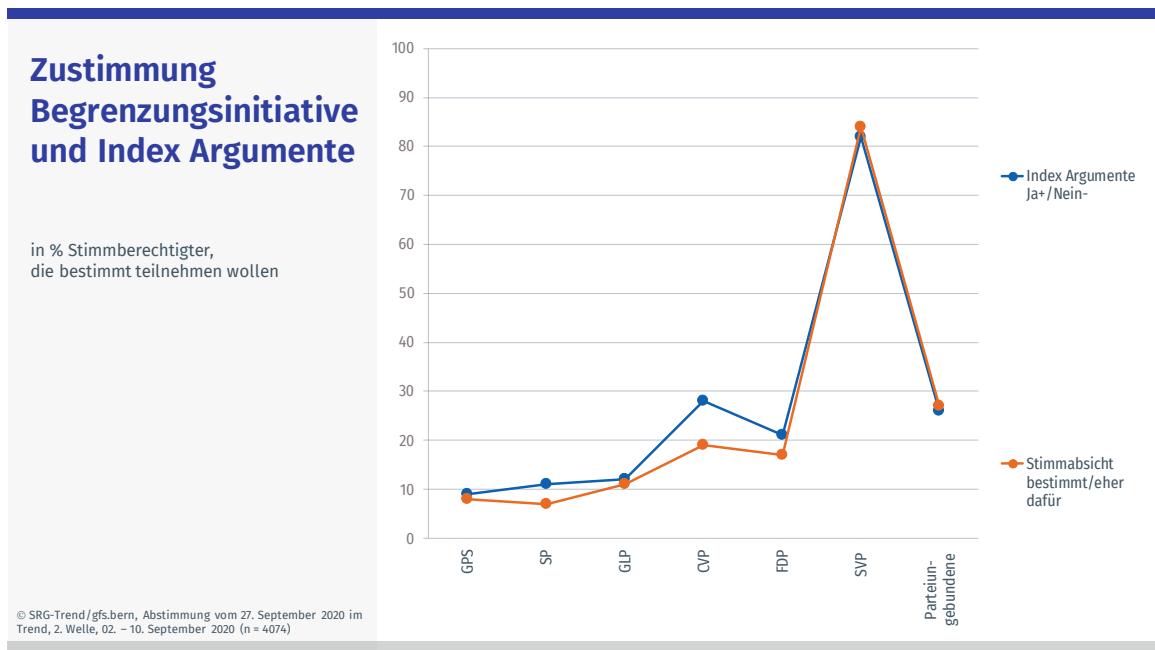


Erläuterung: Beim Argumenteindex werden die Argumente aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmabsicht recodiert. Die Zustimmung (sehr/eher einverstanden) zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten (sehr/eher nicht einverstanden) wird als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ definiert. Keine inhaltliche Nennung (weiss nicht/keine Antwort) bei den Argumenten wird als Null definiert. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative

Ablehnung. Eine summierte Null bedeutet neutral. Der ausgewiesene Wert ist der positive Überhang zu den Argumenten.

Wie die nachfolgende Grafik zeigt, könnte dies insbesondere im Umfeld der CVP dazu führen, dass die Ja-Anteile noch leicht steigen, wenn sich die Stimmabsichten an die argumentativen Haltungen angleichen. Die Mehrheitsverhältnisse dürften davon jedoch unbeeinflusst bleiben, denn ebenso wie die SVP-Wählerschaft argumentativ und gemäss geäusserten Stimmabsichten für die Vorlage ist, sind alle anderen Teilnahmewilligen gemäss beiden Indikatoren dagegen.

Grafik 35



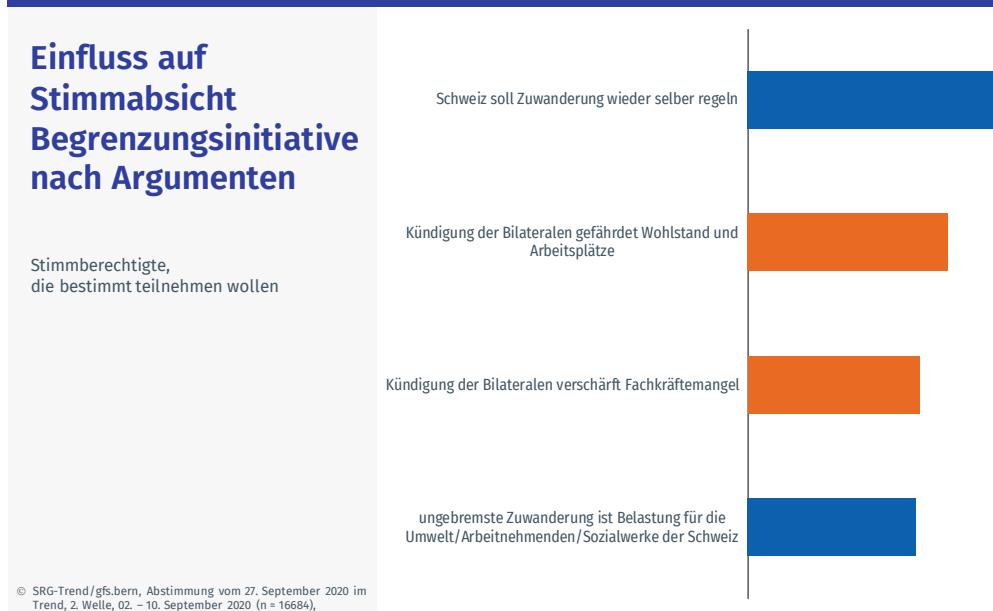
Nutzt man die Haltungen einer Person zu den vier hier getesteten Argumenten um einen Stimmentscheid vorauszusagen, liegt man in 70 Prozent der Fälle richtig mit dieser Einschätzung. Dieser Wert ergibt sich aus der Regressionsanalyse (R^2). Das entspricht einem hohen Wert und der zeigt, dass Stimmentscheide zur Begrenzungsinitiative keine Bauchentscheide sind.

Ein Ja zur Begrenzungsinitiative kann am besten anhand der Meinung zur Aussage, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber regeln soll, erklärt werden. Das Argument der Belastung für die Umwelt, die Arbeitnehmenden und die Sozialwerke wirkt schwächer auf ein Ja.

Ein Nein lässt sich am besten anhand der Einstellung zu den beiden Argumenten, eine Kündigung der Bilateralen gefährde Wohlstand und Arbeitsplätze und verschärfe den Fachkräftemangel erklären. Das Wohlstands-Argument hat dabei an Bedeutung gewonnen.

Die Regressionsanalyse relativiert den Rückstand der Initiant*innen etwas, denn sie zeigt, dass es durchaus gewichtige Gründe gibt, für die Begrenzungsinitiative zu stimmen. Allerdings sind diese Argumente nicht mehrheitsfähig.

Grafik 36



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Zusammenhangs zwischen unabhängigen Variablen – hier den Pro- und Contra-Argumenten – (in abnehmender Reihenfolge) und einer abhängigen Variable, der Stimmabsicht. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder zu einer Nein-Stimmabgabe (orange) führt. Der Erklärungsgrad gibt Auskunft darüber, wie erkläzungskräftig ein Modell ist – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable, der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen signifikanten Zusammenhang mit der abhängigen Variable.

2.2.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Die Stimmabsichten zur Begrenzungsinitiative haben sich seit dem Frühjahr verfestigt, ohne dass sich an den Mehrheitsverhältnissen etwas verändert hat. Sie sind im Einklang mit der Erwartungshaltung zum Abstimmungsausgang: Im Mittel wird der Nein-Anteil für die Abstimmung vom 27. September 2020 stabil auf 55 Prozent geschätzt.

Die argumentative Verankerung der Stimmabsichten ist hoch, ebenso die Prädispositionierung. Die Meinungsbildung ist damit negativ geprägt und fortgeschritten.

Tabelle 2: Indikatoren der Einschätzung der Begrenzungsinitiative

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R ²	Stimmabsichten	Prädispositionierung
dafür	NR: 27% SR: 12%	SVP	45%	37%		35%	
dagegen	NR: 73% SR: 88%	SP, GPS, GLP, CVP, BDP, FDP	55%	57%		63%	
					70%	75%	

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02.–10. September 2020 (n = 16684)

Zwar können wir das Ergebnis der Abstimmung nicht vorhersehen, die Szenarien der weiteren Meinungsbildung lassen sich beim vorgefundenen Meinungsbild und den Trends aber klar eingrenzen.

Zuerst theoretisch aufgrund des Dispositionsansatzes: Dieses Gerüst lehrt uns, dass die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative in aller Regel mit dem Abstimmungskampf steigt. Der Normalfall tritt nur dann nicht ein, wenn es zu einer eigentlichen Protestabstimmung kommt. Gleichzeitig sinkt im Regelfall die Zustimmungstendenz.

Dann empirisch: Dieser übliche Nein-Trend zeigt sich nicht so deutlich, wie wir es von den Initiativen der jüngeren Vergangenheit gewohnt sind. Das hängt aber vielmehr mit der starken Prädisponierung der Entscheidung zusammen, als dass sich eine Ausnahmesituation der Meinungsbildung abzeichnen würde.

Stimmberechtigte in der Schweiz haben bereits über verschiedene Anliegen zum gleichen Thema und derselben Urheberschaft abgestimmt. Die Meinungen sind also bis zu einem gewissen Grad bereits gemacht. Ähnlich war es auch bei der Selbstbestimmungsinitiative. Die Masseneinwanderungsinitiative wäre das Gegenbeispiel. Damals war ein eindeutiger Mobilisierungsschub im Umfeld der SVP, bei Parteiungebundenen und bei Regierungskritischen zu beobachten, der sich dieses Mal nicht zeigt. Zudem stiegen die Stimmabsichten für die Masseneinwanderungsinitiative von der ersten (37% Ja) zur zweiten SRG-Trendumfrage (43% Ja) an – ein Ausnahmeszenario für Initiativen. Hauptgrund dafür war die veränderte Beteiligung, die im Wesentlichen durch die Debatte über die Zuwanderungsfrage ausgelöst wurde. Auffallend war damals der Anstieg der Ja-Anteile bei Parteiungebundenen, der sich aktuell nicht abzeichnet.

Die Festigkeit des vorgefundenen Meinungsbildes schränkt den Spielraum für einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse ein. Grundsätzlich ist aufgrund der Datenlage und der vorgefundenen Trends die Ablehnung der Begrenzungsinitiative am 27. September 2020 unter gleichbleibenden Bedingungen klar das wahrscheinliche Szenario. Aktuell spricht nichts dafür, dass wir es mit einem Ausnahmefall der Meinungsbildung zu einer Initiative zu tun hätten. Offengelassen werden muss, wie die Stimmenverhältnisse im Detail ausfallen werden.

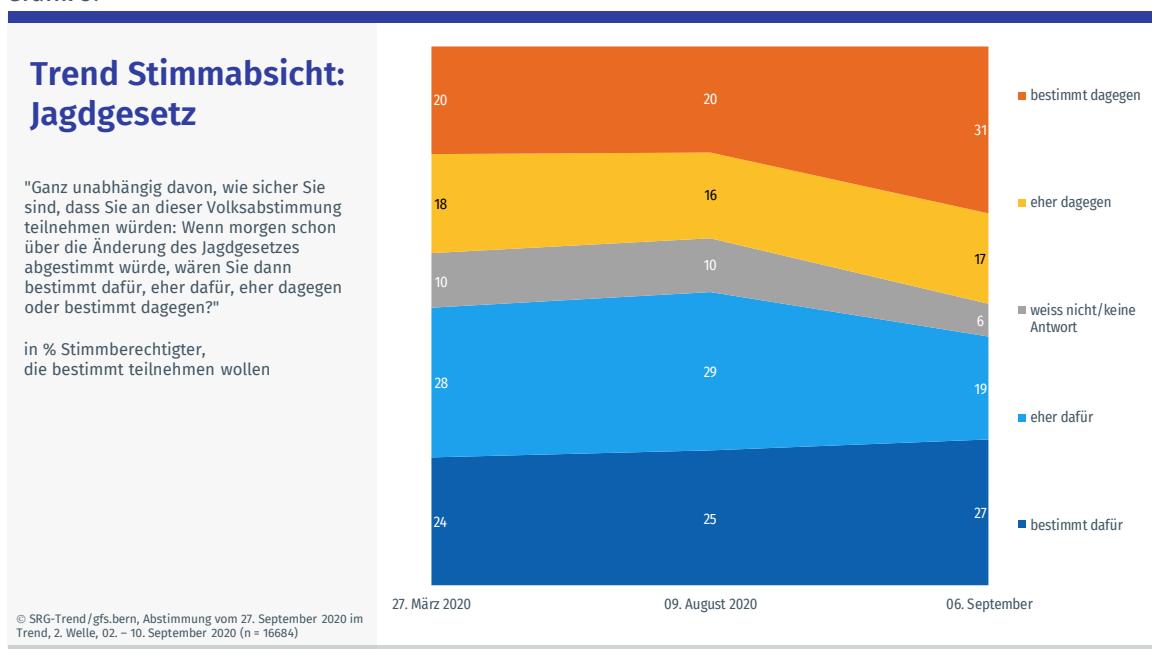
2.3 Jagdgesetz

2.3.1 Vorläufige Stimmabsichten

Genau drei Wochen vor der Abstimmung wollen die Stimmbürger*innen mit einer knappen relativen Mehrheit von 48 Prozent der Teilnahmewilligen "bestimmt" oder "eher" gegen das Jagdgesetz stimmen. Das Ja-Lager vereinigt 46 Prozent der Stimmbürger*innen und 6 Prozent sind noch unentschlossen. Zurzeit würde die Entscheidung der Unentschiedenen den Ausschlag für die Mehrheitsverhältnisse geben.

Mit 58 Prozent der Stimmbürger hat sich zwischenzeitlich eine Mehrheit eine feste Meinung bestimmt für oder bestimmt gegen die Vorlage gebildet. Im August war die Situation deutlich offener. Auch bei diesem Indikator ist die Ausgangslage vor den letzten drei Wochen umstritten: 31 Prozent sind bestimmt dagegen, 27 Prozent bestimmt für die Revision des Jagdgesetzes.

Grafik 37



Die marginale Verschiebung zwischen März und August erscheint angesichts des deutlichen Aufbaus der Nein-Seite kaum mehr erwähnenswert. Die Nein-Seite legt 12 Prozentpunkte zu, die Ja-Seite verliert 8 Prozentpunkte. Offensichtlich gewinnt die Opposition gegen das Gesetz rasch an Boden. Die Debatte um das Gesetz ist nun politisch aufgeladen und der Vorschlag an sich umstrittener.

2.3.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Die Kritik nimmt Mitte-Links und bei Parteiungebundenen zu. Die Meinungsbildung setzt bei Grünen, SP und GLP in Richtung der Parole ein.

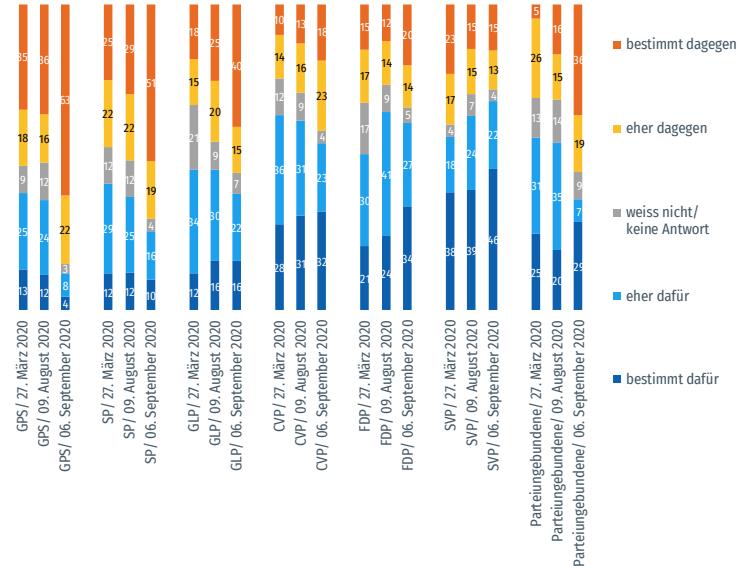
Bei der CVP-Anhängerschaft könnte es bei einer Ja-Mehrheit bleiben, während die Mehrheitsverhältnisse bei Parteiungebundenen deutlich gedreht haben: 55 Prozent (+24 Prozentpunkte) wollen zwischenzeitlich Nein stimmen. Es bleiben deutliche Mehrheiten der FDP- und der SVP-Anhängerschaft, die eine Ja-Stimmabsicht äussern.

Grafik 38

Trend Stimmabsicht nach Parteibindung: Jagdgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Jagdgesetzes abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

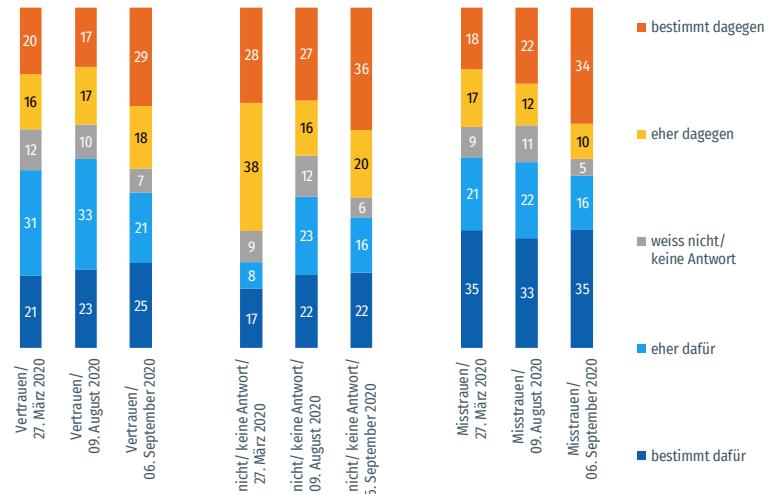
Der deutliche Trend ist nicht abhängig vom generellen Regierungsvertrauen: Die Tendenz verweist unabhängig vom geäußerten Vertrauen in Richtung Nein.

Grafik 39

Trend Stimmabsicht nach Regierungsvertrauen: Jagdgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Änderung des Jagdgesetzes abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



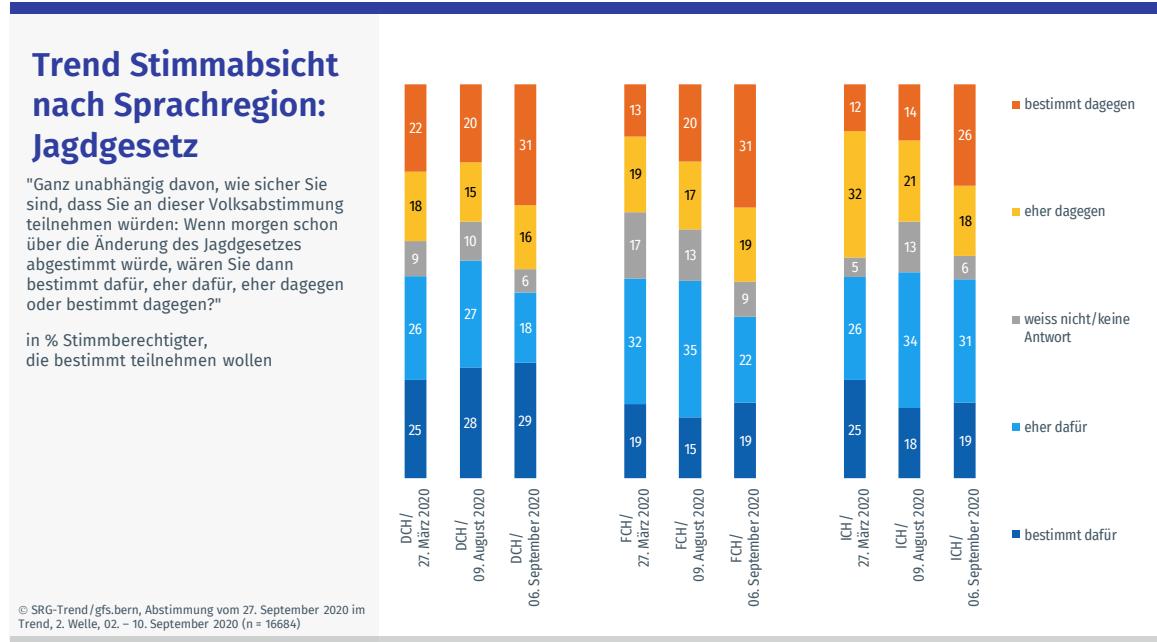
© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

Der generelle Trend seit März entspricht auch dem Verlauf in der deutschsprachigen Schweiz. In der deutschsprachigen Schweiz haben wir zurzeit ein nahezu perfektes Patt zwischen den beiden Lagern mit je 47 Prozent der Stimmanteile.

Die Kritik an der Vorlage hat in der französischsprachigen Schweiz früher Resonanz gefunden. Hier ist der Trend eindeutig. Setzt er sich fort, zeichnet sich ein Nein ab, das dann deutlich über den 50 Prozent zu liegen käme, wie die Momentaufnahme vom mittleren

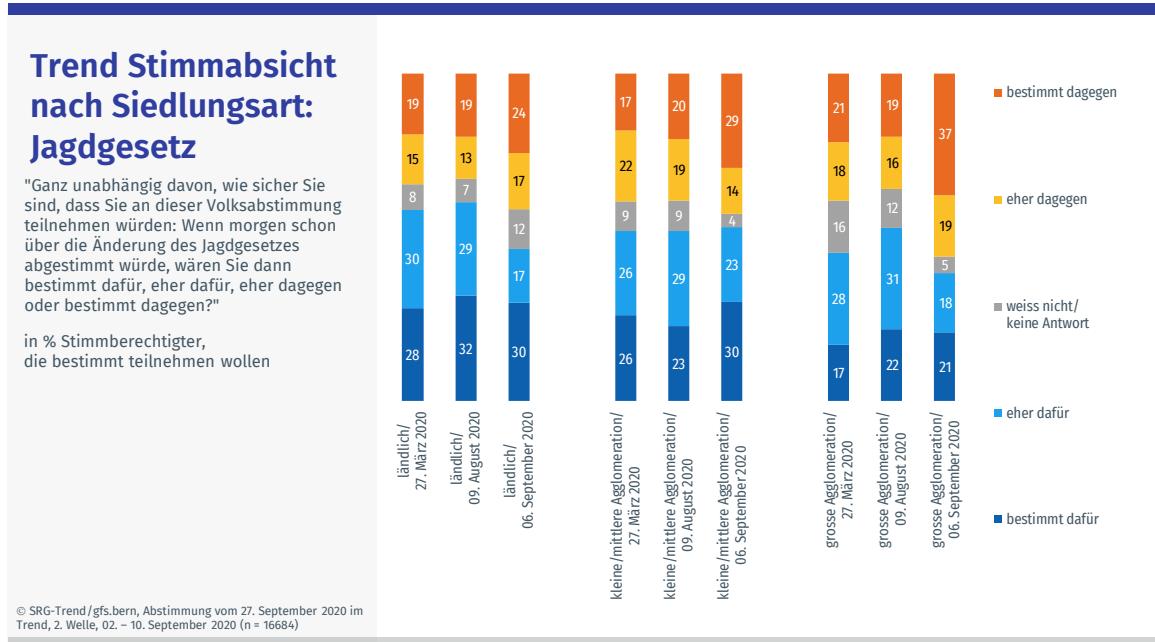
Befragungstag des 6. September 2020 zeigt. Im Tessin ist das nicht der Fall: Die Ja-Mehrheit hält sich, während sich das Nein vor allem auf Kosten der Unentschiedenen aufbaut. Mit zwischenzeitlich 44 Prozent Nein-Anteil sind die Mehrheitsverhältnisse im italienischsprachigen Raum allerdings alles andere als gesichert.

Grafik 40



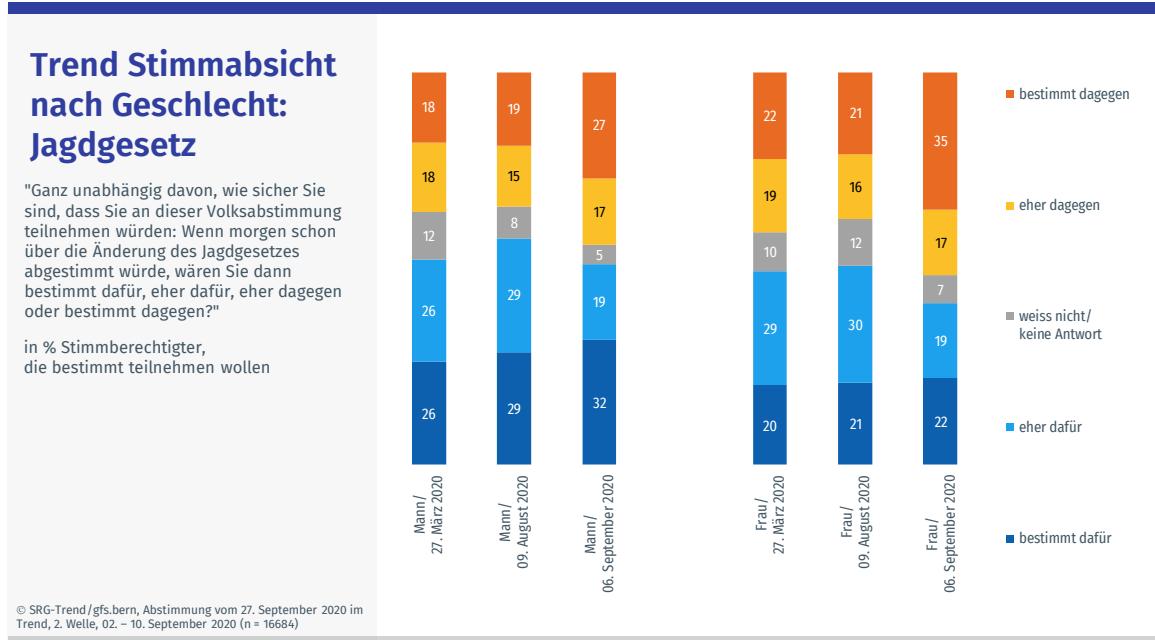
Besonders deutlich ist der Nein-Trend in grossen Agglomerationen. Auch in den anderen Siedlungsräumen sind die Mehrheitsverhältnisse nicht mehr so komfortabel.

Grafik 41



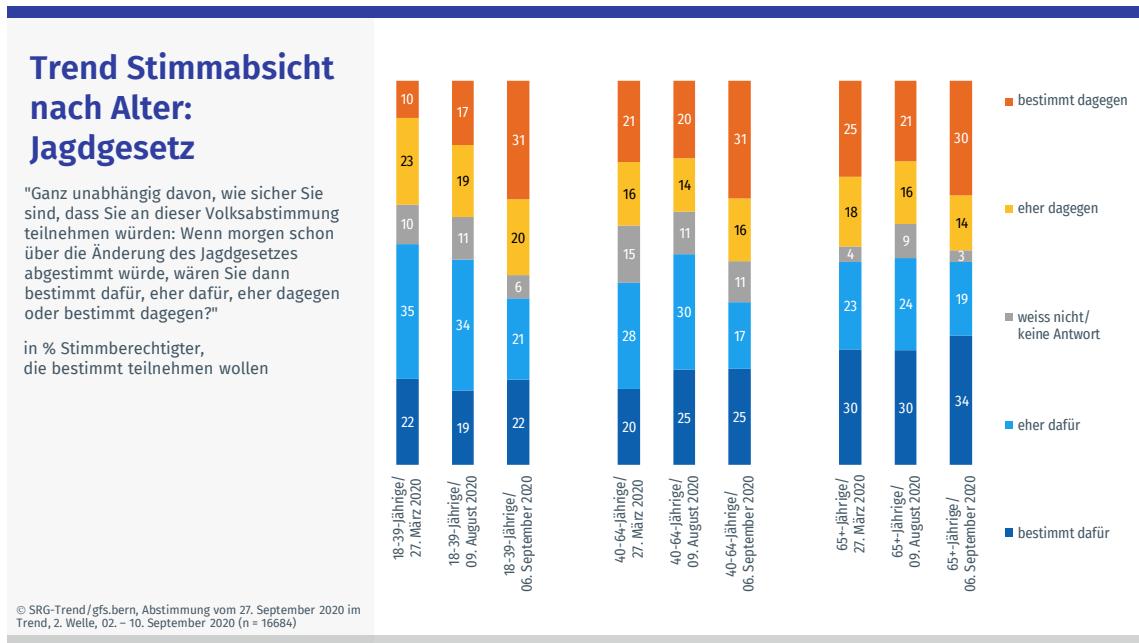
Beide Geschlechter wollen nun verstärkt gegen das Jagdgesetz stimmen. Unter Frauen ist die Nein-Seite deutlich in der Mehrheit.

Grafik 42



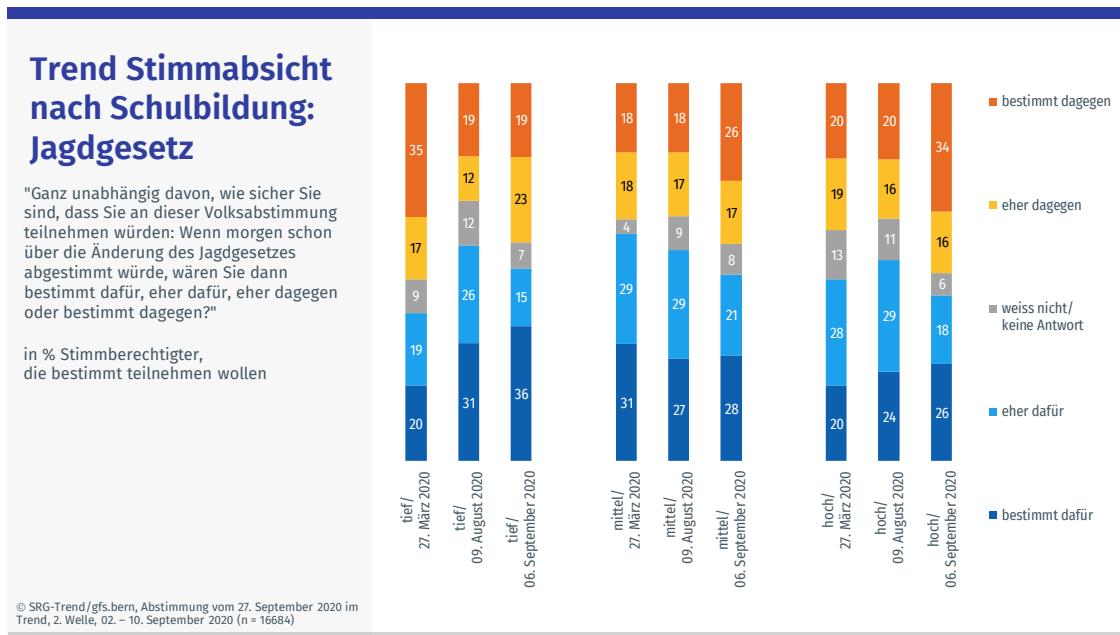
Personen, die nicht im Pensionsalter sind, beurteilen die Vorlage zwischenzeitlich deutlich kritischer. Renter*innen wollen fast unverändert mehrheitlich zu 53 Prozent der Vorlage zustimmen. Kommt in der letzten Phase auch in dieser Altersgruppe die Ja-Seite noch unter Druck, wird das Resultat insgesamt deutlicher ausfallen als dies der knappe Stand vom 6. September 2020 suggeriert. Ansonsten erwarten wir einen deutlichen Generationengraben.

Grafik 43



Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sind nun mehrheitlich gegen das Jagdgesetz. Bei Berufsschulabgänger*innen hält sich noch ein knapper Vorsprung der Ja-Seite bei klarem Trend Richtung Nein.

Grafik 44

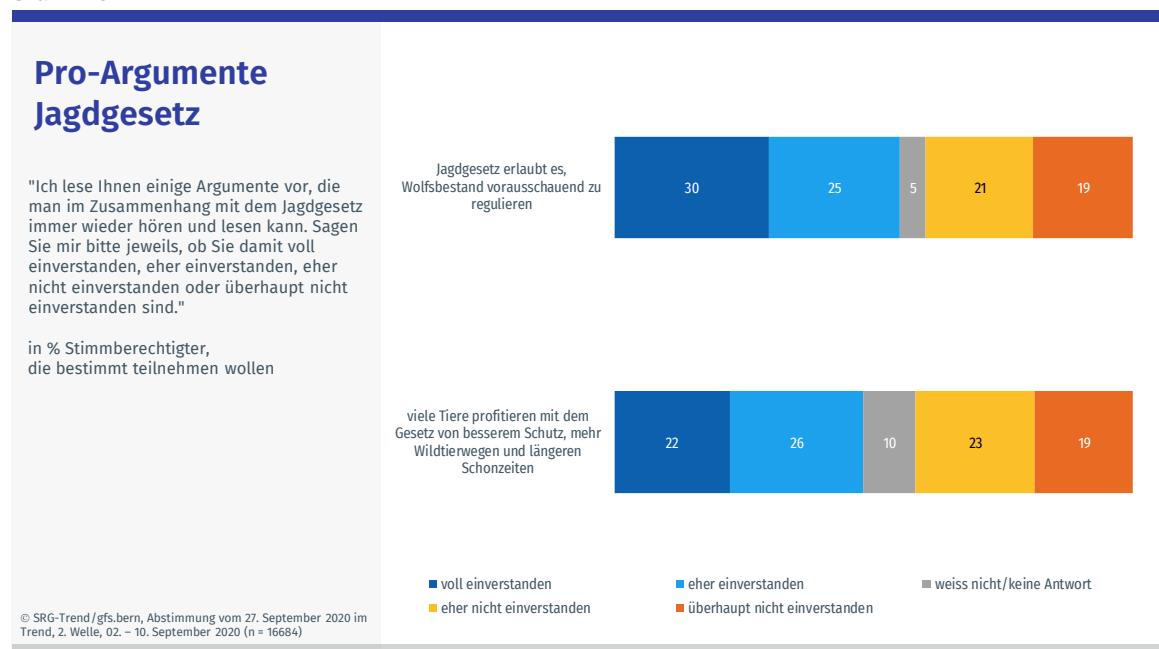


Mit fortschreitender Debatte wirken auch die Grundhaltungen und politischen Orientierungen der Befragten stärker als noch einen Monat zuvor. Die Debatte befördert die Chancen des Referendumskomitees aus dem Lager der Tierschützer*innen, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen und so eine Politisierung erzielen, die in der frühen Phase der Debatte nicht erkennbar war. Zurzeit hat Mitte-Links unterstützt von vielen Frauen und Städter*innen die Nase knapp vorn.

2.3.3 Argumententest

Die vorausschauende Regulierung des Wolfbestandes wäre für sich betrachtet ein mehrheitsfähiges Argument der Ja-Seite. Es ist allerdings nicht unumstritten: 40 Prozent glauben nicht an diese vorausschauende Regulierung. Nicht mehrheitlich unterstützt wird dagegen, dass das Gesetz auch den Tierschutz verbessere.

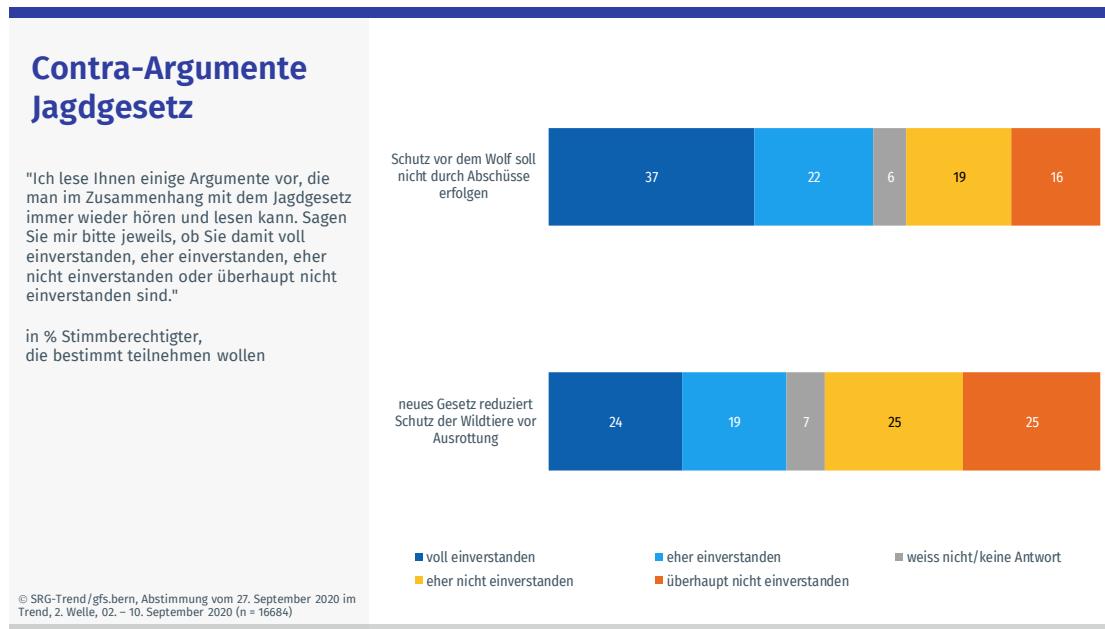
Grafik 45



Ein recht deutlicher Wunsch der Personen, die bestimmt an der Abstimmung vom 27. September 2020 teilnehmen wollen, ist der Schutz vor dem Wolf mit anderen Mitteln als dem Abschuss. 37 Prozent unterstützen dieses Argument voll. Das zeigt, dass der präventive Abschuss von Wölfen nicht bei allen befragten auf Akzeptanz stösst und Emotionen weckt. Lösungen ohne Abschuss werden von einer Mehrheit favorisiert.

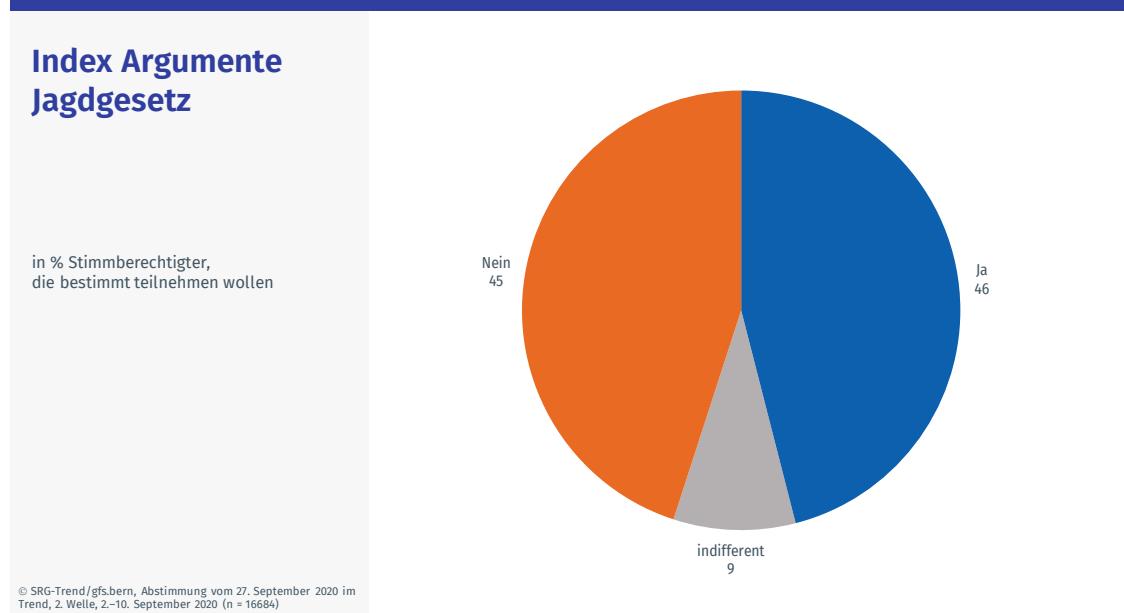
Unklar bleibt jedoch auf Nein-Seite die grundsätzliche Frage zum Tierschutz mit oder ohne Gesetzesrevision. Nicht mehrheitsfähig ist das Argument, wonach das neue Gesetz den Schutz geschützter Tiere erhöht.

Grafik 46



Allerdings: Würden die Befragten rein aufgrund ihrer Beurteilung der Argumente stimmen, hätte zurzeit die Ja-Seite mit 46 Prozent gegenüber der Nein-Seite mit 45 Prozent minimal die Nase vorn. Auch in dieser Betrachtungsweise käme es auf die Entscheidungen der auch Unentschiedenen an.

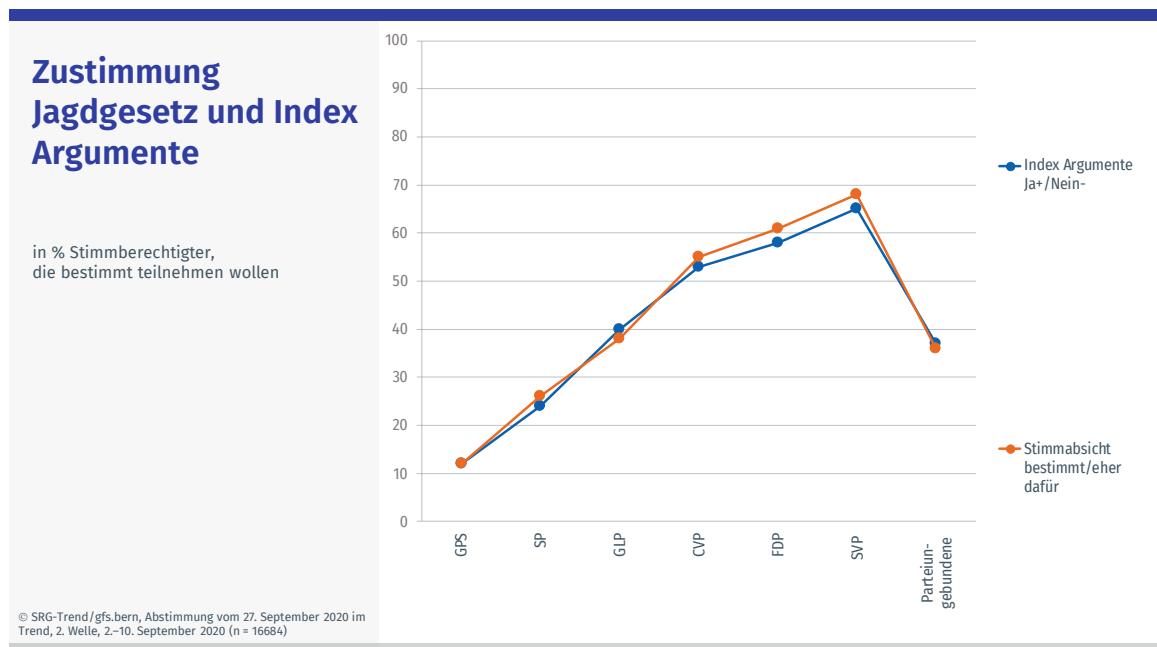
Grafik 47



Erläuterung: Beim Argumenteindex werden die Argumente aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmabsicht recodiert. Die Zustimmung (sehr/eher einverstanden) zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten (sehr/eher nicht einverstanden) wird als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ definiert. Keine inhaltliche Nennung (weiss nicht/keine Antwort) bei den Argumenten wird als Null definiert. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative Ablehnung. Eine summierte Null bedeutet neutral. Der ausgewiesene Wert ist der positive Überhang zu den Argumenten.

Obwohl wir nur vier Argumente zur Diskussion gestellt haben, ermöglicht die indexierte Betrachtung der inhaltlichen Urteile ein recht genaues Abbild der Stimmabsichten. Nun hat sich die Debatte politisiert, und sie ist inhaltlich fundiert. Genau betrachtet liegen die Ja-Stimmabsichten generell vor allem bei den bürgerlichen Regierungsparteien eher noch über dem Urteil, das sich die Menschen anhand der Argumente bilden.

Grafik 48



Sowohl die generelle Debatte über den Tierschutz, wie auch die konkrete Problemstellung, welche den Umgang mit dem Wolf betreffen, prägen das Meinungsbild und wirken auf die Meinungsbildung in beide Richtungen. Es ist eine eigentliche Pattsituation, wobei die Ja-Seite hier noch etwas deutlicher die Debatte prägt, als dies durch die deutlichen Nein-Trends bei den Stimmabsichten zum Ausdruck gekommen ist. So prägen die Argumente zum Ausbau des Tierschutzes und zur Regulierung des Wolfbestandes die bisherigen Stimmabsichten.

Erst spät ist eine emotionale Debatte entbrannt, wobei beide Seiten konkrete und allgemeine Argumente einbringen können. Emotionen wecken Aufmerksamkeit im Hinblick auf noch mehr Informationen. Diese letzten Informationsbausteine könnten die Beurteilungen der Revision nochmals verändern und damit den Ausschlag für die Mehrheiten geben.

Grafik 49



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen – hier der Pro- und Contra-Argumente – (in abnehmender Reihenfolge) auf eine abhängige Variable, den Stimmentscheid. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder zu einer Nein-Stimmabgabe (orange) geführt hat. Der Erklärungsgrad/R2 gibt Auskunft darüber, wie erkläруngskräftig ein Modell ist – je näher der Wert bei eins liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable, der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

2.3.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Was bis zum 27. September 2020 geschieht, ist trotz fortgeschrittenen und inhaltlich fundierter Resultate der Befragung mit dem mittleren Befragungstag vom 6. September 2020 schwierig beurteilbar. Die Debatte ist in den Vordergrund gerückt und deutlich politisierter geworden, was der Nein-Seite viel Zulauf in relativ kurzer Zeit brachte. Die Nein-Seite war früh aktiv und hat vielleicht so bereits den Boden bei stärker interessierten Kreisen bereitet.

Inhaltlich erscheint die Sache aber dennoch weniger klar, als dies eine einfache Trend-weiterführung für die drei Wochen bis zur Abstimmung suggerieren würde. Inhaltlich ist es eine Pattsituation. Beide Seiten punkten mit ähnlichen Argumenten sowohl bezüglich Tierschutz im Allgemeinen wie auch bezüglich dem Umgang zur Regulierung des Wolf-bestandes. Weiterhin erwarten die Befragten eher ein (knappes) Ja. Für ein Ja müsste die Meinungsbildung auf dem beobachteten Niveau verharren und nur ein kleiner Anteil der Unentschiedenen der Ja-Seite mehr Glauben schenken.

Wenn sich allerdings der Trend fortsetzt und sich die Nein-Seite durchsetzt, ist dies auch Ausdruck der wachsenden Bedeutung von GLP und Grünen, die gerade unter Jungen und Frauen Anklang finden. Es ist damit auch Ausdruck einer erhöhten Sensibilität gegenüber Forderungen aus Tierschutzkreisen.

Tabelle 3: Indikatoren der Einschätzung des Jagdgesetzes

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R^2	Stimmabsichten	Prädispositionierung
dafür	NR: 62% SR: 64%	CVP, BDP, FDP, SVP	51%	46%		46%	
dagegen	NR: 38% SR: 36%	GPS, SPS, GLP	49%	45%		48%	
							70% 58%

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02.–10. September 2020 (n = 16684)

Das Muster bisher ist nun eindeutig der Meinungsaufbau Richtung Nein, der eine Ablehnung der Vorlage nahelegen würde. Die Ja-Seite müsste zum Schluss viel deutlicher in Erscheinung treten und zu ihren Gunsten mobilisieren.

Trotzdem sind die Stimmverhältnisse zu knapp und die Debatte inhaltlich zu umstritten, als die vorliegende Studie eine zuverlässige Aussage zum weiteren Verlauf erlauben würde. Ein Nein zum Jagdgesetz ist etwas wahrscheinlicher als ein Ja.

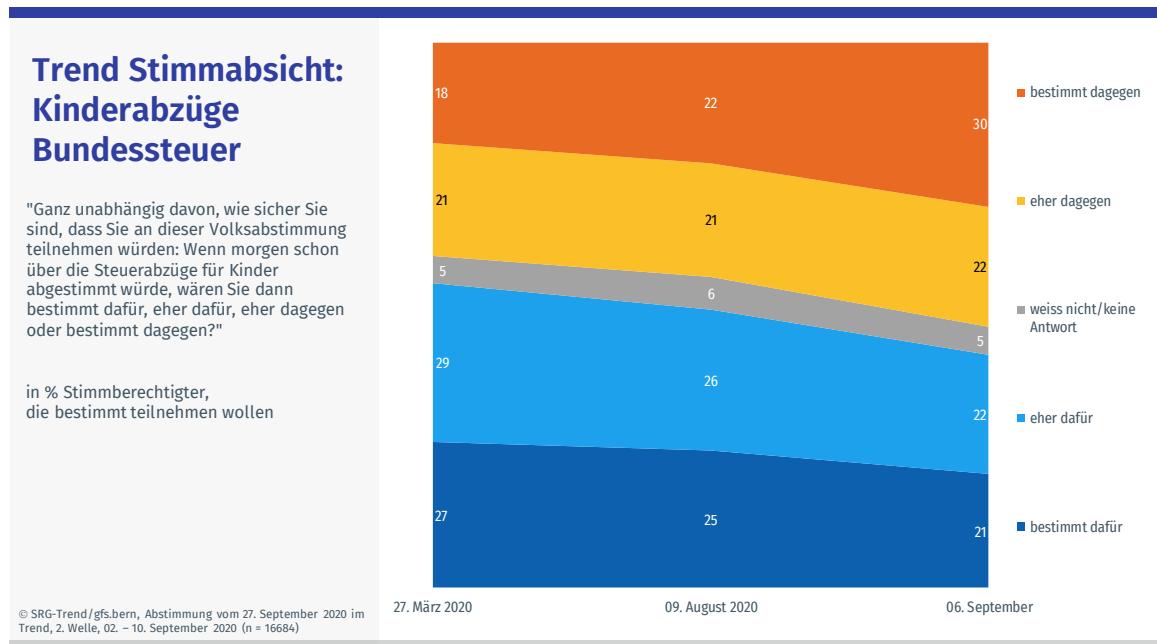
2.4 Steuerabzüge für Kinder

2.4.1 Vorläufige Stimmabsichten

Rund drei Wochen vor der Abstimmung, hätte die Vorlage zu den Steuerabzügen für Kinder keine Zustimmungsmehrheit mehr gefunden: 52 Prozent der befragten Stimmberechtigten mit fester Teilnahmeabsicht hätten die Vorlage abgelehnt und nur noch 43 Prozent hätten Ja gesagt.

Mit dem breiten Einsetzen des Abstimmungskampfes wurde die Meinungsbildung somit von einer deutlichen Polarisierung zum Nein erfasst: Der Ja-Anteil ist gesunken, der Nein-Anteil entsprechend gestiegen. Der Nein-Trend, wie er sich bereits vor einem Monat abzeichnete, setzt sich akzentuiert fort.

Grafik 50



Bleiben 5 Prozent Unentschiedene, welche zusammen mit den 44 Prozent tendenziell Entschiedenen darauf hinweisen, dass die Meinungen zu den Steuerabzügen für Kinder nach wie vor wenig gefestigt sind. Das verweist auf weiterhin bestehendes Veränderungspotenzial.

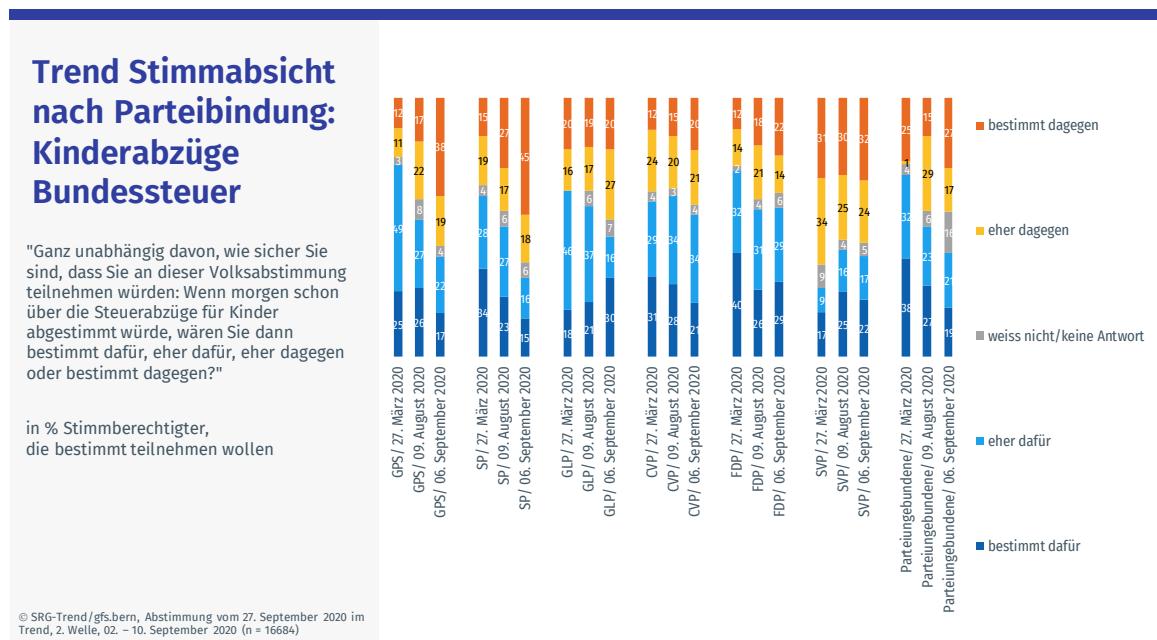
2.4.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Das parteipolitische Konfliktmuster hat sich innert Monatsfrist von Links-rechts zu Mitte versus Rest verändert: Mehrheitlich für das Anliegen gestimmt hätten am 6. September 2020 Sympathisant*innen der CVP und der FDP. Mehrheitlich abgelehnt hätten GPS-, SP- und SVP-nahe Wähler*innen. Eine Pattsituation resultiert bei der GLP-nahen Wählerschaft, Parteiungebundene neigen zu einem Nein.

Dynamisch betrachtet ist im Links-grünen Lager ein deutlicher Nein-Trend zu erkennen. Der erwartete Angleich der Parteibasis an die Position der Partieliten ist somit eingetreten. Ein etwas schwächerer Nein-Trend zeigt sich bei GLP- und CVP-Wähler*innen sowie bei Parteiungebundenen. Im Umfeld der FDP und der SVP erweisen sich die Mehrheitsverhältnisse als stabil. Damit bleiben im Umfeld der SVP Differenzen zwischen Parteibasis und -elite bestehen.

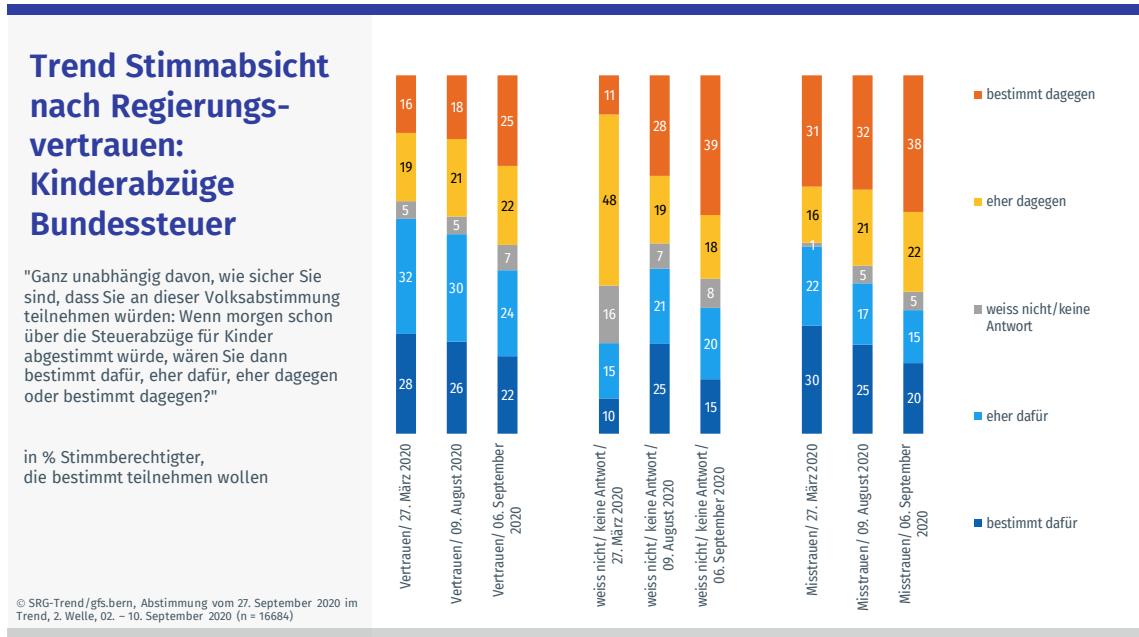
Die hohe Dynamik der Trends verweist darauf, dass die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen ist, so dass sich nach wie vor Verschiebungen in den Stimmabsichten einstellen könnten.

Grafik 51



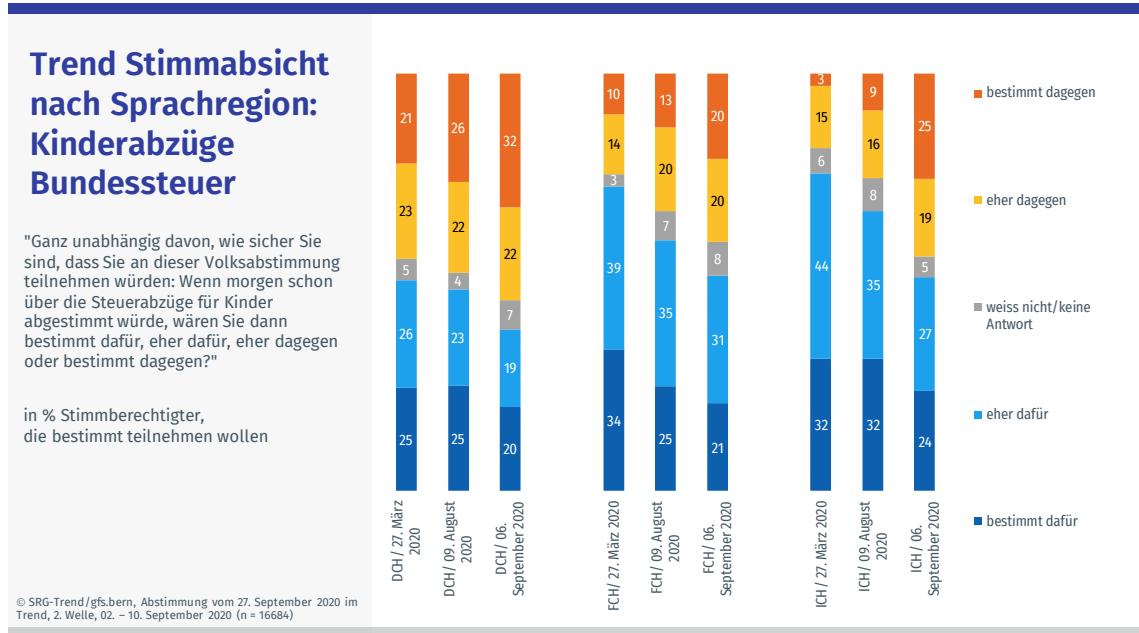
Bemerkenswert ist, dass selbst die Gruppe der Teilnahmewilligen mit Vertrauen in die Regierung von einem Nein-Trend erfasst wurde, der in eine Patt-Situation resultiert. Die Ablehnung von Regierungsmisstrauischen Teilnahmewilligen fällt noch deutlicher aus als vor einem Monat.

Grafik 52



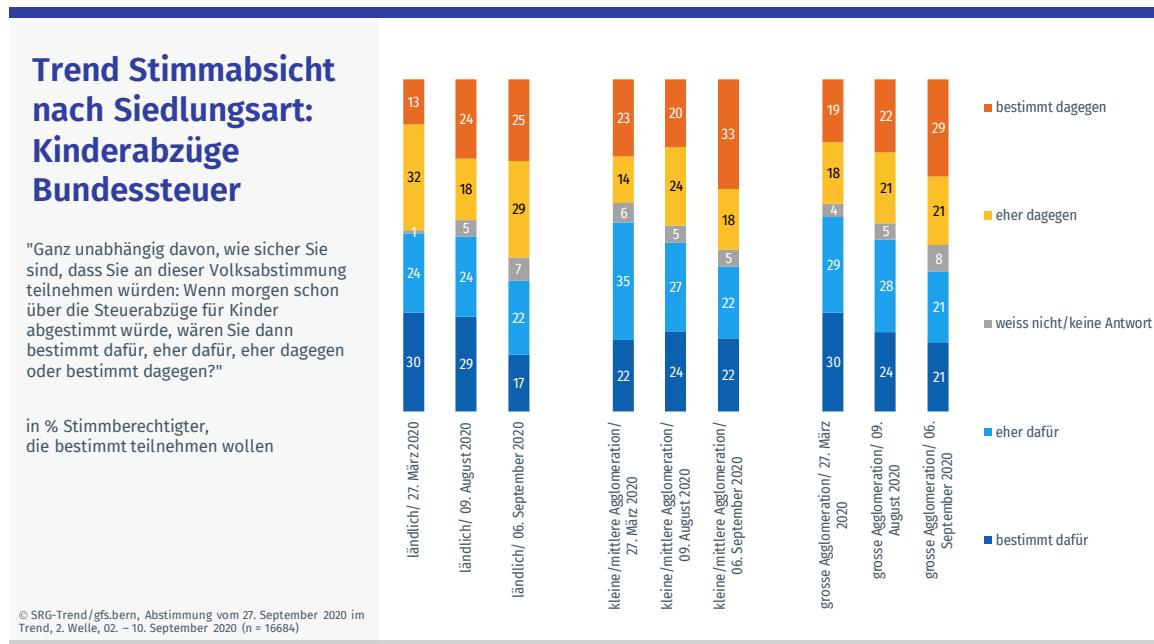
Die Trends verlaufen ausserdem flächendeckend zu Ungunsten der Vorlage; in allen Sprachregionen findet sich der allgemeine Trend zum Nein, allerdings bleibt die Zustimmung in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz mehrheitlich. In der Deutschschweiz dagegen ist die Stimmung gekippt und die anfängliche Zustimmung einer mehrheitlichen Ablehnung gewichen.

Grafik 53



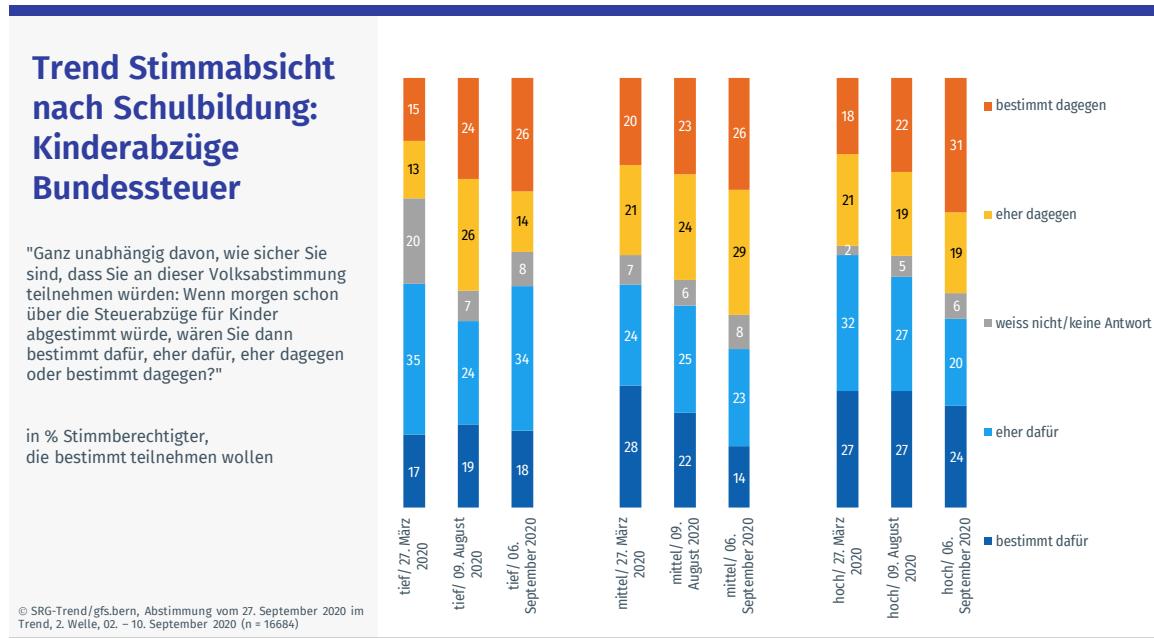
Die Unterschiede fallen in den verschiedenen Siedlungsräumen der Schweiz geringer aus. Alle Siedlungsräume wurden vom Nein-Trend erfasst und sprechen sich nun mehrheitlich gegen die Kinderabzüge aus.

Grafik 54



Uneinheitlich ist die Entwicklung der Stimmabsichten in den verschiedenen Bildungsschichten. Teilnahmewillige mit mittlerer oder hoher Bildung hätten die Vorlage im September 2020 bei deutlichen Nein-Trends mehrheitlich abgelehnt. Tiefgebildete Teilnahmewillige dagegen hätten deutliche zugestimmt als noch im August.

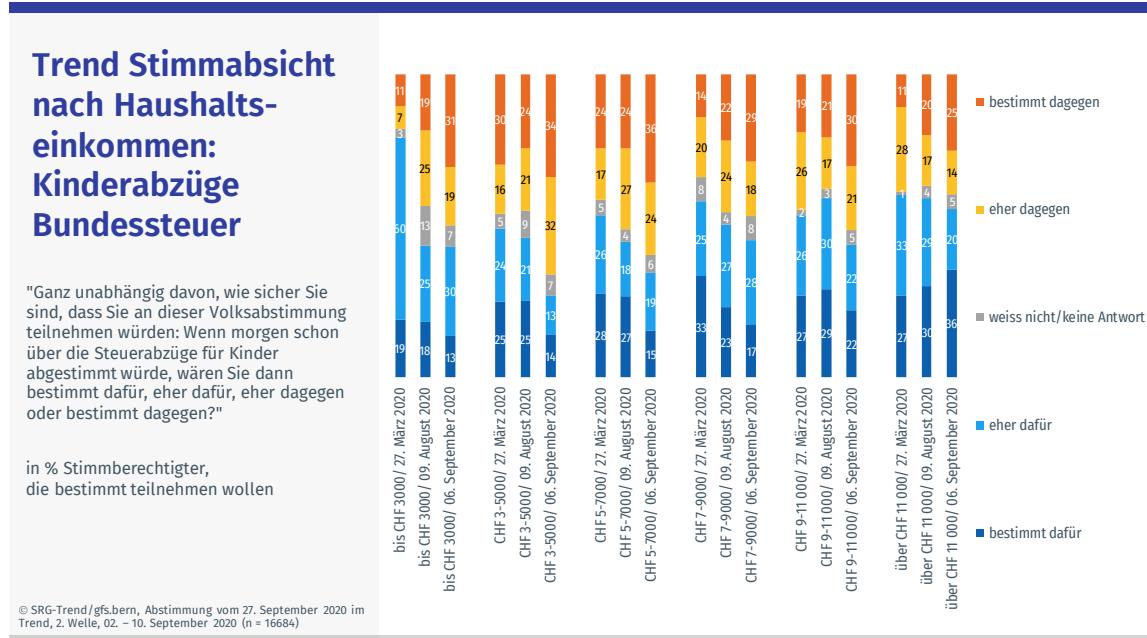
Grafik 55



Dagegen scheint der Vorlage die Zustimmung der höchsten Einkommensgruppe relativ sicher, während alle Teilnahmewilligen aus Haushalten mit weniger als 11'000 Franken

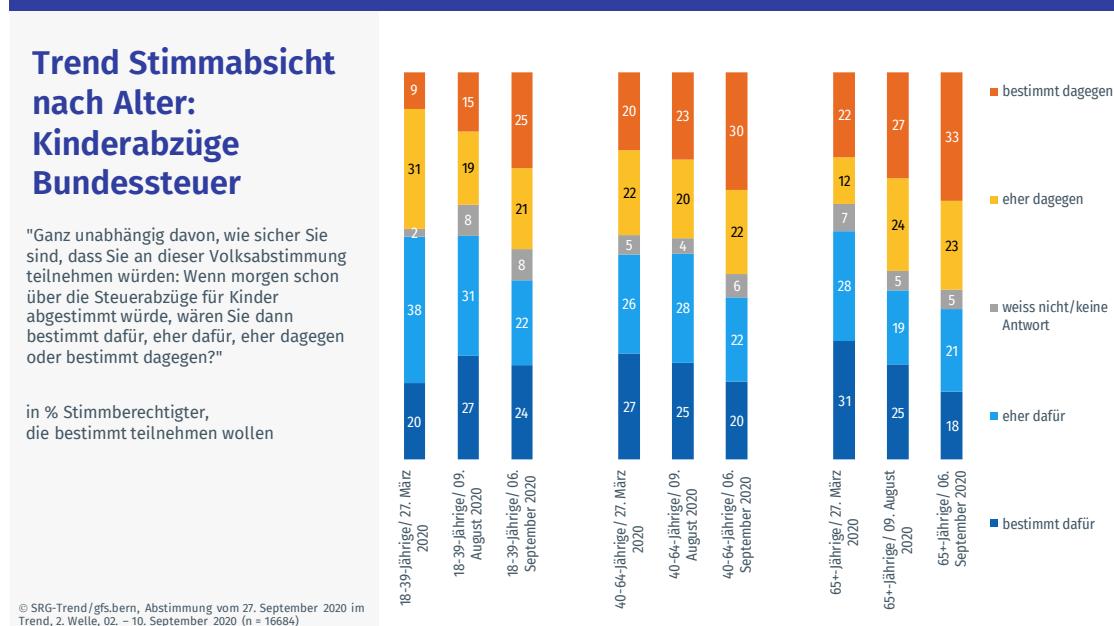
monatlichem Einkommen die Kinderabzüge mehr oder weniger deutlich ablehnen dürfen. Die Argumente der Gegnerschaft scheinen ihre Wirkung entfaltet zu haben, denn der Nein-Trend erweist sich bei Haushaltseinkommen von weniger als 7'000 Franken als deutlich stärker.

Grafik 56



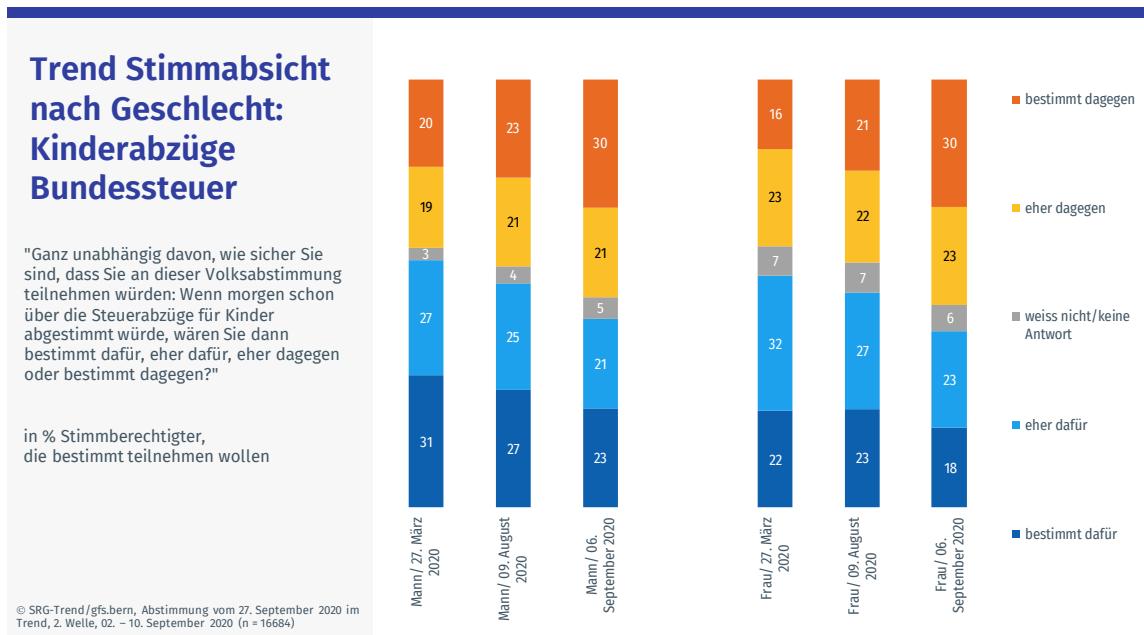
Der Nein-Trend findet sich auch in allen Altersgruppen. Die Skepsis dem Anliegen gegenüber bleibt aber bei Pensionierten grösser als bei den jüngeren Altersgruppen. In der mittleren Altersgruppe hat der Nein-Trend die Mehrheitsverhältnisse zugunsten eines Neins gedreht, in der jüngsten Altersgruppe führte er zu einem Patt.

Grafik 57



Das Geschlecht spielt bei dieser Entscheidung eine untergeordnete Rolle. Männer wie Frauen sprechen sich nun gegen Steuerabzüge für Kinder aus. Der Nein-Trend erfasste beide Gruppen gleichermaßen und hat auch hier die Mehrheitsverhältnisse gekippt.

Grafik 58



Das Konfliktmuster zu den Steuerabzügen für Kinder ist zusammenfassend primär politisch geprägt (CVP und FDP im Ja) und danach regional, denn in der lateinischihsprachigen Schweiz bleibt die Zustimmung zumindest vorerst mehrheitlich. Weiter spielt die Betroffenheit respektive der erwartbare Nutzen der Vorlage (hohe Einkommen im Ja) eine Rolle. Soziodemographische Grössen dagegen erweisen sich als eher unwichtig.

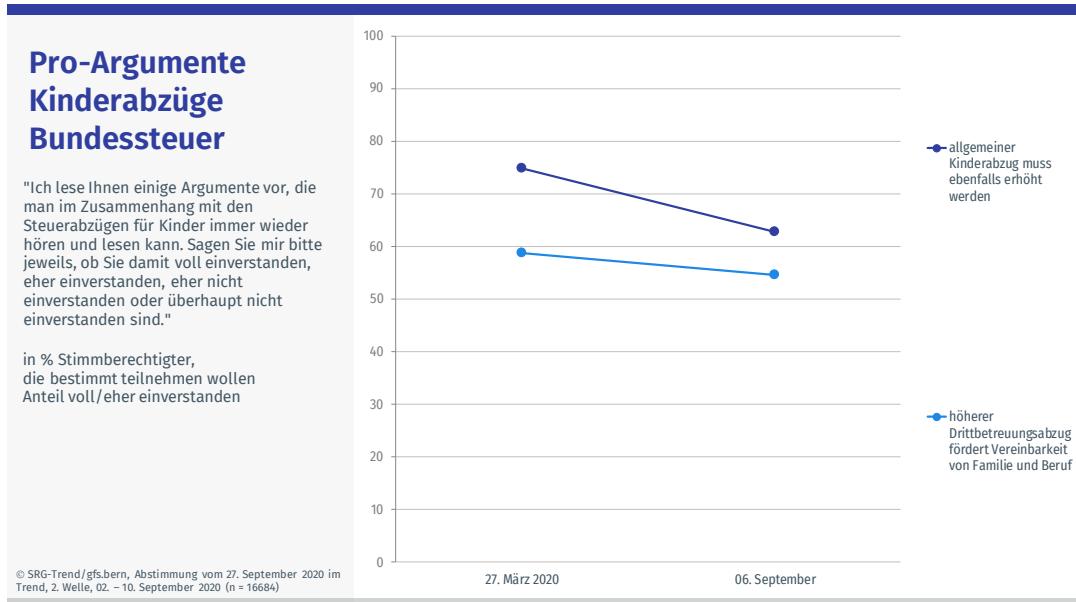
2.4.3 Argumententest

Argumentative Haltungen bestimmen die Stimmentscheide stärker als Persönlichkeitsmerkmale und auch argumentativ ist die Gegnerschaft im Vorteil. Zwar sind beide getesteten Pro-Argumente mehrheitsfähig, jedoch weniger deutlich als die Argumente der Gegnerschaft. Zudem verläuft der Trend zu den argumentativen Haltungen zugunsten der Gegnerschaft der Vorlage. Die Pro-Argumente haben gegenüber März 2020 an Zustimmung verloren, wogegen besonders ein Contra-Argument mehr Unterstützung erfährt.

Die im Parlament umstrittene Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs bei den Steuern überzeugt 63 Prozent der Teilnahmewilligen. Sie stimmen zu, dass auch Familien, welche ihre Kinder selber betreuen, profitieren sollen, weshalb dieser Abzug ebenfalls erhöht werden müsse. Allerdings ist die Zustimmung zu dieser Aussage klar rückläufig (-12%-Punkte).

Dass der höhere Drittbetreuungsabzug die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördere, weil er verhindere, dass Eltern ihre Berufstätigkeit aus steuerlichen Überlegungen einschränken oder zeitweise aufgeben, findet bei 55 Prozent der Teilnahmewilligen Zuspruch (-4%-Punkte).

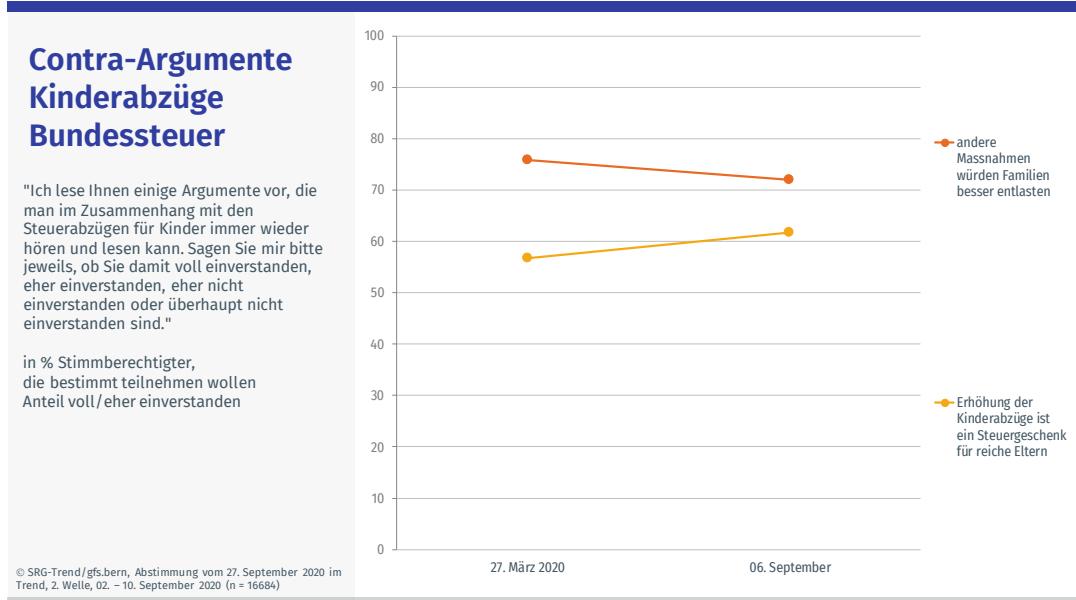
Grafik 59



Die Gegnerschaft überzeugt 72 Prozent der Teilnahmewilligen (-4%-Punkte), wenn sie anführt, dass Familien besser entlastet würden, wenn die Krankenkassenprämien für Kinder gesenkt, Betreuungsplätze vergünstigt oder Kinderzulagen erhöht würden.

Die Botschaft der SP, dass es sich bei der Erhöhung der allgemeinen Kinderabzüge um ein Steuergeschenk für reiche Eltern handle, verfängt: 63 Prozent unterstützen diese Aussage (+5%-Punkte).

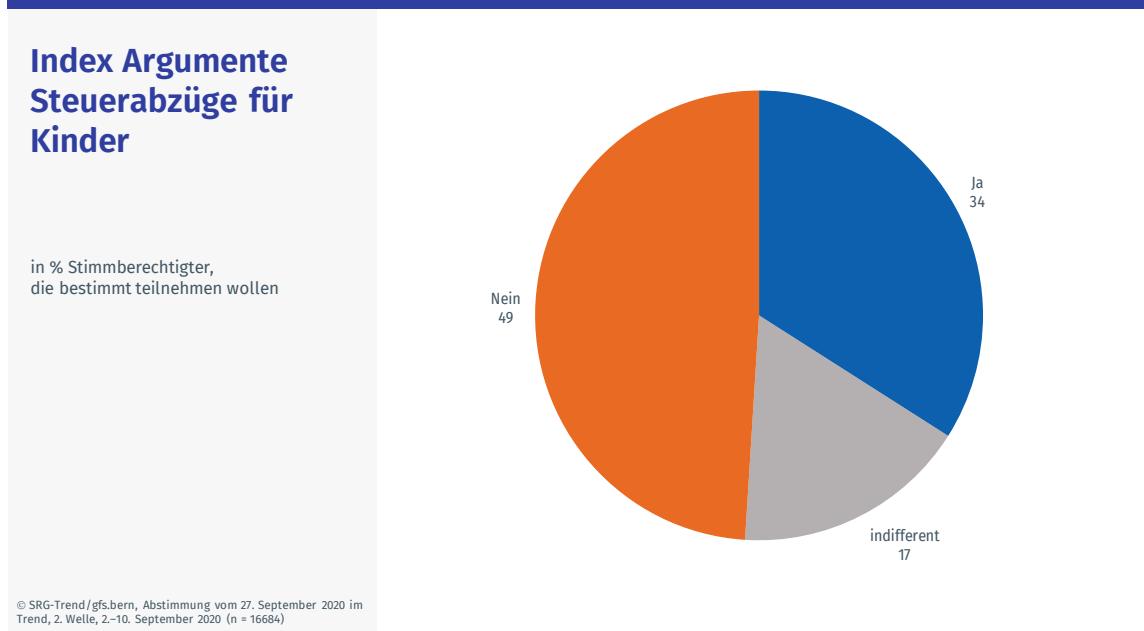
Grafik 60



Über alle Argumente hinweg betrachtet, stehen 49 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberchtigten den Botschaften der Gegnerschaft näher. 34 Prozent stehen argumentativ der Haltung der Ja-Seite näher. Der Anteil Teilnahmewilliger, welche auf der

argumentativen Ebene für die Kinderabzüge sind, liegt somit tiefer noch, als die geäusserten Stimmabsichten.

Grafik 61



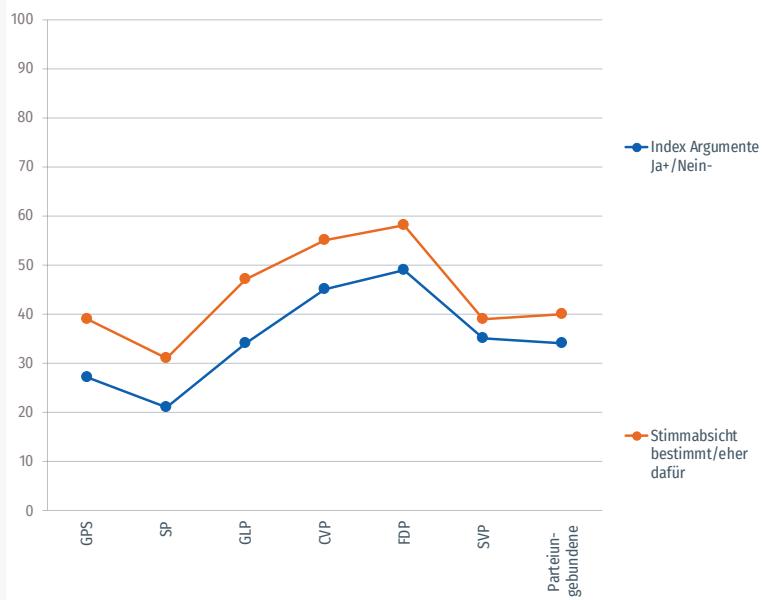
Erläuterung: Beim Argumentenindex werden die Argumente aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmabsicht recodiert. Die Zustimmung (sehr/eher einverstanden) zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten (sehr/eher nicht einverstanden) wird als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ definiert. Keine inhaltliche Nennung (weiss nicht/keine Antwort) bei den Argumenten wird als Null definiert. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative Ablehnung. Eine summierte Null bedeutet neutral. Der ausgewiesene Wert ist der positive Überhang zu den Argumenten.

Dieser Befund gilt für alle Parteiwählerschaften: Die argumentativen Haltungen verweisen auf tiefere Unterstützung des Vorhabens als die aktuell geäusserten Stimmabsichten. Während jedoch im Umfeld der Grünen, der SP, der SVP und auch bei Parteijungebundenen beide Indikatoren auf ein Nein verweisen, liegen die Stimmabsichten der FDP- und CVP-nahen (aktuell) im Ja, die argumentativen Haltungen dagegen im Nein.

Grafik 62

Zustimmung Steuerabzüge für Kinder und Index Argumente

in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 2.-10. September 2020 (n = 16684)

Der Zusammenhang zwischen Argumenten und Stimmentscheid ist mittel: 50 Prozent der individuellen Stimmabsichten können durch die Haltung zu den Argumenten erklärt werden. Auch das verweist auf einen gewissen Spielraum für die laufenden Kampagnen.

Die Analyse der Wirkung der Argumente auf die Stimmabsichten, liefert nachstehende Grafik auf Basis einer Regressionsanalyse: Nur drei der vier getesteten Botschaften korrelieren signifikant mit dem Stimmentscheid. Die Unterstützung der beiden Pro-Argumente führt dabei zu einer höheren Wahrscheinlichkeit, dass die Kinderabzüge unterstützt werden. Bei den Contra-Argumenten gilt diese Aussage bezogen auf einen ablehnenden Stimmentscheid nur für eines der beiden Argumente.

Grafik 63

Einfluss auf Stimmabsicht Steuerabzüge für Kinder nach Argumenten

Stimmberechtigte,
die bestimmt teilnehmen wollen

Erhöhung der Kinderabzüge ist ein Steuergeschenk für reiche Eltern

höherer Drittbetreuungsabzug fördert Vereinbarkeit von Familie und Beruf

allgemeiner Kinderabzug muss ebenfalls erhöht werden

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 2.-10. September 2020 (n = 16684), Erklärungsgrad: 50%

Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen – hier der Pro- und Contra-Argumente – (in abnehmender Reihenfolge) auf eine abhängige Variable, den Stimmentscheid. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau)

oder zu einer Nein-Stimmabgabe (orange) geführt hat. Der Erklärungsgrad/R2 gibt Auskunft darüber, wie erkläruungs-kräftig ein Modell ist – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable, der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

Das Argument, dass andere Massnahmen Familien besser entlasten würden, verfehlt seine Wirkung. Es wird zwar breit geteilt, hat aber keinen Einfluss auf einen Stimmentscheid zur vorgesehenen Gesetzesrevision. Das zweite Contra-Argument, die Revision sei ein Steuergeschenk für reiche Familien, verfängt jedoch: Es erklärt das vorgefundene Meinungsbild am besten.

Dahinter folgen die beiden Pro-Argumente. Werden diese unterstützt, befördern sie ein Ja zu den Steuerabzügen für Kinder.

Das vorgefundene Bild deutet an, dass der Wunsch Familien zu entlasten durchaus eine Relevanz hat, die vorgeschlagene Massnahme jedoch mit einem harten Kritikpunkt zu kämpfen hat.

2.4.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Die Entscheidung über Steuerabzüge für Kinder ist schwach prädisponiert, was sich am eher tiefen Anteil Festentschiedener, dem eher knappen Mehrheitsverhältnis und den späten Meinungsumschwung zeigt. Waren zu Beginn durchaus Sympathien für höhere Kinderabzüge vorhanden, sind diese im Verlauf der Hauptkampagnenphase besonders im links-grünen Umfeld erodiert. Das Referendumskomitee scheint einen wunden Punkt getroffen zu haben und bewirtschaftet diesen offensichtlich erfolgreich.

Der Abstimmungskampf ist bei dieser Entscheidung wegweisend, was sich am spät einsetzenden Angleich der Haltungen von Parteiwählerschaften und –spitzen einerseits, am deutlichen Meinungsumschwung über den letzten Monat hinweg andererseits zeigt. Die hohe Dynamik welcher die Meinungsbildung zu dieser Vorlage unterliegt, erschwert es zusammen mit dem eher knappen Mehrheitsverhältnis die Entwicklung der Meinungsbildung bis zum 27. September 2020 vorauszusagen. Wir können die Möglichkeiten aber eingrenzen.

Aufgrund der Resultate der vorliegenden zweiten Umfrage zeigt sich, dass die Meinungsbildung zu den Steuerabzügen für Kinder noch nicht abgeschlossen ist und dass sie einen für eine Behördenvorlage atypischen Verlauf nimmt.

In aller Regel erfolgt bei einer Behördenvorlage ein Angleich der Stimmabsichten an die Behördenposition. Das ist hier klar nicht der Fall, denn der Trend verläuft eindeutig Richtung Nein und das auch in den allermeisten Untergruppen. Es bleiben rund drei Wochen vor der Abstimmung nur 6 Untergruppen, welche die Vorlage noch angenommen hätten (Tiefgebildete, höchste Einkommensgruppe, CVP, FDP, französisch- und italienischsprachige Schweiz) und in drei davon verläuft der Trend Richtung Nein (CVP, ICH, FCH).

Auch seitens der Argumente spricht mehr für ein Nein am 27. September 2020 als für ein Ja.

Im Kontrast dazu steht jedoch die Einschätzung der Stimmberechtigten selbst: Die Mehrheit des Stimmvolks (57%) geht aktuell von einer Annahme der Vorlage aus. Dieser Wert

verhält sich seit August stabil (55%), ist aber verglichen mit dem Frühjahr 2020 gesunken (61%).

Sie schätzen den Ja-Anteil der Abstimmung über die Steuerabzüge für Kinder im Mittel aber auf knappe 52 Prozent.

Tabelle 4: Indikatoren der Einschätzung der Kinderabzüge Bundessteuer

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R ²	Stimmabsichten	Prädispositionierung
dafür	NR: 68% SR: 60%	CVP, BDP, FDP, SVP	52%	34%	43%		
dagegen	NR: 32% SR: 29%	GPS, SPS, GLP	48%	49%	52%		
				50%	51%		

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02.–10. September 2020 (n = 16684)

Zwar sprechen der Parolenspiegel und die Schätzung der Stimmberechtigten für ein Ja zu den Kinderabzügen am 27. September 2020. Die aktuellen Stimmabsichten, das vorgefundene Konfliktmuster und der Trend sprechen aber für ein Nein. Die Gegnerschaft hat argumentativ aktuell die Oberhand, doch es gibt auch breit geteilte und wirksame Argumente für die Vorlage.

Den weiteren Verlauf der Meinungsbildung abzuschätzen ist daher schwierig, auch weil das Meinungsbild nach wie vor nicht sehr deutlich ausgeprägt ist und der Stand der Meinungsbildung zurückbleibt.

Grundsätzlich sind drei Szenarien denkbar. Erstens: Die Gegnerschaft behält argumentativ die Oberhand und die Polarisierung zum Nein setzt sich weiter fort. Dann wird die Vorlage am 27. September 2020 abgelehnt.

Zweitens ist denkbar, dass sich die Meinungsbildung im weiteren Verlauf der Behördenposition anpasst. Dies wäre möglich, wenn die Parteiparole der SVP greift und der Nein-Trend bei der CVP und Parteiungebundenen sich nicht weiter fortsetzt. In diesem Fall würde der Ja-Anteil steigen, während sich der Nein-Anteil maximal halten könnte. Der Schwung der Nein-Kampagne hätte in diesem Szenario den Zenit nun erreicht und der Ausgang der Abstimmung müsste als offen taxiert werden.

Drittens könnte nun in der Schlussphase eine Polarisierung eintreten, wobei beide Seiten Boden gutmachen würden. In diesem Falle würde die Vorlage abgelehnt.

Der vorgefundene Trend entspricht dem ersten Szenario. Allerdings existieren aufgrund der speziellen Umstände bedingt durch die Corona-Krise erhebliche Unsicherheiten in Bezug auf die Mobilisierung und den weiteren Kampagnenverlauf. Die Entscheidung

muss als offen eingestuft werden, auch wenn aktuell beachtliche Vorteile für die Gegnerschaft existieren.

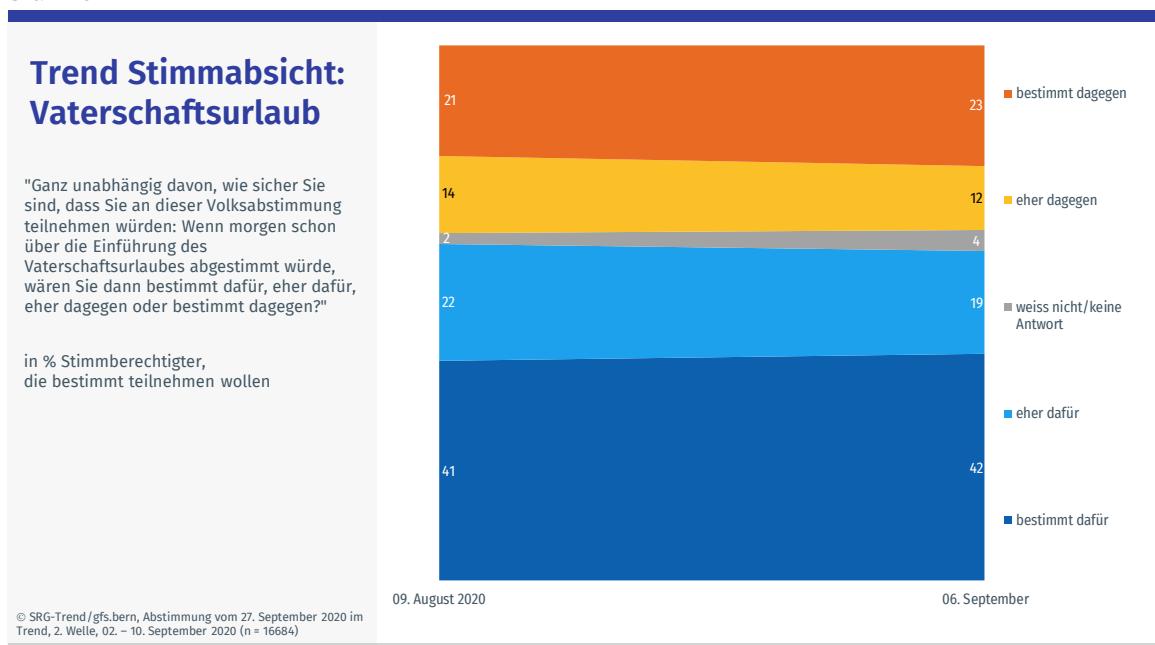
2.5 Vaterschaftsurlaub

2.5.1 Vorläufige Stimmabsichten

Eine Mehrheit von 61 Prozent der Teilnahmewilligen will "bestimmt" oder "eher" für die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubes stimmen. 35 Prozent äussern sich eher oder klar dagegen. 4 Prozent sind noch unentschieden. Der Vorsprung der Ja-Seite beträgt 26 Prozentpunkte. An diesen Mehrheitsverhältnissen hat sich gegenüber August 2020 nichts relevant verändert.

65 Prozent der Stimmbürger haben sich bereits eine feste Meinung zur Vorlage gebildet und auch hier führt die Ja-Seite mit 42 zu 23 Prozent deutlich. Das Meinungsbild hat sich gegenüber der ersten Welle auf hohem Niveau leicht verfestigt (+3%-Punkte).

Grafik 64



Der Vaterschaftsurlaub geht mit einem eindeutig positiven Meinungsbild in die Schlussphase des Abstimmungskampfes. Zusammen mit dem bereits früh gefestigten Meinungsbild reduziert dies die Wahrscheinlichkeit von grösseren Verschiebungen. Der Ja-Anteil mag sich noch verändern, eine Zustimmungsmehrheit scheint der Vorlage aber sicher.

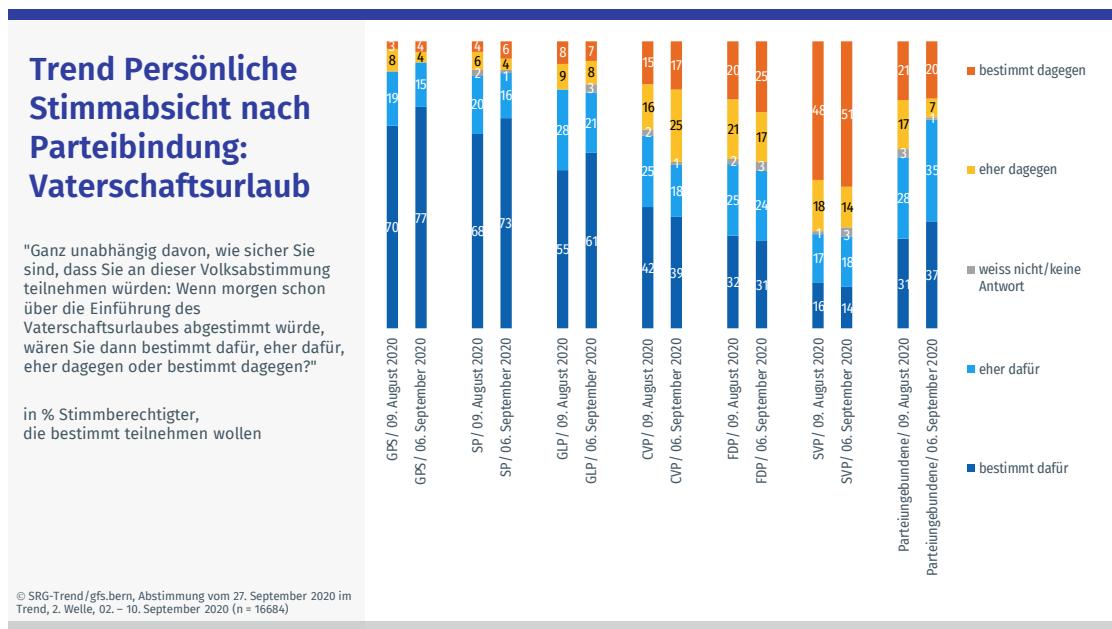
2.5.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Die Anhänger*innen der SVP lehnen die Vorlage mehrheitlich ab. Alle anderen Parteianhängerschaften, wie auch parteiungebundene Wähler*innen, sind im Ja. Der Ja-Anteil zum Vaterschaftsurlaub nimmt von links nach rechts ab: Sympathisant*innen der Grünen und der SP sprechen sich deutlicher für die Vorlage aus als Anhänger*innen der Parteien aus dem politischen Zentrum oder rechts davon. Die Zustimmung ist im Umfeld der CVP und FDP zwar leicht unter Druck geraten, es bleibt aber auch in diesen Wählergruppen bei zustimmenden Mehrheiten.

Damit folgen die Wähler*innen der Grünen, der SP, der GLP, der CVP und der SVP mehrheitlich der Parole ihrer jeweiligen Partei. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich kaum grosse Verschiebungen in den Mehrheitsverhältnissen einstellen werden.

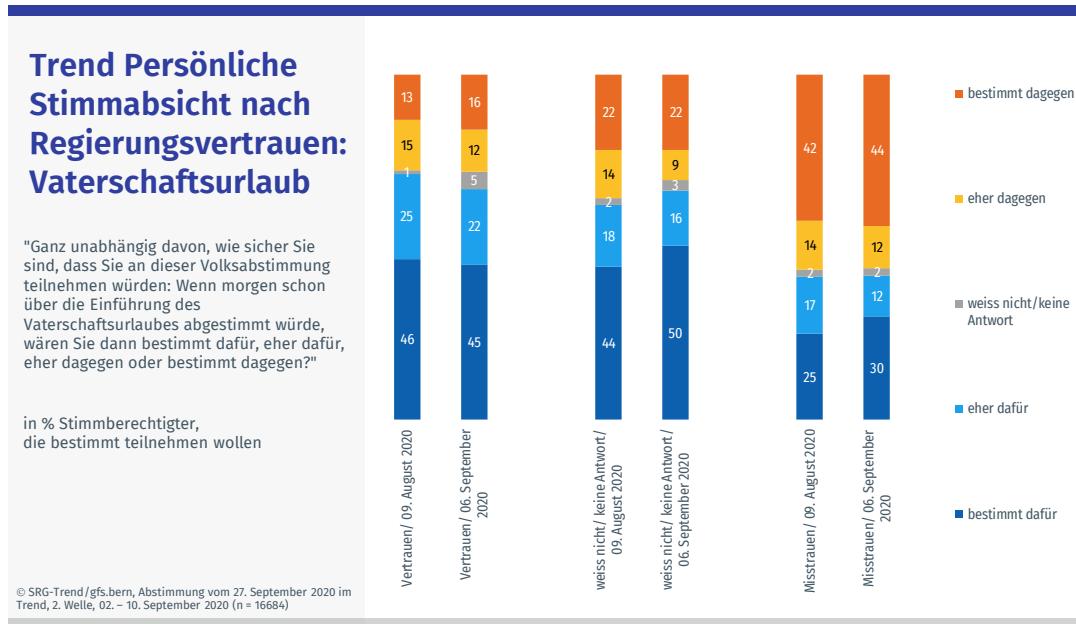
Bei der FDP findet sich ein Elite-Basis Konflikt. Allerdings fiel der Entscheid der Delegierten gegen die Vorlage denkbar knapp aus.

Grafik 65



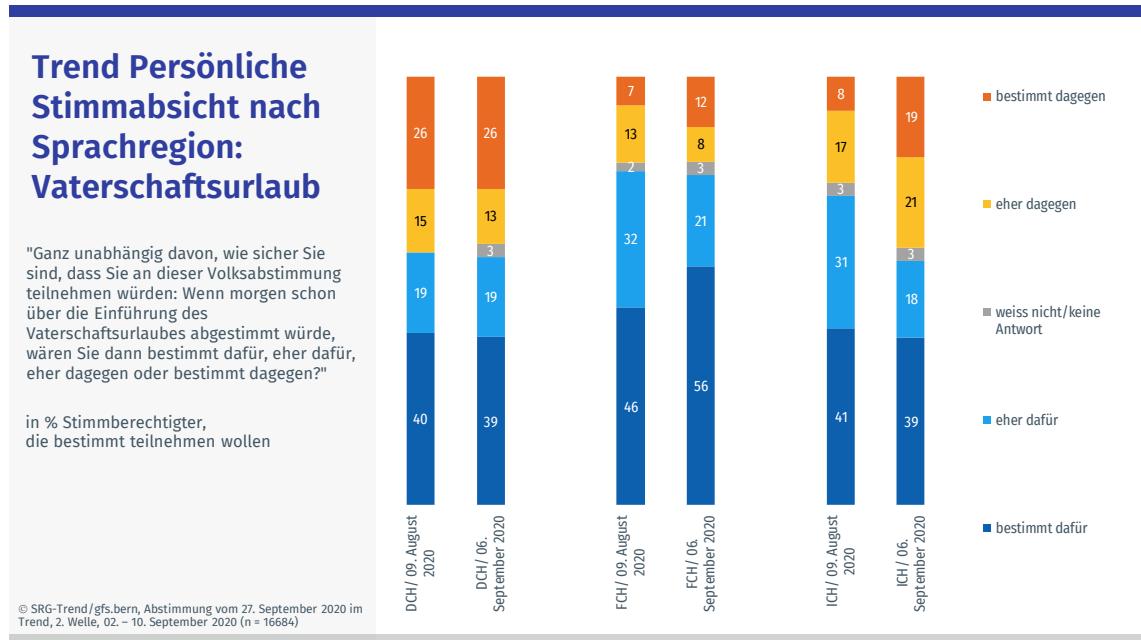
Entlang der zweiten politischen Grösse – dem Regierungsvertrauen – bestätigen sich ebenfalls unterschiedliche Mehrheiten. Bürger*innen, welche der Regierung grundsätzlich vertrauen, unterstützen die Vorlage deutlich. Bürger*innen, die der Regierung misstrauen, sind gegen die Einführung eines Vaterschaftsurlaubes.

Grafik 66



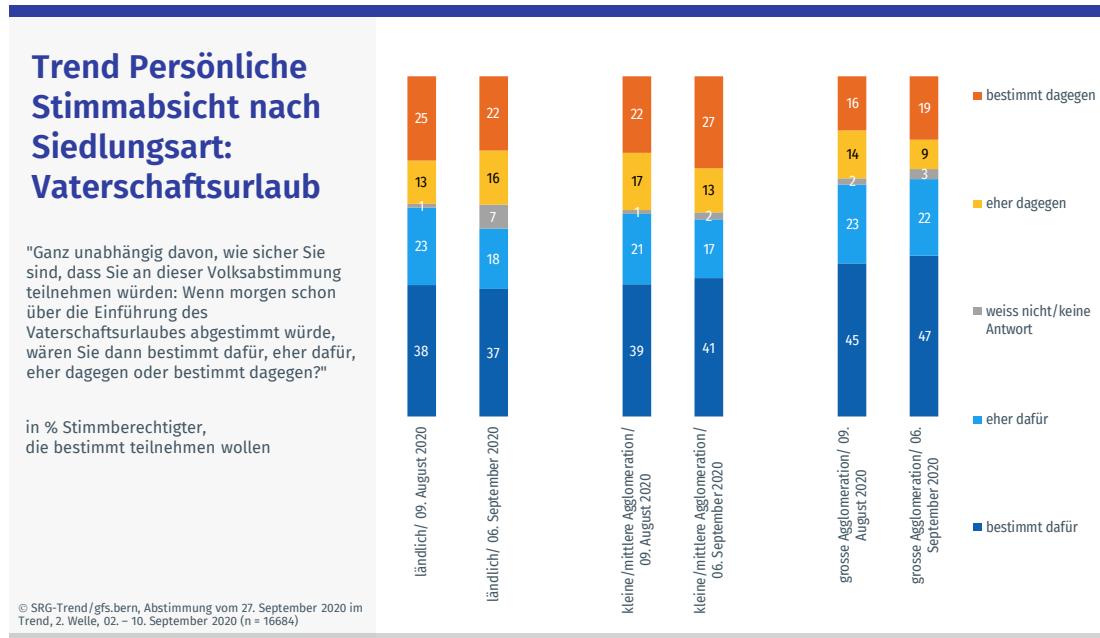
Das Meinungsbild ist über die Sprachgrenzen hinweg gefestigt und es fällt überall mehrheitlich zugunsten des Vaterschaftsurlaubs aus. Am höchsten ist die Zustimmung in der französischsprachigen Schweiz. Mehrheitlich ist sie auch in der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz, allerdings zeigt sich dort gröserer Widerstand gegen die Vorlage. Während dieser Widerstand in der Deutschschweiz bereits vor einem Monat ersichtlich war, hat er sich in der italienischsprachigen Schweiz mit dem Einsetzen der Hauptkampagnenphase ausgeweitet.

Grafik 67



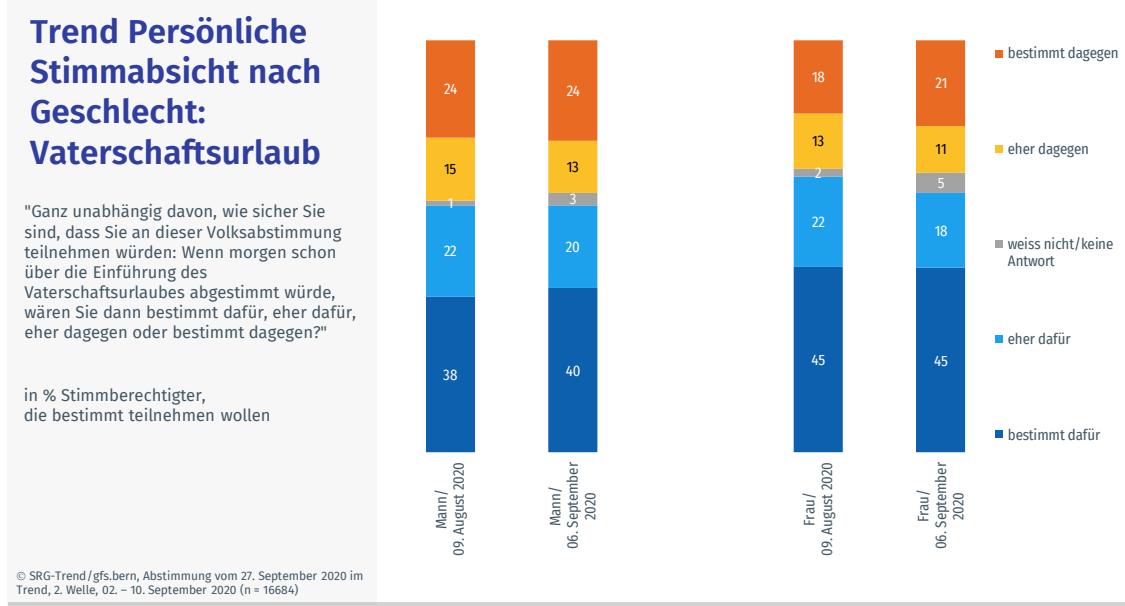
Auch die Analyse nach Siedlungsgebieten verweist auf eine flächendeckende Zustimmung, wobei diese im urbanen Raum deutlicher ausfällt als in ländlichen Gebieten.

Grafik 68



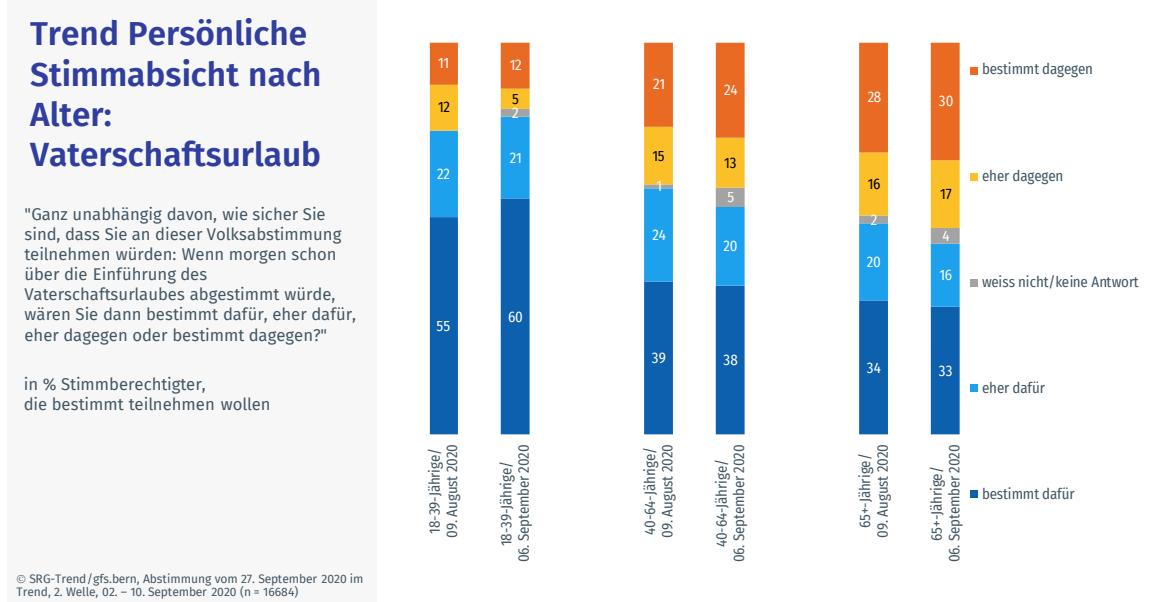
Signifikant sind zudem die Unterschiede nach Geschlecht und Alter. Einerseits wollen Männer wie Frauen den Vaterschaftsurlaub mehrheitlich annehmen.

Grafik 69



Andererseits akzentuiert sich aufgrund der Trends der Generationen- oder Betroffenheitseffekt: Die Zustimmung der jüngsten Altersgruppe ist der Vorlage sicher, dann nimmt sie mit zunehmendem Alter ab. Bei Pensionierten ist die anfängliche Zustimmung einer Pattsituation gewichen.

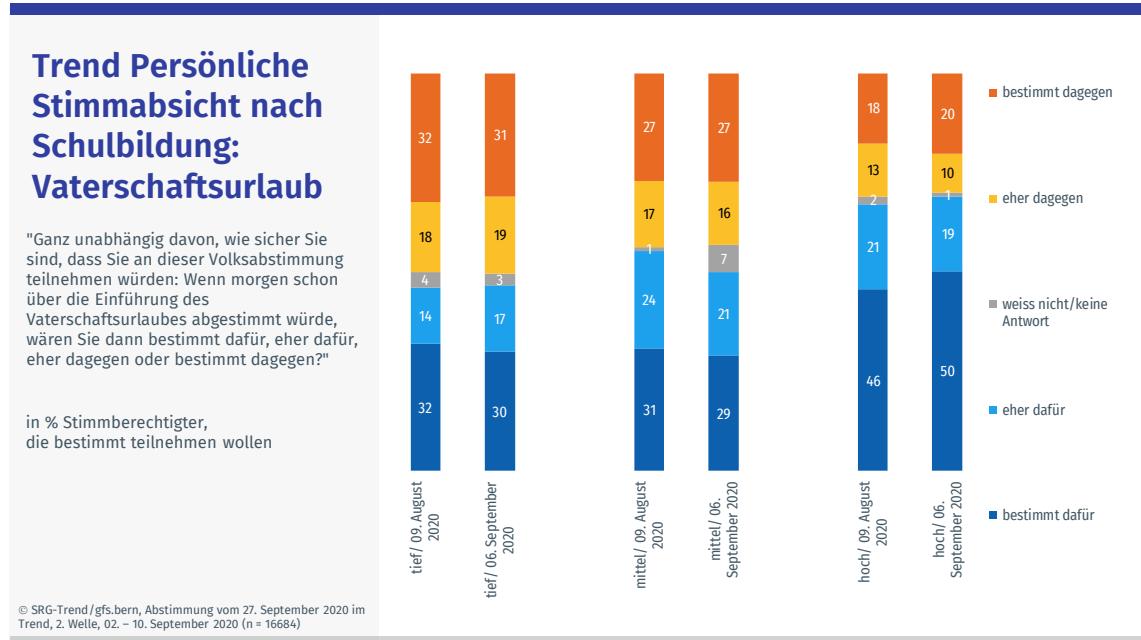
Grafik 70



Signifikante Unterschiede finden sich weiter bei sozioökonomische Faktoren, wobei der Bildungsstand eine wichtigere Rolle spielt als das Einkommen. Tief Gebildete hätten den

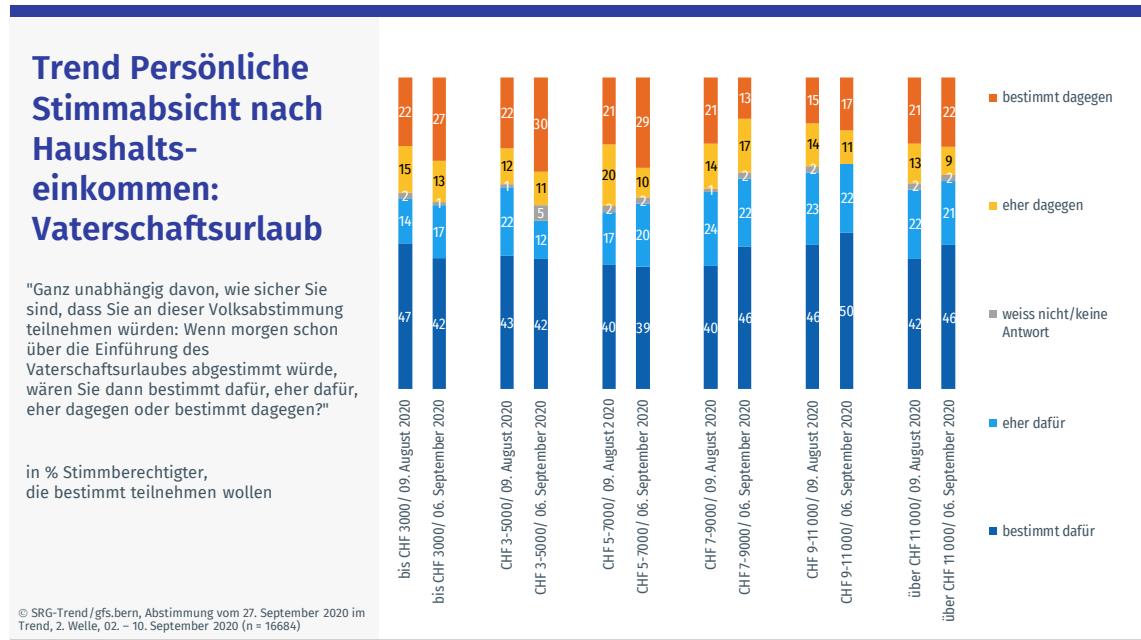
Vaterschaftsurlaub nämlich als dritte Wähler*innengruppe mehrheitlich abgelehnt. Mittel- und Hochgebildete hätten der Vorlage mehrheitliche zugestimmt.

Grafik 71



In den Einkommensgruppen findet sich kein solch deutlicher Effekt. Alle hätten den Vaterschaftsurlaub angenommen. Mit zunehmenden Haushaltseinkommen steigt tendenziell auch der Ja-Anteil.

Grafik 72



Das Konfliktmuster erweist sich zusammenfassend als politisch und soziökonomisch geprägt. Die einzigen mehrheitlich ablehnenden Gesellschaftsgruppen sind SVP-Wähler*innen, regierungsmisstrauische Kreise und tief Gebildete. Ansonsten herrscht breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaubs.

Auf den Argumentetest wurde in der zweiten Welle aufgrund der klaren Ausgangslage verzichtet.

2.5.3 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Was bis zum 27. September 2020 geschieht, können wir zwar nicht abschliessend abschätzen, aufgrund der Resultate der vorliegenden Umfrage ist jedoch zu erwarten, dass sich der Zustimmungswert zur Vorlage – unter gleichen Rahmenbedingungen – nicht mehr dramatisch verändert.

Erstens ist der Vorsprung der Ja-Seite mit 28 Prozentpunkten hoch. Das Nein-Lager müsste entsprechend deutlich an Support im Stimmvolk zulegen, um die Vorlage an der Urne zum Scheitern zu bringen. Anzeichen für eine solche Entwicklung sehen wir nicht.

Zweitens sind die geäusserten Stimmabsichten hochgradig gefestigt. 58 Prozent der Stimmbürger*innen wollen bereits bestimmt für oder gegen die Vorlage votieren. Nur 4 Prozent sind noch gänzlich unentschieden.

Drittens herrscht mit nur drei ablehnenden Bevölkerungsgruppen (SVP-Wählerschaft, Regierungskritische und Tiefgebildete) relativ breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Vaterschaftsurlaubes.

Diese Faktoren sprechen dafür, dass der Meinungsbildungsprozess bereits weit fortgeschritten ist. Als logische Folge davon ist auch der Raum für Veränderungen in den Stimmabsichten eher klein und die Ja-Mehrheit wird höchstwahrscheinlich nicht mehr kippen.

Tabelle 5: Indikatoren der Einschätzung des Vaterschaftsurlaubs

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R^2	Stimmabsichten	Prädispositionierung
dafür	NR: 66% SR: 74%	GPS, SPS, GLP, CVP, BDP	55%	-		61%	
dagegen	NR: 34% SR: 26%	FDP, SVP	45%	-		35%	
					-	58%	

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02.–10. September 2020 (n = 16684)

Für den weiteren Meinungsverlauf zur Vorlage sind grundsätzlich drei Szenarien denkbar. Erstens: Die Meinungsbildung passt sich einseitig der Behördenposition an. Der Ja-Anteil steigt, während der Nein-Anteil sich bestenfalls halten kann. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage entsprechend deutlich angenommen.

Zweitens wäre es denkbar, dass die Vorlage mit zunehmendem Schwung in den Kampagnen stärker polarisiert und der Ja-, wie auch der Nein-Anteil im Verlauf des Abstimmungskampfes steigen. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage aber auch in diesem Fall angenommen.

Drittens könnte eine einseitige Polarisierung Richtung Nein einsetzen, sollte die Gegnerschaft argumentativ die Oberhand gewinnen. Aufgrund des grossen Vorsprungs der Ja-Seite wäre eine Umkehr der Mehrheitsverhältnisse aber selbst in diesem Fall eine grosse Überraschung.

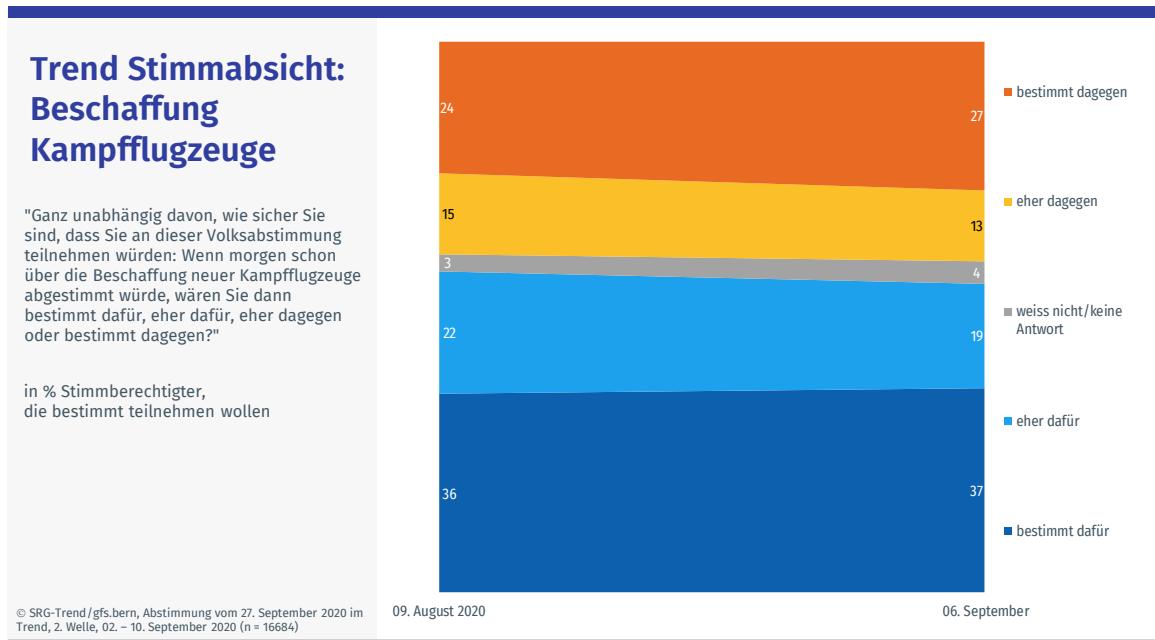
Das vorgefundene Meinungsbild gemäss der zweiten SRG-Trendumfrage verweist auf hohe Stabilität der Stimmabsichten. Die Meinungen zum Vaterschaftsurlaub waren offensichtlich bereits zu Beginn der Hauptkampagnenphase weitgehend gemacht. Alle drei Szenarien der Meinungsbildung bis zum 27. September sind weiterhin denkbar. Dass die Schweiz aber in naher Zukunft einen Vaterschaftsurlaub einführen wird, scheint gesichert. Ein Ja zum Vaterschaftsurlaub ist das wahrscheinliche Szenario für den 27. September 2020.

2.6 Kampfflugzeuge

2.6.1 Vorläufige Stimmabsichten

Drei Wochen vor der Abstimmung würden 56 Prozent der Teilnehmenden bestimmt oder eher für die Beschaffung von Kampfflugzeugen in der vorgeschlagenen Form stimmen. Bestimmt oder eher dagegen sind 40 Prozent. Nur 4 Prozent wollen zwar bestimmt teilnehmen, sind aber noch nicht entschieden. 64 Prozent haben eine feste Meinung dafür oder dagegen.

Grafik 73



Das Meinungsbild hat sich auf hohem Niveau weiter gefestigt. Die Verschiebungen zwischen dem Ja- und dem Nein-Lager sind gering, womit sich erste Meinungen eher verstärkt, als geändert haben. Die leichte Zunahme des Nein-Anteils bewegt sich innerhalb des Unschärfebereichs. Die Stimmenden selber erwarten deutlich stärker als noch Anfang August aktuell ein Ja. Damit sollten sich Verschiebungen nur noch beschränkt ergeben.

2.6.2 Vorläufiges Konfliktmuster

Konstant bestätigt sich eine scharfe Trennlinie zwischen den Linksparteien einerseits und den bürgerlichen Regierungsparteien andererseits. Kritisch sind weiterhin Parteiungebundene. In dieser Gruppe sind aber viele nur tendenziell entschieden.

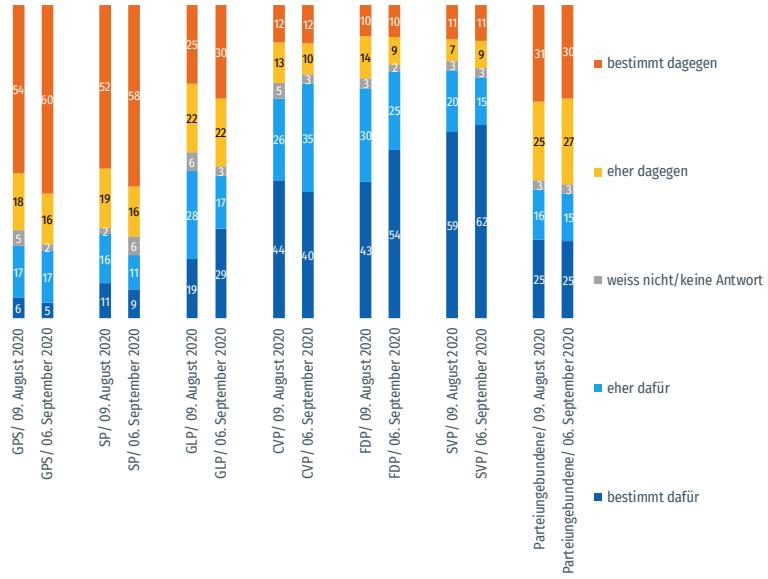
Bei der GLP hat sich das polarisierte Bild weiter verfestigt, wobei in diesem Lager eher die Kritik zunimmt. Somit zeichnet sich ein knapper Elite-Basis-Konflikt ab, weil die GLP-Delegierten eine Ja-Parole ausgaben.

Grafik 74

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Parteibindung: Beschaffung Kampfflugzeuge

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend / gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

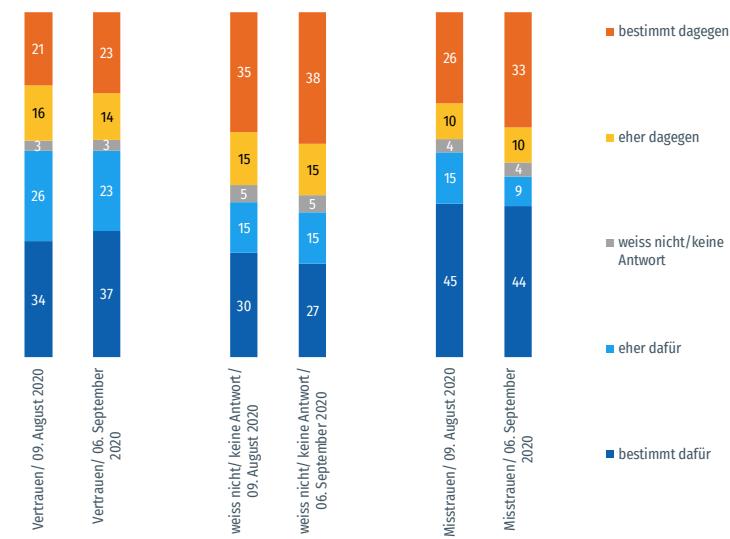
Regierungskritische Kreise sind immer noch knapp mehrheitlich für das Beschaffungsprojekt, die Kritik nimmt aber zu. Keine Veränderung ergibt sich bei den Vertrauenden, die signifikant stärker für die Beschaffung stimmen wollen.

Grafik 75

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Regierungsvertrauen: Beschaffung Kampfflugzeuge

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend / gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

Ein recht grosser Sprachgraben zeichnet sich ab. Während das Ja in der deutschsprachigen Schweiz unverändert klar überwiegt, weitet sich die Kritik in der lateinischsprachigen Schweiz aus. In der französischsprachigen Schweiz erreicht das Nein zwischenzeitlich die Mehrheitsmarke. Die Chance für Nein-Kantone aus diesem Sprachraum ist intakt.

Im italienischsprachigen Raum gewinnt die Beschaffungs-Kritik weniger deutlich an Fahrt als in der französischsprachigen Schweiz.

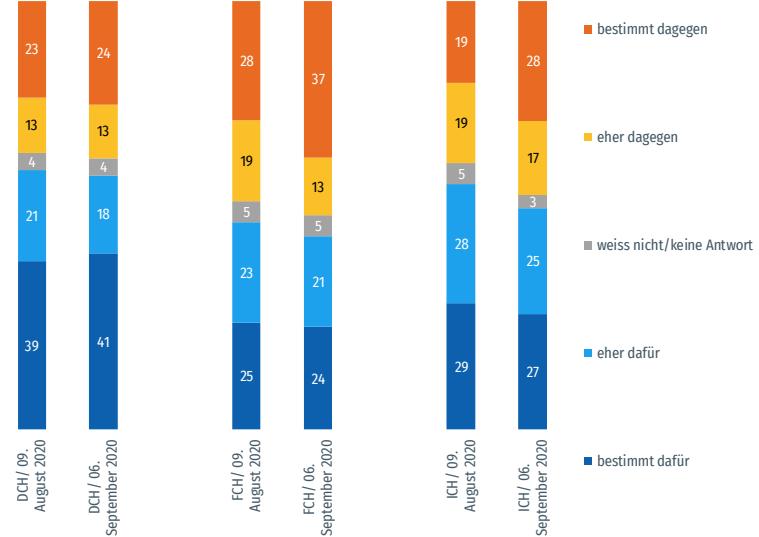
Grafik 76

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Sprachregion: Beschaffung Kampfflugzeuge

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

© SRG-Trend / gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)



Es gibt kaum Dynamik in Abhängigkeit zur Siedlungsart. Während die Vorlage in den Städten kontrovers beurteilt wird und die Ja-Seite nur einen geringen Vorsprung hat, reduziert sich die Nein-Seite auf dem Land und in den Agglomerationen auf ein gutes Drittel der bisher mobilisierten Stimmberechtigten.

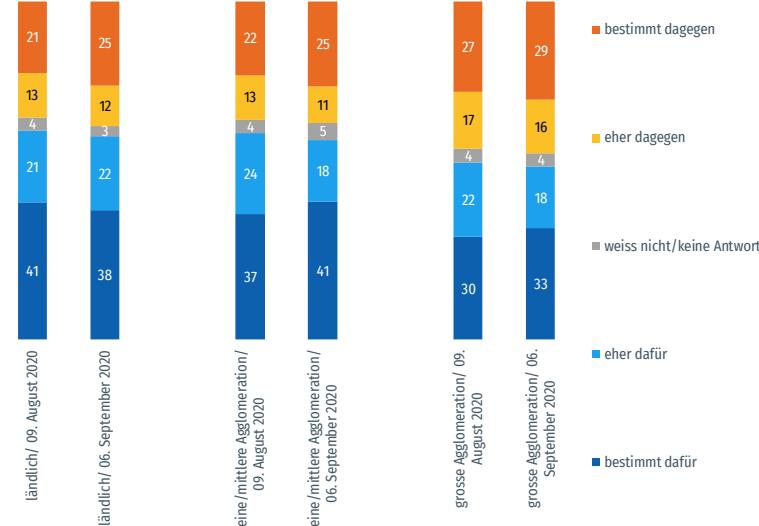
Grafik 77

Trend Persönliche Stimmabsicht nach Siedlungsart: Beschaffung Kampfflugzeuge

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

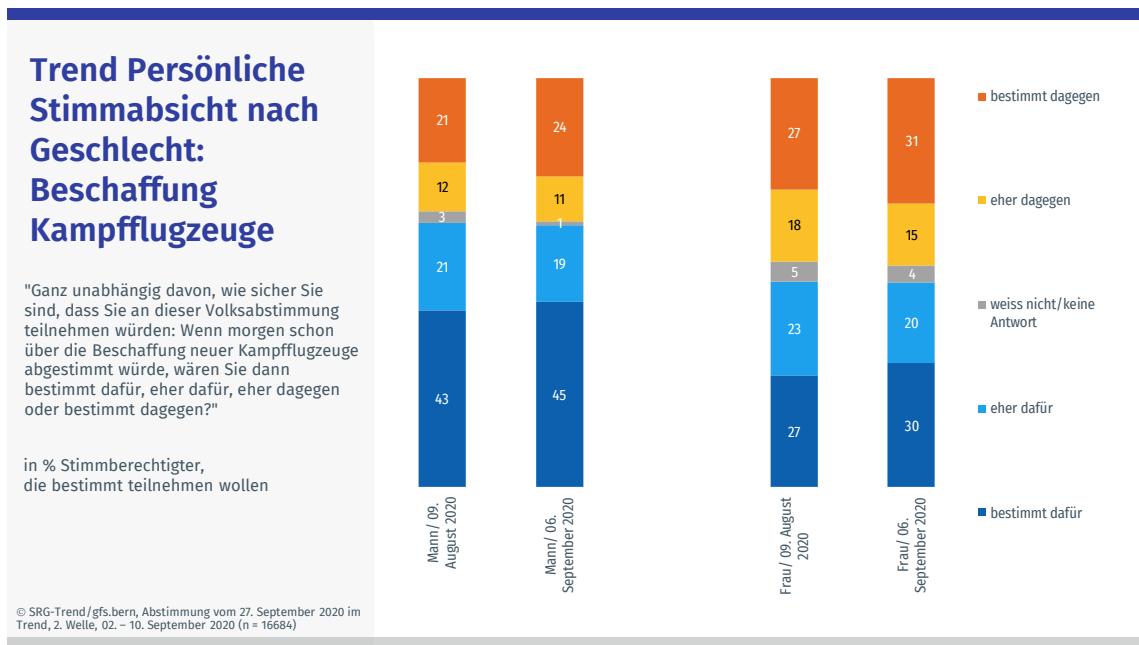
in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

© SRG-Trend / gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)



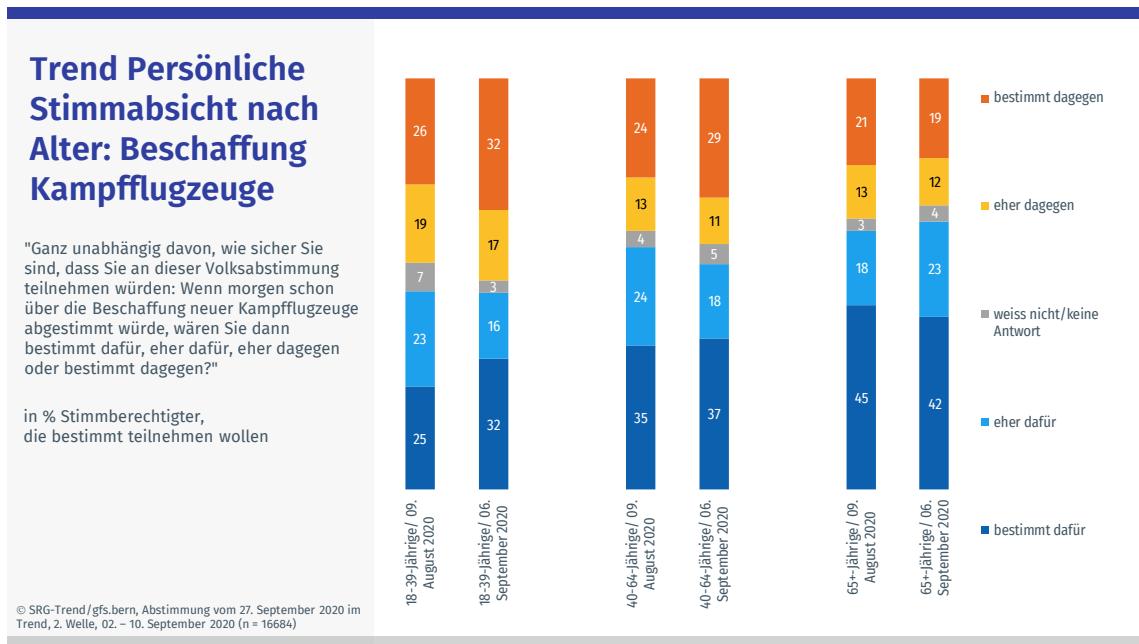
Ob am Schluss eine Mehrheit der Frauen für die Beschaffung stimmt, ist alles andere als sicher: Zurzeit sind 50 Prozent für und 45 Prozent gegen das Beschaffungsvorhaben. Bei den in den letzten Wochen stärker mobilisierten Männern ist das Verhältnis ebenfalls praktisch stabil geblieben: Es spricht für ein Ja zu den Kampfflugzeugen im Verhältnis von etwa 2:1. Für technische und militärische Vorhaben ist ein scharfer Graben zwischen den Geschlechtern nicht untypisch.

Grafik 78



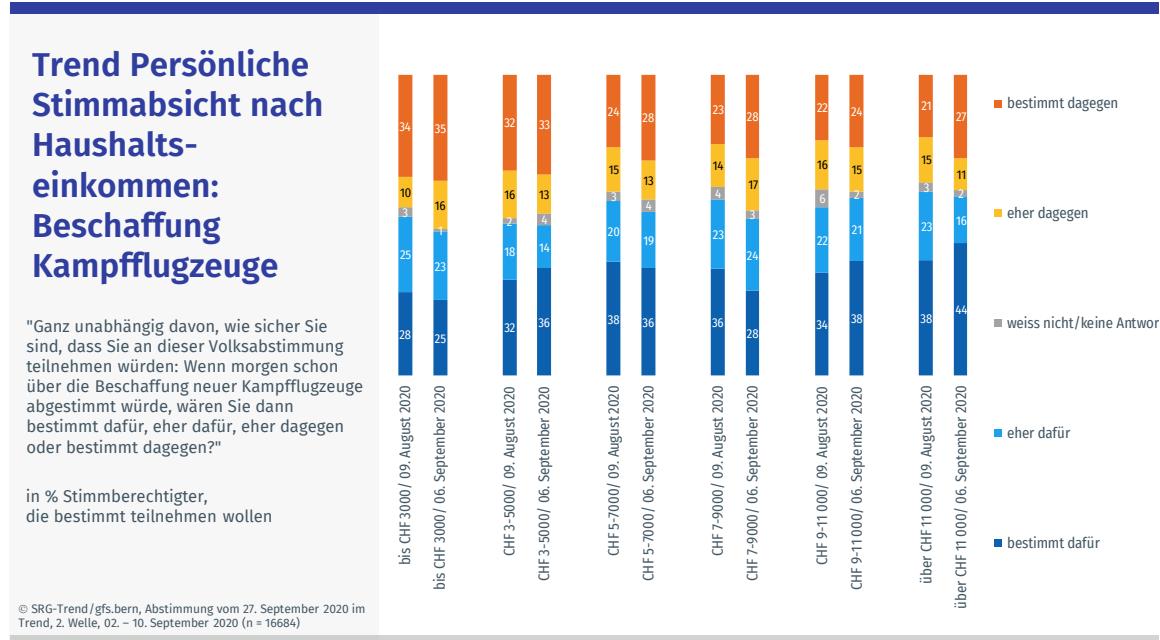
Der deutliche Vorsprung der Ja-Seite kommt auch durch viele Ältere zustande, die weniger Zweifel an der Beschaffungsvorlage äussern. Jüngere sind neu in der (knappen) relativen Mehrheit sogar gegen die Beschaffung.

Grafik 79



Die Beurteilung der Vorlage geschieht auch vor dem Hintergrund der finanziellen Situation im Haushalt. Während sich entlang der Schulbildung weiterhin kein deutlicher Graben ergibt, wollen vor allem Haushalte mit tieferen Einkommen verstrkrt gegen die Vorlage stimmen.

Grafik 80

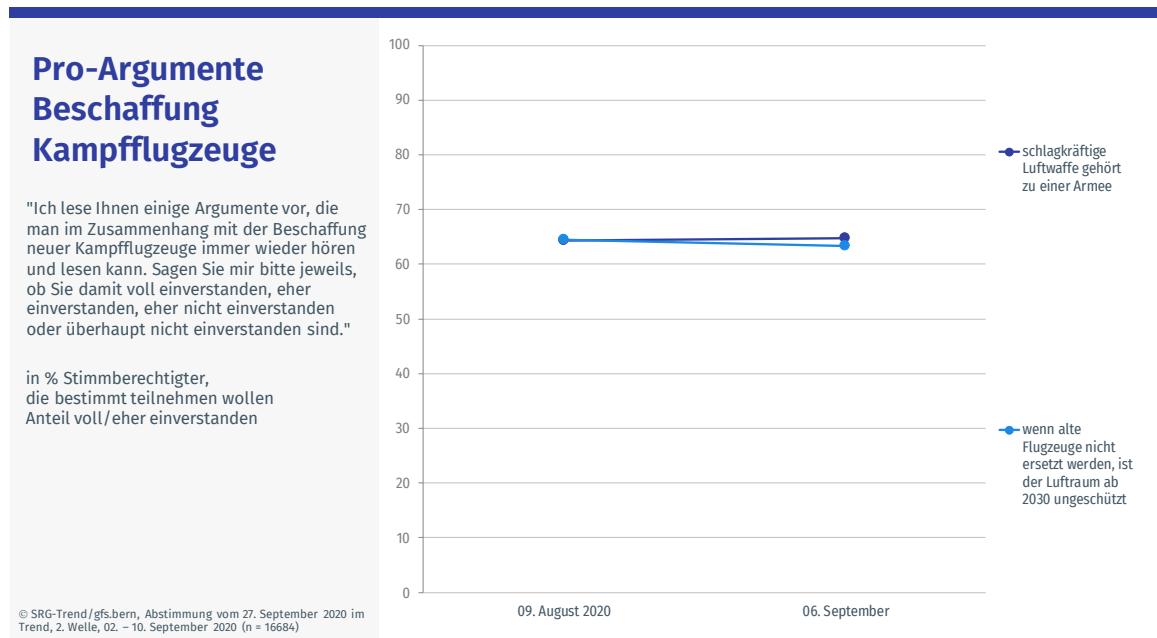


2.6.3 Argumententest

Bei der Beurteilung der Pro-Argumente bestätigt sich die Feststellung, dass zwei Drittel der mobilisierbaren Stimmberechtigten mehr oder weniger deutlich hinter dem Prinzip einer modernen Luftwaffe stehen. 64 Prozent der aktuell Teilnahmewilligen unterstützen das Argument, dass eine schlagkräftige Luftwaffe zur Armee gehört.

In zwei Punkten unterschiedet sich die jetzige Abstimmung von jener zum Gripen im Jahr 2014. Erstens ist die Entscheidung zum Flugzeugtyp diesmal ausgeklammert. Zweitens sind 63 Prozent der Teilnahmewilligen nun damit einverstanden, dass der Luftraum ohne neue Kampfjets ab 2030 ungeschützt wäre. Die Diskussion um die am 18. Mai 2014 schliesslich abgelehnten Gripen-Beschaffung war diesbezüglich kontroverser.

Grafik 81



Die Nein-Seite hat zurzeit kein mehrheitsfähiges Argument unter den Teilnahmewilligen, kann aber weit über das klassisch linke Lager hinaus mit Inhalten punkten. Und die Nein-Seite verliert mit ihren Argumenten auch nicht an Unterstützungskraft, obwohl sie bei den geäusserten Stimmabsichten deutlich in der Minderheit bleibt.

Seit sich der Bundesrat auf den September-Termin für die Beschaffungsvorlage festgelegt hat, interessiert vor allem die Frage, ob Corona etwas an der Ausgangslage ändert. Dies sehen 47 der aktuell mobilisierten Stimmberechtigten so: Sie wünschen sich wegen der Corona-Krise eine andere Verwendung des Geldes. 49 Prozent widersprechen dem mehr oder weniger vehement.

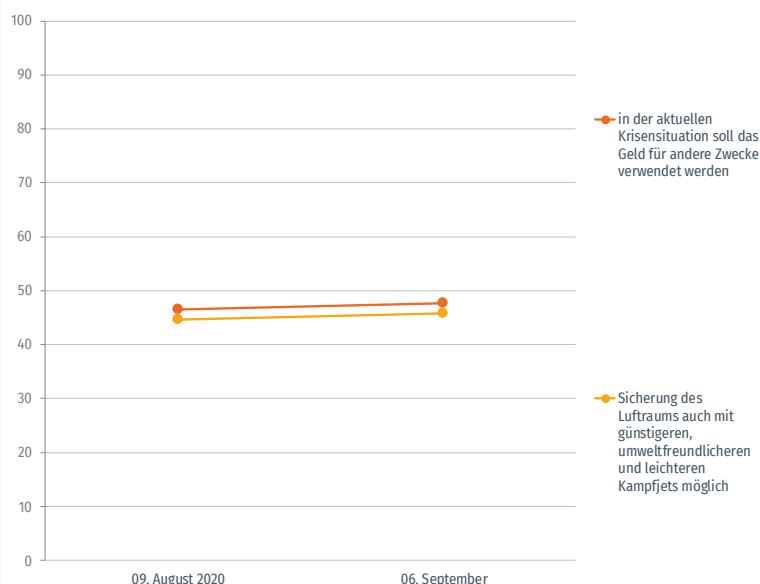
Die hauptsächliche inhaltliche Argumentationslinie der armeekritischen Kreise erfährt Zustimmungswerte von 46 Prozent: Einen leichten Kampfjet mit Vorteilen im Bereich Umwelt und Finanzen wird als interessante Alternative betrachtet. Genau gleichviele Befragte mit Teilnahmeabsicht sehen diese leichtere Variante nicht als zielführend.

Grafik 82

Contra-Argumente Beschaffung Kampfflugzeuge

"Ich lese Ihnen einige Argumente vor, die man im Zusammenhang mit der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge immer wieder hören und lesen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen
Anteil voll/eher einverstanden



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02. – 10. September 2020 (n = 16684)

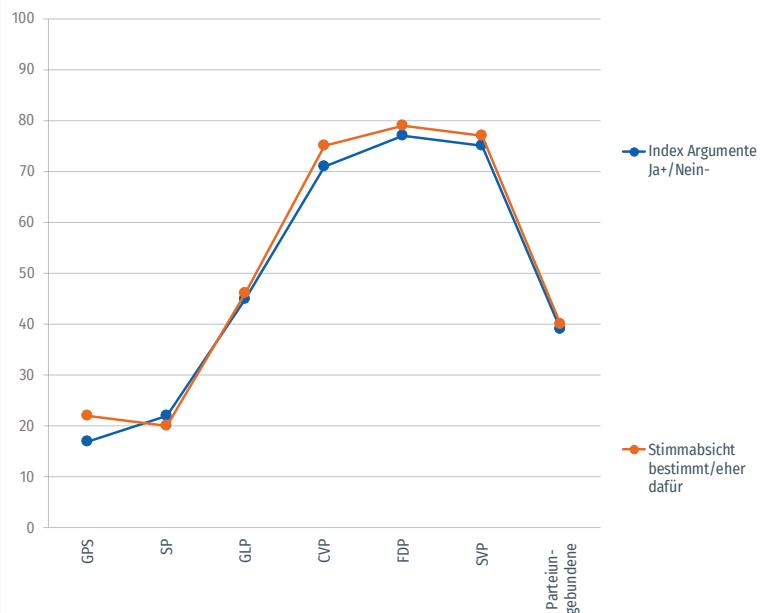
Addiert man die Bewertungen der einzelnen Argumente, stehen 54 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten den Botschaften der Pro-Seite näher. 39 Prozent stehen argumentativ der Haltung der Nein-Seite näher. Das ist praktisch das gleiche Resultat, wie wir es bei der Stimmabsicht ausweisen.

Die geäusserten Stimmabsichten stimmen nahezu perfekt mit den argumentativen Haltungen überein, wenn diese zu einem Index zusammengezogen werden. Das gilt selbst für Personen, die sich ausdrücklich nicht an eine Partei gebunden fühlen. Das verringert den Raum für eine Veränderung in die eine oder andere Richtung, wenn nicht noch eine Seite massiv zusätzlich mobilisieren kann.

Grafik 83

Zustimmung Kampfflugzeuge und Index Argumente

in % Stimmberechtigter,
die bestimmt teilnehmen wollen



Erläuterung: Beim Argumentenindex werden die Argumente aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmabsicht recodiert. Die Zustimmung (sehr/eher einverstanden) zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten

(sehr/eher nicht einverstanden) wird als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ definiert. Keine inhaltliche Nennung (weiss nicht/keine Antwort) bei den Argumenten wird als Null definiert. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative Ablehnung. Eine summierte Null bedeutet neutral. Der ausgewiesene Wert ist der positive Überhang zu den Argumenten.

Die Grundhaltung einer modernen Luftwaffe und die Aussicht, dass im Jahr 2030 der Schweizer Luftraum ohne Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen ungeschützt bliebe, sichern weiterhin die Mehrheit ab. Am stärksten prägt aber das polarisierte Argument zur Mittelverwendung in einer Krisenzeitz die Meinungen. Diese Argument wirkt stärker auf Nein, als Argument, dass leichte Kampfjets eine sinnvolle Alternative seien.

Grafik 84



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen – hier der Pro- und Contra-Argumente – (in abnehmender Reihenfolge) auf eine abhängige Variable, den Stimmentscheid. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder zu einer Nein-Stimmabgabe (orange) geführt hat. Der Erklärungsgrad/R2 gibt Auskunft darüber, wie erkläckräftig ein Modell ist – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable, der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

Gegner*innen wie auch Befürworter*innen verfügen damit zum jetzigen Zeitpunkt über wirksame Argumente. Der grosse Unterschied zur Beschaffungsvorlage 2014 ist nicht primär die Typenentscheidung, sondern die breit wahrgenommene Notwendigkeit einer Erneuerung der Kampfjetflotte vor 2030.

2.6.4 Szenarien der weiteren Meinungsbildung

Die Stimmberchtigten, welche motiviert sind, ihre Stimme am 27. September 2020 abzugeben, wissen recht genau, was zur Debatte steht. Eine klare Mehrheit will prinzipiell eine autonome Schweizer Luftwaffe. Zweifel bestehen allenfalls, weil die Finanzsituation in der Krise angespannt ist und vielleicht die Mittel anderswo besser verwendet werden könnten. Diese Zweifel sind in der Gruppe der Parteiungebundenen mitentscheidend für das aktuell mehrheitliche Nein. Sie weiten sich aber nicht klar auf weitere Kreise aus, denn die kritische Debatte erreicht die Anhängerschaften der bürgerlichen Regierungsparteien und Personen, die der Regierung vertrauen, nicht. Es sind aber diese Menschen,

die zurzeit überproportional mobilisiert werden und bis zum Schluss noch eher etwas Gewicht gewinnen könnten. Sie befürchten einen ungeschützten Luftraum, wenn nicht rasch eine Beschaffung erfolge. Die jetzt vorhandene Notwendigkeit dürfte in diesen Kreisen bis zum Ende der Debatte trotz oder gerade wegen vorhandenerer Unsicherheiten für klare Mehrheiten sorgen. Dafür spricht auch die Erwartung der Stimmenden selbst, die mehr noch als vor einem Monat von einer Annahme der Vorlage ausgehen.

Die Ja-Seite verteidigt den Vorsprung in einer Debatte, die bereits positiv vorbestimmt war. Der Meinungsbildungsprozess dürfte weiter in ähnlichem Masse polarisieren. Die Positionen dürften sich nur bei grösseren Ereignissen noch massiv verändern und vor allem auf noch Unentschiedene wirken. Der Raum für Veränderungen in den Stimmabsichten ist beschränkt, und die Ja-Mehrheit erscheint gefestigt.

Tabelle 6: Indikatoren der Einschätzung der Beschaffung Kampfflugzeuge

Ausprägung	Parlament	Parolen	Erwartung Stimmende	Index Argumente	Erklärung Argumente R ²	Stimmabsichten	Prädispositionierung	Trenderwartung Dispositionsansatz
dafür	NR: 64% SR: 77%	GLP, CVP, BDP, (FDP), SVP	53%	54%	56%	Leichte Zunahme oder Stagnation Ja		
dagegen	NR: 36% SR: 23%	GPS, SPS	47%	39%	40%	Leichte Zunahme oder Stagnation Nein		
			83%		64%			

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 27. September 2020 im Trend, 2. Welle, 02.–10. September 2020 (n = 16684)

Für den weiteren Meinungsverlauf zur Vorlage sind grundsätzlich zwei Szenarien denkbar. Erstens: Die Meinungsbildung passt sich noch leicht zugunsten der Behördenposition an. Der Ja-Anteil steigt, während der Nein-Anteil sich bestenfalls halten kann. Aufgrund der positiven Prädisposition würde die Vorlage entsprechend deutlich angenommen.

Zweitens wäre es ebenso denkbar, dass die Vorlage noch etwas stärker polarisiert und sowohl der Ja-, wie auch der Nein-Anteil im Verlauf des Abstimmungskampfes steigen würde.

Ein Ja zur Kampfjetbeschaffung, ungefähr im ausgewiesenen Mass, ist bei der vorgefundenen Ausgangslage das wahrscheinliche Szenario für den 27. September 2020.

3 Anhang

3.1 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ martina.mousson@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



THOMAS BURGUNDER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mathematiker

✉ thomas.burgunder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



VALENTINA RÖTHELI

Projektmitarbeiterin/ Administration, Politikwissenschaftlerin

✉ valentina.roetheli@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen, Projektadministration

LUCIAN SEEBAKER

Praktikant Data Science und Politikforschung

✉ lucian.seebacher@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Visualisierungen



ROLAND REY

Projektmitarbeiter/Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

